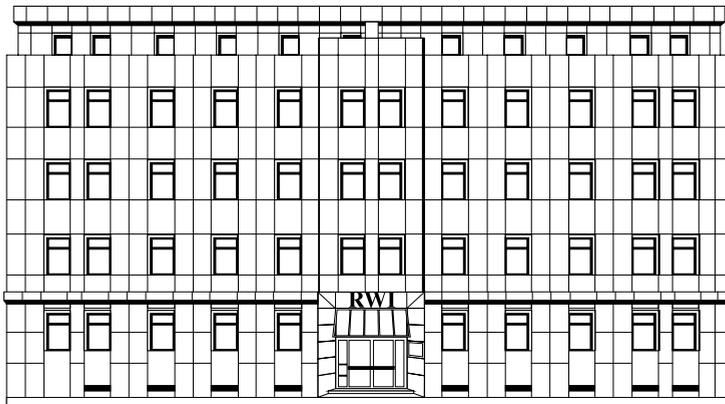


# Arbeitsbericht 2000



Rheinisch-Westfälisches Institut  
für Wirtschaftsforschung

Rheinisch-Westfälisches Institut  
für Wirtschaftsforschung

# Arbeitsbericht 2000

Essen · Mai 2001

Herausgegeben vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung  
Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen, Telefon: (0201) 81 49-0, Telefax: -200  
Internet: <http://www.rwi-essen.de>, e-mail: [rwi@rwi-essen.de](mailto:rwi@rwi-essen.de)

Druck: 2001 bei Druckerei Peter Pomp GmbH, 46238 Bottrop

## Inhalt

Das Institut . . . . .	5
Entwicklung, Aufgaben und Organe . . . . .	5
Mitgliederversammlung . . . . .	8
Verwaltungsrat . . . . .	8
Vorstand . . . . .	8
Verwaltungsratssitzung und Mitgliederversammlung 2000 . . . . .	8
Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats . . . . .	9
Finanzierung . . . . .	9
Die finanzielle Entwicklung im Jahre 2000 . . . . .	9
Forschungsbeirat . . . . .	11
Mitarbeiter . . . . .	11
Betriebsrat . . . . .	13
Veröffentlichungen. . . . .	13
Gesellschaft der Freunde und Förderer. . . . .	14
Die Arbeiten des Instituts . . . . .	15
Die Arbeiten der Forschungsgruppen . . . . .	15
Internationale Wirtschaftsbeziehungen . . . . .	15
Konjunktur . . . . .	22
Regionalwirtschaftliche Analysen . . . . .	30
Sektorale Strukturanalysen. . . . .	36
Energiewirtschaft. . . . .	50
Handwerk und Mittelstand . . . . .	57
Öffentliche Finanzen und Steuern . . . . .	69
Summerschool . . . . .	80
Die Arbeiten anderer Gruppen . . . . .	81
Statistik . . . . .	81
EDV . . . . .	83
Grafik. . . . .	84
Bibliothek . . . . .	84
Veröffentlichungen. . . . .	85
Satzung . . . . .	89
Organisationsplan . . . . .	95

## Das Institut

### Entwicklung, Aufgaben und Organe

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, – RWI – ist eine unabhängige und gemeinnützige Einrichtung der wissenschaftlichen Forschung, die sich mit der Beobachtung und Analyse der Wirtschaft und ihrer Entwicklung befasst. Das Institut wurde 1926 von Walther Däbritz auf Anregungen aus Kreisen der Ruhrwirtschaft als Abteilung Westen des Instituts für Konjunkturforschung (jetzt: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Berlin, gegründet. Seit 1943 arbeitet es in rechtlicher Selbständigkeit als eingetragener Verein.

Der Schwerpunkt der Forschungsarbeiten liegt bei Diagnosen und Prognosen der konjunkturellen und strukturellen Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland und in bedeutenden Industrieländern. Schon allein standortbedingt zählt auch die Analyse der Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der Bereiche Energie und Stahl zu den wichtigen Arbeitsgebieten des Instituts. Traditionell umfasst der Aufgabenbereich außerdem die Analyse des Handwerks, neuerdings akzentuiert auch die des Mittelstandes. Besondere Aufmerksamkeit wird ferner der Regionalforschung, der europäischen Integration und der Umweltökonomie gewidmet, den beiden letzteren in Gestalt von sog. „Querschnittsthemen“. Ein erster längerfristig orientierter Forschungsplan wurde 1991/92 im Forschungsbeirat und im Verwaltungsbeirat diskutiert und 1992 der Mitgliederversammlung vorgelegt. Der Entwurf eines zweiten Langfristplans, der die Empfehlungen des Wissenschaftsrats berücksichtigt, wurde 1999 im Forschungsbeirat abschließend beraten und im Jahr 2000 vom Verwaltungsrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Er ist seitdem eine wichtige Orientierungsgröße für die Forschungsarbeit im RWI.

Die Zukunft der Forschung wird, schon allein aufgrund des Fortschritts der Informations- und Kommunikationstechnologien, noch stärker als bisher durch variable Netzwerke geprägt sein. Gerade die Entwicklung auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie, die es einem in starkem Maße empirisch ausgerichteten Institut mittlerer Größe fast unmöglich macht, alle neueren Beiträge in ihrer gesamten Breite aufzuarbeiten, verlangt solche externe Kooperationen – insbesondere mit Universitäten. Dies war auch der explizite Wunsch des Wissenschaftsrates.

Institutionalisiert finden sich derartige *Netzwerke* beim RWI bereits, so im Rahmen

- des von der DFG geförderten SFB 475 „Komplexitätsreduktion in multivariaten Datenstrukturen“ mit dem Fachbereich Statistik der Universität Dortmund sowie in der Mitwirkung im Graduiertenkolleg „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“ der Universitäten Bochum und Dortmund,
- des von den Vereinten Nationen geförderten und federführend an den Universitäten Toronto und Maryland angesiedelten *Project LINK*, einem weltweiten Verbund makroökonomischer Modelle,
- des European Economic Network (EUREN) des *Centre d’Observation Economique* (COE) Paris bzw. der Sorbonne, dem *Centro Studi Confindustria* (CSC), Rom, sowie der *London Business School*, London, zur europäischen Konjunkturanalyse,
- der Zusammenarbeit mit dem *European Policies Research Center* an der *University of Strathclyde*, Glasgow, wo Prof. Klemmer als Visiting-Professor jährlich eine Vorlesung hält,
- der Zusammenarbeit mit dem *Centre for Enterprise and Economic Development Research* (CEEDR; *Prof. Smallbone*) der *University of Middlesex*, London, sowie
- der Mitgliedschaft im *Entrepreneurship Research Consortium* (ERC; *Prof. Reynolds*).

Auf dem Gebiet der ökonomischen Energie- und Klimaforschung findet eine stärkere Zusammenarbeit mit amerikanischen Forschern statt. Mit Hilfe der DFG wurde 2000 ein längerer Forschungsaufenthalt von Dr. *Storchmann* (Abteilung Energiewirtschaft) bei Prof. *Nordhaus* (*Yale-University*) finanziert. Dr. Storchmann hält inzwischen an der *Yale-University* Vorlesungen zum Thema der Energie- und Verkehrspolitik und hat seinen Forschungsaufenthalt verlängert.

Die bereits abgeschlossenen *Kooperationsvereinbarungen*

- mit dem CEEDR,
- mit *Prof. Reynolds* (ERC),
- mit der Ruhr-Universität Bochum und der Fachhochschule Gelsenkirchen auf dem Gebiet der Gründungsforschung,
- mit der Sektion B der WGL auf den Gebieten der Raum- und Umweltforschung sowie
- dem Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Leipzig

haben zu gemeinsamen Projekten geführt, deren Ergebnisse in den nächsten Jahren anfallen werden.

Hervorgehoben werden soll der Kooperationsvertrag mit der Ruhr-Universität Bochum, die dem künftigen Präsidenten in der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der RUB eine akademische Heimat bieten wird und der zu einem gemeinsamen Lehr- und Forschungsmodul „Empirische Wirtschaftsforschung“ geführt hat. Bei der DFG, der VW-Stiftung und dem BMBF wurden inzwischen Anträge auf Un-

terstützung gemeinsam durchzuführender Forschungsprojekte eingereicht. Zwei Anträge wurden bereits bewilligt (vgl. den Bericht der Forschungsgruppe Regionalwirtschaftliche Analysen).

Das RWI beteiligt sich seit längerer Zeit am von der DFG finanzierten Graduiertenkolleg „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“ der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum sowie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dortmund. Aufgrund der positiven Erfahrungen aus dieser Zusammenarbeit (vgl. Arbeitsbericht April 1999 bis Januar 2001) wurde inzwischen ein zweiter Fortsetzungsantrag für die Zeit vom April 2002 bis zum März 2005 gestellt.

Die Kooperationsbeziehungen mit

- der Universität GH Essen sowie
- der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg.

konnten noch nicht vertraglich fixiert werden. Das RWI ist stark an einer engeren Zusammenarbeit mit den beiden Universitäten interessiert und hat bereits mehrfach seine Bereitschaft dazu geäußert.

Mit der Ohio Wesleyan University, Delaware, Ohio, wird ein Wissenschaftleraus-tausch gepflegt. Die Beratung durch die Mitarbeiter des RWI wird von Studenten und Doktoranden in steigendem Maße in Anspruch genommen.

Das RWI will mit seinen Arbeiten über wirtschaftliche Entwicklungen und deren Bestimmungsgründe informieren, der Wirtschaftspolitik sachgerechte Entscheidungen erleichtern und allgemein in der Öffentlichkeit das Verständnis für gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge fördern. Die Ergebnisse werden in der Regel veröffentlicht.

Das Institut dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken. Seine Aufgabe ist die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, insbesondere die Erarbeitung von Grundlagen für wirtschaftspolitische Entscheidungen. Diesem Zwecke dienen u.a. der Auf- und Ausbau ökonometrischer Modelle, insbesondere in den Bereichen der Konjunktur-, Struktur- und Energieforschung, sowie die Pflege von Datenbanken.

Mitglieder des Vereins können sowohl Firmen als auch Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie soziale und wirtschaftliche Organisationen werden, die an den Zielen des Instituts interessiert sind. Die Mitglieder leisten einen Jahresbeitrag, dessen Höhe der Selbsteinschätzung überlassen bleibt. Den Mindestbeitrag setzt die Mitgliederversammlung jährlich fest, er beträgt derzeit 2 500,-DM. Mitgliedsbeiträge sind Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke zur Förderung der Wissenschaft.

Die satzungsmäßigen Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung, der Verwaltungsrat und der Vorstand.

### Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung hat vor allem folgende Aufgaben:

- Beschlussfassung über die Jahresrechnung sowie über Änderungen der Satzung; Entlastung des Verwaltungsrats und des Vorstandes,
- Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats und des Forschungsbeirats sowie des Rechnungsprüfers.

### Verwaltungsrat

Dem Verwaltungsrat obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- Beratung in allen Angelegenheiten des Vereins von besonderem Gewicht oder finanzieller Tragweite,
- Beschlussfassung über den Haushaltsplan,
- Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes,
- Beschlussfassung über die Berufungsordnung für die Wahl des Präsidenten.

Dem Verwaltungsrat sollen mindestens 10, höchstens jedoch 15 Personen angehören, die möglichst aus dem Kreise der Mitglieder zu wählen und geeignet sind, die Belange des Instituts wahrzunehmen und zu fördern. Mitglieder des Verwaltungsrats sind:

Vorsitzender:	Prof. Dr. Harald B. Giesel, Essen
Heinrich Frommknecht, Dortmund	Dr. Kurt Hochheuser, Düsseldorf
	Peter Hohlfeld, Essen
Stellvertretende Vorsitzende.	Helmut Mattonet, Düsseldorf
Eberhard Heinke, Düsseldorf	Rolf Hermann Nienaber, Essen
Dr. Dietmar Kuhnt, Essen	Heinz Putzhammer, Düsseldorf
Dr. Henning Osthues-Albrecht, Essen	Klaus Schloesser, Düsseldorf
	Dr. Gerd Willamowski, Essen
Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Düsseldorf	Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Prof. Dr. Walter Eberhard, Duisburg	Bonn/Berlin

### Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Er ist Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Dem Vorstand gehören an:

- Prof. Dr. Paul Klemmer (Präsident)
- Prof. Dr. Ullrich Heilemann (Vizepräsident).

### Verwaltungsratssitzung und Mitgliederversammlung 2000

Die ordentliche Verwaltungsratssitzung und die Mitgliederversammlung fanden am 4. Juli 2000 in Essen statt. Die durch die Westdeutsche Industrie-Treuhandgesellschaft geprüfte Jahresrechnung 1999 wurde genehmigt, der Haushaltsplan 2001 in der vorgelegten Fassung verabschiedet.

### Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats

Den Empfehlungen des Wissenschaftsrats folgend hat das RWI im Jahr 2000 seinen zweiten langfristigen Forschungsplan verabschiedet. Über einen Kooperationsvertrag wurde zudem die Zusammenarbeit mit der Ruhr-Universität Bochum auf eine feste Basis gestellt. Eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Universitäten Essen und Duisburg steht weiterhin auf der Agenda.

Die gemeinsame Berufungskommission von RWI und Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum zur Wiederbesetzung der Stelle des Präsidenten des RWI führte – nach internationaler Ausschreibung der Stelle im Jahre 1999 (vgl. dazu im Einzelnen den Arbeitsbericht 1999, S. 9) – das Berufungsverfahren durch. Im Juli 2000 wurde nach Anhörung ausgewählter Bewerber dem Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen eine Berufsungsliste vorgelegt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen.

Die Zahl der bei der DFG eingereichten Anträge wurde im Jahr 2000 deutlich erhöht. Verstärkt wurde hierbei Wert auf eine gemeinsame Antragstellung mit Universitätsvertretern gelegt. Über die Leitung und Mitwirkung in einem regionalpolitischen Arbeitskreis wurde die Zusammenarbeit mit Instituten und Einrichtungen der Sektion B der WGL intensiviert. Mit der Entsendung eines Mitarbeiters aus der Abteilung Energiewirtschaft wurde mit Unterstützung der DFG die Zusammenarbeit mit *Prof. Nordhaus (Yale-University)* auf dem Gebiet der Energie- und Umweltforschung und damit die internationale Zusammenarbeit vorangebracht.

### Finanzierung

Das Institut wird finanziert

- aus öffentlichen Zuschüssen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen,
- aus Mitgliedsbeiträgen sowie Einnahmen aus Veröffentlichungen und Vermietung sowie aus sonstigen Erträgen,
- durch Auftragsarbeiten für Bundes- und Landesministerien, für andere Behörden und für die Wirtschaft.

### Die finanzielle Entwicklung im Jahre 2000

Das Haushaltsvolumen des Instituts betrug rund 10 Mill. DM. Der Zuschuss der öffentlichen Zuwendungsgeber, der gemäß der „Rahmenvereinbarung Forschungsförderung“ je zur Hälfte vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen aufgebracht wird, belief sich auf rund 6,8 Mill. DM, das sind rund 68 vH der Gesamteinnahme. Die Einnahmen aus Arbeitsaufträgen beliefen sich wie 1999 auf rund 2,9 Mill. DM. Größter Auftraggeber war erneut das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Die übrigen Einnahmen – Mitgliedsbeiträge, Erträge aus Veröffentlichungen, Mieteinnahmen u.a. – beliefen sich auf rund 340 000 (rund 3,4 vH der Gesamteinnahmen). Der tatsächlich entstandene Aufwand des

## Vermögensübersicht zum 31. Dezember

in 1 000 DM

AKTIVA			PASSIVA		
	2000	1999		2000	1999
I. Anlagevermögen	3 939	4 260	I. Verbindlichkeiten aus Beiträgen Dritter	280	204
II. Umlaufvermögen	436	440	II. Abgegrenzte Verbindlichkeiten	256	298
			III. Vereinsvermögen	3 839	4 198
	4 375	4 700		4 375	4 700

## Jahresrechnung

in 1 000 DM

AUSGABEN			EINNAHMEN		
	2000	1999		2000	1999
1. Personalausgaben	8 084	7 869	1. Vermischte Einnahmen	102	114
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1 692	1 680	2. Einnahmen aus Veröffentlichungen	24	37
3. Beiträge an Vereine	20	20	3. Mieten und Pachten	36	36
4. Ausgaben für Investitionen	163	150	4. Zuschüsse aus dem öffentlichen Bereich	6 812	6 654
			5. Sonstige Zuschüsse und Beiträge	176	180
			6. Erstattung von Verwaltungskosten	2	5
			7. Einnahmen aus Arbeitsaufträgen	2 871	2 957
	9 959	9 719		10 023	9 983
Einnahmenüberschuß	64	264	Ausgabenüberschuß	0	0
	10 023	9 983		10 023	9 983

Jahres 2000 entsprach im institutionellen Haushalt weitgehend dem Voranschlag. Die Personalausgaben, die am Gesamtaufwand des Instituts naturgemäß den größten Anteil haben, erreichten mit rund 8 Mill. DM etwa 81 vH der Gesamtausgaben. Der Sachaufwand betrug knapp 1,9 Mill. DM.

Das Anlagevermögen (rund 4 Mill. DM) umfasst die Buchwerte der institutseigenen Gebäude, Essen, Hohenzollernstraße 1-3 und Kindlingerstraße 8, die Festwerte der Einrichtung der Bibliothek sowie die Werte der EDV-Anlage.

Das Vereinsvermögen beläuft sich auf rund 3,8 Mill. DM.

## Forschungsbeirat

Der Forschungsbeirat hat seine Aufgaben, Anregungen zum Forschungsprogramm des Instituts zu geben, die Forschungstätigkeit kritisch zu begleiten und bei der Berufung eines neuen Präsidenten mitzuwirken, wahrgenommen. Mitglieder des Forschungsbeirats sind gegenwärtig:

Prof. Dr. Joachim Frohn, Bielefeld

Ulrich Hombrecher, Düsseldorf

Prof. Dr. Reinhardt Jünemann, Dortmund

Prof. Dr. Dietmar Kath †, Duisburg

Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, St. Gallen

Dr. Matthias Köppel, Essen

Prof. Dr. Wim Kösters, Bochum (Vorsitzender)

Prof. Dr. Horst Zimmermann, Marburg

Als Nachfolger von Prof. Dr. W. Kösters im Amt des Vorsitzenden des Forschungsbeirats wurde Prof. Dr. D. Kath gewählt. Nach seinem völlig unerwarteten Tod am 13. Februar 2001 übernahm im Jahre 2001 Herr Prof. Dr. Kösters kommissarisch den Vorsitz. Der Forschungsbeirat tagte im Jahre 2000 zwei Mal. Seine Aktivitäten galten einmal der Diskussion der Konsequenzen der von der WGL ins Auge gefassten neuen Evaluationskriterien für die Mitgliedsinstitute und den daraus zu ziehenden Folgen für den Forschungsbeirat. Nach den gegenwärtig vorliegenden Überlegungen der WGL soll der Forschungsbeirat neben der Beratungstätigkeit auch sehr viel stärker als bisher eine permanente Evaluationstätigkeit vornehmen, die die Rolle des Forschungsbeirats beträchtlich erweitert. Ferner wurden weitere Fragen der Selbstorganisation des Forschungsbeirats diskutiert, nicht zuletzt auch mit Blick auf seine erweiterten Aufgaben. Der Forschungsbeirat stimmte der Berufung von Prof. Dr. Stephen Hall, Imperial College of Science, Technology and Medicine, zum Gastprofessor 2000 im RWI zu, die die Gesellschaft der Freunde und Förderer erstmalig finanzierte.

Die Evaluation der Forschungsgruppen des Instituts wurde fortgesetzt und galt nun den Gruppen „Sektorale Strukturanalysen“, „Konjunktur“ und „Regionalwirtschaftliche Analysen“. Der Forschungsbeirat stellte dabei auf die Publikationstätigkeit und die Einbindung in den wissenschaftlichen Austauschprozess auf nationaler und internationaler Ebene ab. Seine besondere Aufmerksamkeit richtete sich auf die vom Wissenschaftsrat in seiner letzten Begehung geäußerten Kritikpunkte. Die Ergebnisse der Einschätzung des Forschungsbeirates werden in der nächsten Sitzung mit den Forschungsgruppenleitern und dem Vorstand des Instituts zu erörtern sein.

## Mitarbeiter

Am Jahresende 2000 beschäftigte das Institut 74 Mitarbeiter (einschließlich Vorstand), darunter 43 Wissenschaftler.

Im Jahr 2000 waren im Institut tätig:

Dr. Michael Ackermann	Lutz Morgenroth
Dr. György Barabas	Beate Müller
Heiko Bergmann (bis 30.11.2000)	Heinz Josef Münch
Andrea Böing-Grundmann	Hiltrud Nehls
Alena Brüstle	Andreas Oberheitmann
Rüdiger Budde	Markus Peek (seit 01.01.2000)
Hans Georg Buttermann	Gabriele Pomorin
Hartmut Clausen	Nils Radmacher-Nottelmann
Dr. Jochen Dehio	Omar Ranné
Dr. Roland Döhrn	Hermann Rappen
Karl-Heinz Drymalla	Sabine Reinhard
Wolfgang Dürig	Sandra Renn (bis 15.08.2000)
Dr. Bernd Fritzsche	Dr. Annette Rudolph (bis 31.07.2000)
Heinz Gebhardt	Dr. Michael Rothgang (seit 01.01.2000)
Dr. Silke Gehle	Rosemarie Runkler
Rainer Graskamp	Günter Schäfer
Brigitte Günnewig	Dr. Elke Schäfer-Jäckel
Marianne Halstrick-Schwenk	Dr. Markus Scheuer
Prof. Dr. Ullrich Heilemann	Barbara Schilde
Karl-Heinz Herlitschke	Ingrid Schmidt
Anette Hermanowski	Joachim Schmidt
Peter Hernold	Dr. Torsten Schmidt (seit 01.06.2000)
Bernhard Hillebrand	Dr. Heinz Schrumpf
Klaus Höhner	Gisela Schubert
Peter Hohlfeld	Wolfgang Schütz
Ingrid Hüllen	Dr. Dirk Soyka (bis 31.03.2000)
Frank Jacob	Hans-Karl Starke
Ronald Janßen-Timmen	Dieter Stiller
Dr. Rainer Kambeck (seit 15.10.2000)	Dr. Karl-Heinz Storchmann
Monika Keip	Heribert Sunderbrink
Prof. Dr. Paul Klemmer	Ullrich Taureg
Dr. Bernhard Lageman	Marlies Tapaß
Gabriele Lieber	Lutz Trettin (seit 01.11.2000)
Klaus Löbbe	Dr. Guido Urfei (bis 31.08.2000)
Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz	Harald Waldt
Agnes Lohkamp	Dr. Friederike Welter
Claudia Lohkamp	Hartmut Westram
Jürgen Malszewski	Werner Wichmann
Dr. Antoine-Richard Milton	Hiltrud Wittke
Dr. Waïke Moos	

Gastwissenschaftler:

Prof. Stephen Hall, Imperial College of Science, Technology and Medicine, London  
 Prof. Samarov, MIT, Cambridge, MA, USA

Praktikanten:

Theofanis Archontakis (Universität Bielefeld), Marius Baader (Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg), Dr. Tatjana Bassova, Britta Baum (Europa-Universität

Viadrina Frankfurt), Michaela Bleuel (Ruhr-Universität Bochum), Arsen Celikel (Universität GH Essen), Malgorzata Egner (Landgericht Dortmund), Andrea Gerling (Universität GH Essen), Dirk Huchtemann (Ruhr-Universität Bochum), Robert Jäckle (Ludwig-Maximilians-Universität München), Karsten Keil (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), Carolin Neuhaus (Universität zu Köln), Mario Sauer (Heinz-Nixdorf-Berufskolleg), Christian Schabbel (Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg), Simon Schulz (Willy-Brandt-Gesamthochschule Bergkamen), Christiane Schuppert (Universität zu Köln), Anastasia Sharipova (Universität Passau), Petra Syrovatkova (Karlsuniversität Prag), Patrick Vogt (Ruhr-Universität Bochum), Ulrike von Schütz (Universität Trier)

Studentische Hilfskräfte:

Stefanie Gude, Mike Thom, Manuel Eigner, Marcel Eigner, Miralem Leho, Matthias Peistrup, Milena Stoitcheva

#### Betriebsrat

Der Betriebsrat setzt sich seit der Wahl im Mai 1998 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Peter Hohlfeld (Vorsitzender)

Karl-Heinz Herlitschke (stellvertretender Vorsitzender)

Andrea Böing-Grundmann (seit 16.11.1999)

Ulrike Lehr (bis 30.9.1999)

Dr. Waike Moos

Hermann Rappen (seit 1.10.1999)

Dr. Karl-Heinz Storchmann (bis 15.11.1999)

In Besprechungen mit dem Vorstand des Instituts wurden die anstehenden Probleme ausführlich diskutiert und einer Lösung nähergebracht. In mehreren Betriebsversammlungen berichtete der Betriebsrat über seine Tätigkeit und diskutierte die aufgeworfenen Fragen.

#### Veröffentlichungen

RWI-Mitteilungen	vierteljährlich
RWI-Konjunkturberichte	halbjährlich
RWI-Handwerksberichte	jährlich
RWI-Konjunkturbriefe	unregelmäßig
Schriftenreihe	unregelmäßig
Untersuchungen	unregelmäßig
RWI-Papiere	unregelmäßig
Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand	unregelmäßig
Schriften und Materialien zur Regionalforschung	unregelmäßig

Die RWI-Konjunkturberichte, die RWI-Mitteilungen und die Schriftenreihe sind – auch als Einzelheft – beim Verlag Duncker & Humblot GmbH, Postfach 41 03 29, 12113 Berlin, Telefon: (030) 79 00 06-0, zu beziehen, die übrigen Veröffentlichungen beim Institut.

#### Gesellschaft der Freunde und Förderer

Die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung wurde im Jahre 1948 gegründet. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, das Institut bei seinen Arbeiten zu unterstützen und die Durchführungen seiner Aufgaben in jeder Weise, insbesondere durch Zuwendung von Geldmitteln, zu fördern und die diesem Zweck dienenden finanziellen und sonstigen Mittel zu beschaffen.

Im Jahre 2000 wurde die Umsetzung des neuen Konzepts der Fördergesellschaft – Stärkung der projektbezogenen internationalen Forschungskooperation, Verbesserung der Präsentation und Disemination seiner Forschungsergebnisse – fortgeführt. Die Fördergesellschaft unterstützte die Gastprofessur von Prof. Dr. Stephen Hall, Imperial College of Science, Technology and Medicine, London, UK, im Juli/August 2000 sowie einen Forschungsaufenthalt von Prof. Dr. Bert Hickman, Stanford University, Stanford, USA, im November 1999. Ferner wurde eine Euro-Tagung des von Nobelpreisträger Lawrence Klein gegründeten und geleiteten UNO-Programms „Project LINK“ in Essen unterstützt. Förderung erfuhr auch eine Tagung, in der den Ursachen und Aussichten des jüngsten amerikanischen Booms gemeinsam mit amerikanischen Forschern nachgegangen wurde. Unterstützung erfuhr schließlich wiederum die Summerschool des RWI „Arbeiten mit makroökonomischen Modellen“ durch Vergabe von drei Stipendien, die Studenten und Nachwuchswissenschaftlern die Teilnahme ermöglichte. Die Fördergesellschaft unterstützte ferner einige Forschungsaufenthalte von Institutsmitarbeitern und die aktive Teilnahme an internationalen Tagungen sowie auch die Neuauflage einer wissenschaftlichen Monographie zur Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Bundesrepublik 1950 bis heute. Schließlich förderte die Gesellschaft eine Darstellung der Institutsarbeit für akquisitorische Zwecke.

Mitglieder der Fördergesellschaft können Einzelpersonen und Firmen, Vereine und Gesellschaften, Körperschaften des öffentlichen Rechts, soziale und wirtschaftliche Organisationen werden.

Die Höhe des Jahresbeitrags bleibt der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen. Der Mindestsatz beträgt für Einzelpersonen 100,- DM und für sonstige Mitglieder 500,- DM. Mitgliedsbeiträge und Zuwendungen sind steuerlich abzugsfähig.

Präsident: Dr. jur. Dietmar Kuhnt

Geschäftsführender Vorstand: Manfred Breuer

## Die Arbeiten des Instituts

### Die Arbeiten der Forschungsgruppen

#### Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Entsprechend der Schwerpunktsetzung im langfristigen Forschungsplan konzentrierten sich die Arbeiten der Forschungsgruppe auch im Jahr 2000 auf Untersuchungen zu den Ursachen und Wirkungen der Direktinvestitionen sowie die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Konjunkturanalyse im Rahmen von *Project LINK* und der Kooperation europäischer Konjunkturforschungsinstitute EUREN. Daneben hatten – wie üblich – Prognosen der internationalen Konjunktur und die Mitarbeit an den Untersuchungen des Instituts zur strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft, hier ihrer Einbindung in die internationale Arbeitsteilung, einen wesentlichen Anteil an den Arbeiten.

#### *Internationale Konjunktur*

Die Vertiefung der Integration in der Europäischen Union und die wachsende Verflechtung der Weltwirtschaft erfordern in der Konjunkturanalyse und -prognose eine stärkere Berücksichtigung internationaler Rückwirkungen. Zugleich haben sie aber auch Konsequenzen für das eingesetzte Instrumentarium, insbesondere Konjunkturmodelle. Vor allem der Beginn der Währungsunion und die damit verbundene Vergrößerung des Währungsgebietes sowie der Wechsel des geldpolitischen Akteurs könnten für viele Modelle eine Zäsur darstellen. Die sich daraus ergebenden methodischen und empirischen Probleme standen im Mittelpunkt der Tagung *Macroeconometric Models and European Monetary Union*, die das RWI in Kooperation mit *Project LINK* am 17. und 18. November 2000 in Essen ausrichtete. Hochrangige Wissenschaftler aus Europa und den Vereinigten Staaten, an der Spitze Nobelpreisträger *Lawrence Klein*, befassten sich in ihren Konferenzbeiträgen mit der Modellierung der europäischen Integration, sei es im Rahmen zumeist kleiner, neuer Modelle, in denen die Länder der Währungsunion als Einheit betrachtet werden, sei es mit Blick auf den Einfluss einzelner Integrationschritte auf die Reaktionsweisen bestehender großer Modelle.

Aus der letztgenannten Perspektive wurde das RWI-Konjunkturmodell dahingehend analysiert, inwieweit es aufgrund der Erweiterungen der EU und der Handelsliberalisierung in wichtigen Gleichungen – z.B. der Exportgleichung – zu Parameterveränderungen gekommen ist. Dabei war zu beachten, dass die Wirkungen der Schritte zur Erweiterung wie auch zur Vertiefung (z.B. Binnenmarkt und Währungsunion) jeweils über längere Zeiträume verteilt auftraten, zum Teil bedingt durch Vorzieheffekte, zum Teil aufgrund von Übergangsregelungen für einzelne Länder oder Sektoren. Daher ist a priori unsicher, ob sich mit den angesprochenen Schritten die wirtschaftlichen Bedingungen derart schlagartig änderten, dass es zu Brüchen in den Reaktionsweisen kommt. In der Tat lassen die Parameteränderungen in den betreffenden Gleichungen des Konjunkturmodells keinen systematischen Zusammenhang mit den Integrationsschritten erkennen. Auch verschiedene Strukturbruchtests lieferten keine Belege dafür. In Analogie zu diesen Erfahrungen ist zu erwarten, dass auch die Währungsunion nicht mit einer abrupten, tief greifenden Verwerfung in den Koeffizienten des Konjunkturmodells verbunden sein wird, so dass seine Eignung als Prognose- und Analyseinstrument auch unter den geänderten Rahmenbedingungen nicht grundsätzlich in Frage steht.

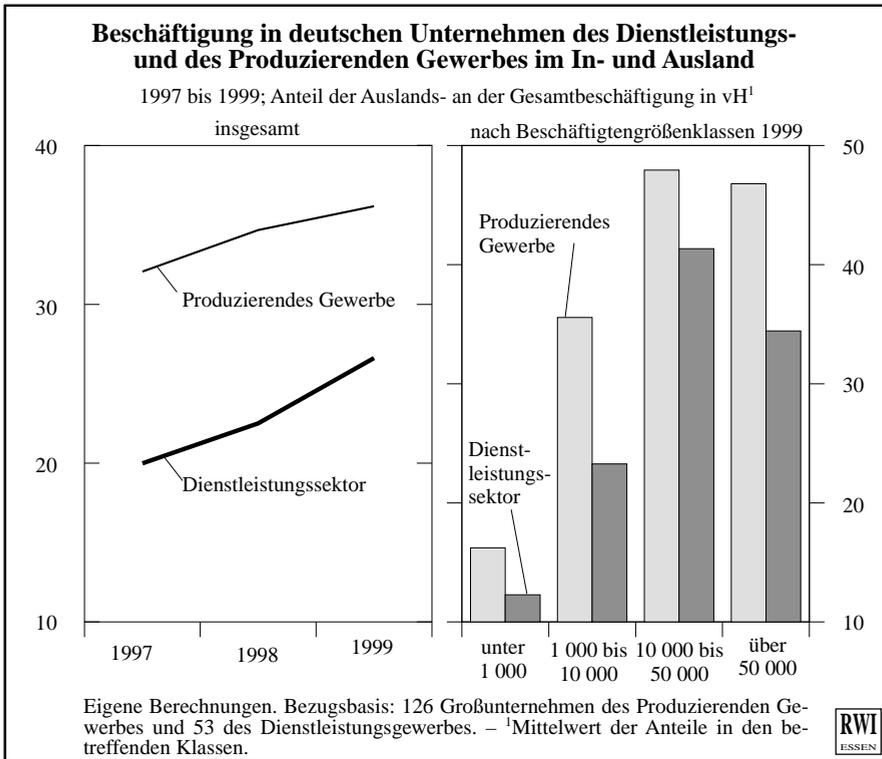
Internationale ökonometrische Modelle spielen eine wichtige Rolle bei einem Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, bei dem das Institut mit *Oxford Economic Forecasting* und *Project LINK* zusammenarbeitet. In Mittelpunkt steht dabei ein internationaler Vergleich der Wirkungen von Makropolitiken auf die Beschäftigung. Zur ihrer Quantifizierung werden Simulationen mit den beteiligten Mehrländermodellen durchgeführt, in denen jeweils gleiche Änderungen von Politikvariablen (Staatsausgaben, Zinsen, Geldmengen usw.) vorgenommen und die daraus resultierenden Änderungen für Wachstum, Beschäftigung, Inflation und andere Größen verglichen werden.

Die deutliche Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar war Anlass für eine Auseinandersetzung mit den Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel. Dabei ist zum einen in Rechnung zu stellen, dass selbst unter Einschluss indirekter Wirkungen nur knapp 15 vH der deutschen Ausfuhren vom niedrigen Dollarkurs profitieren, zum anderen dass Exporteure den für sie nun günstigeren Wechselkurs auch nutzen, um ihre Erlössituation zu verbessern und die Ausfuhrpreise anzuheben. Schließlich stiegen teilweise die Produktionskosten wegen Wechselkurs bedingt verteuerter Einfuhren. Vor diesem Hintergrund ist der Beitrag des Dollarkurses zur günstigen Entwicklung des deutschen Exports im abgelaufenen Jahr zu relativieren. In erster Linie resultierte das hohe Exportwachstum aus der sehr lebhaften Zunahme des Welthandels, der so stark expandierte wie in den vergangenen drei Jahrzehnten nicht mehr.

Auch im abgelaufenen Jahr war die Forschungsgruppe an der „Gemeinschaftsdiagnose“ beteiligt und arbeitete in der Vereinigung europäischer Konjunkturforschungsinstitute (AIECE) mit.

#### *Direktinvestitionen*

Die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft erfasste in den letzten Jahren zunehmend auch den Dienstleistungssektor. Dies war Anlass, die *Unternehmensdaten-*



*bank Globalisierung*, die eine mikroökonomische Datenbasis für die Analyse der Ursachen und Wirkungen von Direktinvestitionen bildet, auf den Dienstleistungssektor auszudehnen. Obwohl dieser – wie der Direktinvestitionsstatistik der Deutschen Bundesbank zu entnehmen ist – mittlerweile den größten Teil der deutschen Anlagen im Ausland auf sich vereinigt, findet er in der Literatur zumeist nur geringe Aufmerksamkeit, was u.a. damit zusammenhängt, dass Auslandsinvestitionen im Dienstleistungssektor in der Vergangenheit häufig vor- oder nachgelagerte Investitionen des Produzierenden Gewerbes darstellten und mithin keiner eigenständigen Analyse bedurften. Durch den technologischen Fortschritt, insbesondere durch die neuen Informations- und Kommunikationstechniken und den elektronischen Handel sowie den damit verbundenen Wandel der Kundenbeziehungen sind größere Segmente des Dienstleistungssektors in die Lage versetzt, Teile der Leistungserstellung ins Ausland zu verlagern. Wie weit dies die Internationalisierung deutscher Dienstleistungsunternehmen beeinflusst, wird im Rahmen des Forschungsprojekts *Wandel der Kundenbeziehungen und Direktinvestitionen von Dienstleistungsunternehmen* analysiert, das durch die *Fritz-Thyssen-Stiftung* gefördert wird.

Eine Auswertung der Unternehmensdatenbank *Globalisierung* für den Dienstleistungssektor zeigt, dass hier – wie im Waren produzierenden Bereich – die Bedeutung ausländischer Standorte gemessen an der Zahl der Beschäftigten in nahezu allen Unternehmen zwischen 1997 und 1999 deutlich zugenommen hat. Gleichwohl

ist sie nach wie vor geringer als in der Warenproduktion. Dabei sind – ebenfalls eine Analogie zum Verarbeitenden Gewerbe – auch im Dienstleistungssektor nicht die größten Unternehmen die Vorreiter bei der Globalisierung, sondern eher solche aus der „zweiten Reihe“. Allerdings vollzieht sich gerade die Globalisierung von Dienstleistungsunternehmen nicht graduell, sondern in Sprüngen, zumeist durch die Akquisition großer ausländischer Unternehmen, weil gewachsene Beziehungen zu den Kunden eine bedeutsame Rolle spielen.

Für den Waren produzierenden Sektor erlaubt die Unternehmensdatenbank mittlerweile Analysen für den Zeitraum von 1990 bis 1999. So konnte untersucht werden, ob Auslandsinvestitionen, wie häufig vermutet, heute mit größeren Einschnitten bei der Inlandsbeschäftigung in den investierenden Unternehmen einhergehen als früher. Betrachtet man die Einflüsse von Output (gemessen am Umsatz), Produktivität und Auslandsbeschäftigung auf die Zahl der im Inland Beschäftigten und deren Änderung, so übt (erwartungsgemäß) der erste Faktor einen positiven, die beiden anderen einen negativen Einfluss aus. Diese Zusammenhänge waren im Verlauf der neunziger Jahre recht stabil. Zwar scheint eine Ausweitung der Beschäftigung im Ausland gegen Ende des Zeitraums die Inlandsbeschäftigung stärker einzuschränken als zu Beginn, allerdings bewegen sich die Änderungen noch im Bereich der statistischen Unschärfe. Da Auslandsinvestitionen zugleich die Absatzmöglichkeiten im Ausland verbessern, fördern sie per saldo nach wie vor die Beschäftigung im Inland.

#### *Außenhandel und internationale Arbeitsteilung*

Die tiefgreifenden Änderungen in der internationalen Arbeitsteilung während der letzten Jahre haben beträchtliche Auswirkungen auf die Struktur des deutschen Außenhandels. Da Wertschöpfungsketten – zum Teil firmenintern in multinationalen Unternehmen – in immer kleinere Schritte unterteilt werden, verliert die traditionelle Unterscheidung von inter- und intraindustriellem Handel zunehmend an Aussagekraft. Mittlerweile wurden neue Verfahren zur Analyse bilateraler Handelsbeziehungen vorgestellt (*Fontagne, Freudenberg und Lemoine*), die auf sehr tief disaggregierten Daten basieren. Sie nutzen die Außenhandelspreise als Indikatoren der Qualität und Verarbeitungstiefe der Güter und unterteilen danach den intraindustriellen Handel in vertikalen (bei unterschiedlichen Preisen) und horizontalen (bei ähnlichen Preisen) Handel. Dieses „maschinenintensive“ Verfahren wurde verwendet, um die Struktur des deutschen Außenhandels mit den osteuropäischen Reformländern zu analysieren. Dabei zeigte sich, dass ungeachtet der in den vergangenen Jahren beachtlichen Zunahme des Warenaustauschs mit Osteuropa in den meisten Warengruppen nach wie vor der Handel in nur einer Richtung verläuft und dass – soweit ein intraindustrieller Handel stattfindet – eine vertikale Beziehung vorherrscht. Somit hat Deutschlands Warenaustausch mit den osteuropäischen Ländern noch nicht die gleiche „Qualität“ wie der in der EU; allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern: Im Handel mit Tschechien, Slowenien, Polen und der Slowakei reicht die Bedeutung horizontaler Handelsbeziehungen bereits an Werte heran, die auch bei Deutschlands Außenhandel mit den Ländern an der Peripherie der EU beobachtet werden. Die weiter östlich gelegenen Länder sind hingegen vorwiegend als „verlängerte Werkbänke“ der deutschen Industrie anzusehen.

Außenhandels- und Direktinvestitionsbeziehungen zwischen der EU und den osteuropäischen Reformländern leisteten aufgrund der stürmischen Entwicklung, die sie im Verlauf der neunziger Jahren genommen haben, einen wesentlichen Beitrag zum dortigen Transformationsprozess. Allerdings ist der Beitrag von Handel und Direktinvestitionen zur Kohäsion in Europa differenziert zu beurteilen. Im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführte Analysen der Forschungsgruppe zeigen, dass die positiven Wirkungen im Wesentlichen auf Direktinvestitionsunternehmen beschränkt blieben und mit nur geringen *spill overs* für die übrige Wirtschaft verbunden waren.

Die Einbindung Deutschlands in die internationale Arbeitsteilung stand auch im Mittelpunkt der Beiträge der Forschungsgruppe zur Strukturberichterstattung und zum Branchenbild für die feinkeramische Industrie (vgl. dazu die Ausführungen der Forschungsgruppe „Sektorale Strukturanalysen“).

#### *Veröffentlichungen*

Döhrn, R., P. Hohlfeld und A.-R. Milton (2000), Schwacher Euro stärkt Export – aber nur wenige Sektoren profitieren. RWI-Konjunkturbrief 2/2000. RWI, Essen.

Döhrn, R. und H. Nehls (2000), Internationale Konjunktur: Mit verringertem Tempo aufwärts. RWI-Konjunkturbrief 4/2000. RWI, Essen.

Döhrn, R. and N. Radmacher-Nottelmann (2000), A Database on the Globalization of German Manufacturing Companies: Conception and some Results. RWI-Papiere 69. RWI, Essen.

Döhrn, R. (2000), Foreign Direct Investment in Russia: An Engine of Structural Adjustment? In P.J.J. Welfens and E. Gavrilenko (eds.), *Restructuring, Stabilizing and Modernizing the New Russia*. Berlin et al.: Springer, 127–148.

Döhrn, R. (2000), Kultur, Distanzen und Globalisierung. In M. Boos und N. Goldschmidt (Hrsg.), *WissensWert!?. Ökonomische Perspektiven der Wissensgesellschaft*. 3. Freiburger Wirtschaftssymposium. Nomos: Baden-Baden, 91–103.

Döhrn, R. (2000), Analyse der Direktinvestitionen mit Hilfe von Mikro-Daten. In Europäische Kommission (Hrsg.), *Unterlagen des achten Seminars – Direktinvestitionen*. Venedig, Italien, 11.-12. November 1999. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, 110–118.

Döhrn, R., U. Heilemann und G. Schäfer (2001), Das dänische „Beschäftigungswunder“. In M. Baethge und I. Wilkens (Hrsg.), *Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert?* Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Opladen: Leske + Budrich, erscheint demnächst.

Brüstle, A., R. Döhrn und H. Nehls (2000), Interne Kräfte ziehen an. *RWI-Konjunkturberichte* 51 (1): 11–27.

Brüstle, A., R. Döhrn und H. Nehls (2000), Mit vermindertem Tempo weiter aufwärts. *RWI-Konjunkturberichte* 51 (2): 105–122.

Döhrn, R. (2000), Inlandsbeschäftigung in deutschen Multinationalen Unternehmen. *RWI-Mitteilungen* 51, erscheint demnächst.

Döhrn, R. (2000), Besprechung: „R. Barrell and N. Pain, Innovation, Investment and the Diffusion of Technology in Europe. German Direct Investment and Economic Growth in Postwar Europe“. *Kyklos* 53 (2): 206–208.

Heilemann, U. (2000), Wunder dauern länger. *Die Zeit* 4. Mai 2000: 30.

Radmacher-Nottelmann, N. (2000), Besprechung: „H. Knödler, Inländische Beschäftigungseffekte deutscher Direktinvestitionen“. *Kyklos* 53 (3): 408–410.

#### *Ausgewählte Vorträge*

G. Barabas, H. Nehls and U. Heilemann, Parameters or Policies? – European Integration in a Short-Term Macroeconometric Model Context. Vortrag im Rahmen des RWI/Project LINK Euro Meeting am 17. und 18. November in Essen.

Brüstle, A., Comment. Workshop „Monitoring Preparations of Transition Countries for EU-Accession“ vom 1. bis 4. Juni 2000 in Prag.

Döhrn, R., Auswirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung in Deutschland. Vortrag im Rahmen des 8. Bundeskongresses für politische Bildung vom 16. bis 18. März 2000 in Potsdam.

Döhrn, R., Nationale Beschäftigung in Multinationalen Unternehmen. Vortrag im Rahmen des RWI-Workshops zur Strukturberichterstattung am 23. Juni 2000 in Berlin.

Döhrn, R., Zur Akzeptanz ausländischer Direktinvestitionen. Vortrag im Rahmen der Tagung „EU-Osterweiterung und Finanzmärkte“ vom 7. bis 9. September 2000 in Mannheim.

Döhrn, R., Internationaler Vergleich von Arbeitsmarktentwicklungen und arbeitsmarktpolitischen Strategien in ausgewählten europäischen Ländern. Vortrag im Rahmen der Tagung „Europäische Grenzregionen – Brückenköpfe für die Integration regionaler Arbeitsmärkte“ am 25. und 26. September 2000 in Mönchengladbach.

Heilemann, U., Das Phänomen des amerikanischen Aufschwungs – Mythen, Fakten, Perspektiven. Vortrag vor der Kölner Wirtschaftspolitischen Gesellschaft am 3. Juli 2000 in Köln.

Heilemann, U., Clintonomics – Kritischer Kassensturz. Vortrag anlässlich des Wechsels von Herrn Dr. Niklaus Närgler in die Geschäftsleitung der Deutschen Bank Region Südwest am 20. September 2000 in Essen.

Heilemann, U., Zusammenfassung und Schlussfolgerung im Rahmen der 11. CEIES-Konferenz „EU Short Term Economic Indicators: Meeting New Needs“ am 12. und 13. Oktober 2000 in Libourne.

Heilemann, U., Einführung zu „Macroeconometric Models and European Monetary Union.“ *Project LINK-Euro-Meeting* am 17./18. November 2000 in Essen.

Heilemann, U., Der amerikanische Boom – Ursachen und Lektionen. Vortrag im Industrie-Club e.V. Düsseldorf am 18. Januar 2001.

#### *2000 abgeschlossene Gutachten*

##### Gemeinschaftsdiagnose

The impact of enlargement on small and medium sized enterprises in the European Union

Der Standort Deutschland im Internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit

Entwicklung und Aussichten der feinkeramischen Industrie in Deutschland

*Noch nicht abgeschlossene Gutachten*

## Gemeinschaftsdiagnose

Eigentümergevorteile und Auslandsaktivitäten – Mikroökonomische Fundierung der ausländischen Direktinvestitionen deutscher Unternehmen

Wandel der Kundenbeziehungen und Direktinvestitionen von Dienstleistungsunternehmen. Theoretische Grundlagen und empirische Überprüfung für Deutschland

Gesamtwirtschaftliche und sektorale Auswirkungen von Schutzzöllen im gewerblichen Bereich.

The Impact of Community Policies other than the Structural Policies on Economic and Social Cohesion – Lot 1: Trade and FDI

Strukturpolitische Grundlagen einer beschäftigungsfördernden Makropolitik

Erklärungsbeitrag makroökonomischer Faktoren für die Beschäftigungsschwankungen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und weiteren ausgewählten Industrieländern

Internationales Wissensmanagement multinationaler Unternehmen

Bestimmungsgründe und Auswirkungen der Direktinvestitionen der Chemischen Industrie

*Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien*

Döhrn, R., Arbeitsgruppe „Technology and Innovation Policy“ bei der OECD

*Beteiligung an der Hochschullehre*

Döhrn, R., Vorlesung „Konjunkturdiagnose und -prognose“ an der Universität Gesamthochschule Essen

Heilemann, U., R. Döhrn und H. Nehls, Kurs „European Currency Union and Financial Markets“ im Rahmen des BEST – Business and Economics Summer Term der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg

*Kooperationen*

Centre d'Observation Economique (COE), Paris, Centro Studi Confindustria, Rom, London Business School (EUREN)

European Policies Research Center, University of Strathclyde, Glasgow (EPRC)

Foundation for International Business and Economic Research FIBER, New York

Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, Karlsruhe

Prof. Josep Lladós, Universität Autònoma de Barcelona

Österreichisches Institut für Raumplanung, Wien

Oxford Economic Forecasting, Oxford

Prof. Peter Pauly, *Project LINK*, University of Toronto

Ohio Wesleyan University, Delaware, OH

*Praktikanten*

Arsen Celikel, Universität Essen

Christian Schabbel, Universität Duisburg

Ulrike von Schütz, Universität Trier

## Konjunktur

Im Mittelpunkt der Arbeiten der Forschungsgruppe stand – wie immer – die Diagnose der Binnenkonjunktur; hinzu kam die Bearbeitung aktueller Problemstellungen – etwa die Frage nach den gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der „Steuerreform 2000“ sowie den Konsequenzen des jüngsten Ölpreisschubs für die allgemeine Preisentwicklung. Auf der Basis eines Forschungsauftrags wurde damit begonnen, den Arbeitsmarktteil des Konjunkturmodells, orientiert an den Forschungszielen und -ansätzen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, disaggregiert zu modellieren. Darüber hinaus wurde die externe Kooperation verstärkt, insbesondere die Zusammenarbeit im Rahmen von EUREN sowie von *Project LINK*; im Rahmen der im vergangenen November vom RWI gemeinsam mit *Project LINK* organisierten Konferenz *Macroeconometric Models and European Monetary Union* wurden die makroökonomischen Effekte der europäischen Integration mit Hilfe des RWI-Konjunkturmodells analysiert (vgl. den Bericht der Forschungsgruppe „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“). Schließlich wurde die methodische Analyse der Zyklenklassifikation im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 475 an der Universität Dortmund fortgeführt.

### *Konjunktur in Deutschland*

Im Jahr 2000 hielt die Erholung der Konjunktur an; Motor war die seit Mitte 1999 ungewöhnlich lebhafte Ausfuhr. Allerdings hat die gesamtwirtschaftliche Expansion – als Folge der drastischen Erhöhung der Ölpreise und der verstärkt schrumpfenden Bautätigkeit – in der zweiten Jahreshälfte an Tempo eingebüßt. Das BIP erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 3,0 vH; dies entsprach unserer Prognose zur Jahresmitte. In Ostdeutschland war das Wachstum mit 1,1 vH weitaus geringer als in Westdeutschland (3,2 vH); Hauptgrund für das Zurückbleiben war einmal mehr die in den neuen Ländern sehr viel stärker rückläufige Bauproduktion. Mit der lebhaften Konjunktur erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen überaus dynamisch, wobei allerdings die geänderte Erfassung der geringfügig Beschäftigten den Vergleich erschwerte; weniger stark ging – trotz des entlastenden demographischen Einflusses – die Zahl der Arbeitslosen zurück (–210 000). Die Teuerung war mit 1,9 vH im Jahresdurchschnitt deutlich höher als im Jahr zuvor; mehr als die Hälfte des Preisanstiegs war auf die Erhöhung der Energiepreise zurückzuführen.

Das wirtschaftspolitische Umfeld für die Konjunktur stellt sich derzeit zwar besser dar als im vergangenen Jahr, doch haben sich inzwischen die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert, so dass insgesamt von einer weniger günstigen Konstellation auszugehen ist. Entsprechend lässt die konjunkturelle Dynamik nach; die bislang äußerst schwungvolle Außennachfrage fällt infolge der Abschwächung der Weltkonjunktur merklich verhaltener aus, während zugleich die Binnennachfrage zögerlich bleibt. Mit knapp 2 vH bzw.  $2 \frac{1}{4}$  vH wächst das BIP in den beiden kommenden Jahren wieder deutlich langsamer als 2000. Das Expansionstempo ist aber immer noch höher als im Durchschnitt der neunziger Jahre (1,5 vH). Die Situation am Arbeitsmarkt entspannt sich – vor allem demographisch bedingt – weiterhin, wenn auch nur leicht; Ende 2002 wird die Arbeitslosenquote in Westdeutschland bei  $6 \frac{1}{2}$  vH liegen, in Ostdeutschland allerdings immer noch bei nahezu 17 vH.

Die Ausrichtung der Makropolitik dient in ihrer Gesamtheit derzeit durchaus als Stütze der gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Zwar wirkt die im Verlauf des Jahres 2000 – angesichts der damaligen Ölpreiserhöhung und der Abwertung des Euro – zunehmend straffere Geldpolitik inzwischen dämpfend auf das BIP-Wachstum, doch gehen mit der „Steuerreform 2000“ von der Finanzpolitik deutliche Impulse vor allem auf den Privaten Verbrauch aus. Zugleich entlasten zurückhaltende Tarifabschlüsse weiterhin kostenseitig. An diesem beschäftigungsorientierten Kurs wird die Lohnpolitik angesichts der weiterhin unbefriedigenden Arbeitsmarktsituation festhalten. In der Geldpolitik wird eine weitere Rücknahme der Zinserhöhungen vom vergangenen Jahr spätestens dann erfolgen, wenn Ölpreis und Euro-Schwäche die Verbraucherpreise nicht weiter belasten. Die Finanzpolitik wird auf mittlere Sicht die Konsolidierung der Staatsausgaben fortsetzen, kurzfristig aber konjunkturell bedingte Einbußen bei den Einnahmen bzw. Ausgabenerhöhungen hinnehmen. Zugleich wirkt die Erhöhung des Kindergeldes Konjunktur stützend.

Mit den Ergebnissen ihrer Konjunkturanalyse war die Forschungsgruppe, wie immer verstärkt durch Mitarbeiter der Forschungsgruppen „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ sowie „Öffentliche Finanzen und Steuern“, im vergangenen Jahr wieder an der „Gemeinschaftsdiagnose“ beteiligt. Diagnose und Prognose sowie wirtschaftspolitische Diskussion der Konjunktur im Euro-Raum gewinnen dabei zunehmend an Bedeutung. Im Mittelpunkt der Analyse standen zudem die Evaluierung der „Steuerreform 2000“ sowie die konjunkturellen Konsequenzen des Ölpreisschocks vom vergangenen Jahr.

Im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen wurden wiederum die *Halbjahresberichte zur Konjunktur in Nordrhein-Westfalen* erstellt. Mit der Rückkehr der außenwirtschaftlichen Auftriebskräfte erholte sich auch die nordrhein-westfälische Wirtschaft im vergangenen Jahr kräftig; insgesamt nahm das BIP im Land mit 2,9 vH kaum weniger rasch zu als in Westdeutschland insgesamt. Allerdings profitierten die exportorientierten Wirtschaftszweige auf Landesebene wegen ihrer traditionellen Konzentration auf Güter geringer Verarbeitungstiefe sowie auf die Schwer- und Schwerstgüterindustrie weniger ausgeprägt von der außergewöhnlich starken Nachfrage des Auslands. Zusätzlich analysiert wurden die Abwicklung von Handelsgeschäften über das Internet (*e-commerce*) bzw. die Frage nach der Herausbildung neuer Wachstumsmuster durch den zunehmenden Einsatz von Informationstechnik (*new economy*).

#### *Överteuerung und Verbraucherpreise*

In einem Vergleich mit den Ölkrisen von 1973/74 und 1979/80 wurden die Auswirkungen des gegenwärtigen Ölpreisschubs auf die Verbraucherpreise untersucht. Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass die Inflationsgefahren schon von der Ausgangslage her gegenwärtig weitaus geringer sind als früher. Während die Ölnotierungen damals um das Vierfache bzw. das Dreifache stiegen, erhöhten sie sich 1999/2000 „nur“ um knapp das Doppelte. Zudem ist der spezifische Mineralölverbrauch seit den siebziger Jahren um die Hälfte gesunken. Auf der Verbraucherebene verteuerte sich Energie um 19 vH (1973/74: knapp 40 vH; 1979/80: 30 vH), zu

reichlich einem Fünftel war diese Steigerung auf die Anhebungen der Ökosteuer zurückzuführen, ein weiteres Viertel resultierte aus der Aufwertung des Dollar. Eine Übertragung dieser inflationären Einflüsse auf andere Bereiche der Lebenshaltung blieb weitgehend aus, weil sie anders als in den vergangenen Ölkrisen nicht in den Löhnen überwältigt wurden. Die Lohnstückkosten sanken 2000 um 0,3 vH. Die Verbraucherpreise erhöhten sich um 1,9 vH; ohne Energiepreise betrug die Rate nur 0,8 vH.

#### *Evaluierung der Prognose 1999*

Mit Hilfe des RWI-Konjunkturmodells werden die Konjunkturprognosen des Instituts seit längerem regelmäßig einer systematischen Fehleranalyse unterzogen. Ende 1998 war mit dem Konjunkturmodell ein Wachstum von 3,0 vH für 1999 prognostiziert worden. Unter Verwendung der im Frühjahr 2000 vorliegenden Daten für die exogenen Vorgaben ergab eine ex post-Modellprognose 2,7 vH. Legt man die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Zuwachsrate von 1,5 vH zu Grunde, bedeutet dies einen Prognosefehler von 1,2 vH-Punkten – ein Wert, der im langfristigen Vergleich eher hoch ist. Eine auffällige Überschätzung ist bei den Bauinvestitionen festzustellen (BIP-Effekt: 0,7 vH-Punkte). Inwieweit die Bau schwäche seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre als Reaktion auf den Vereinigungsboom zu sehen oder auf eine grundlegende Änderung der Reaktionsmuster zurückzuführen ist, bleibt zu untersuchen. Die zwischenzeitlich erfolgte Revision der VGR schränkt allerdings die Vergleichbarkeit der Prognosen mit den Beobachtungen und damit die Möglichkeiten der Fehleranalyse ein; Kontrollrechnungen zufolge führen die Revisionseffekte zu einer um  $\frac{1}{2}$  vH-Punkt niedrigeren Modellprognose für 1999.

#### *Konjunkturklassifikation*

Im Rahmen der Arbeiten zum Teilprojekt *Multivariate Bestimmung und Untersuchung von Konjunkturzyklen* des SFB 475 waren zunächst die erste dreijährige Förderperiode für die DFG zu dokumentieren und ein Antrag für eine weitere dreijährige Förderung zu stellen. Im April 2000 wurde schließlich der SFB 475 von einer Gutachtergruppe bestätigt und eine weitere Förderphase (Juli 2000 bis Juni 2003) durch die DFG bewilligt.

Die bisherigen Arbeiten zur Konjunkturklassifikation fußen im Wesentlichen auf vierteljährlichen Daten der VGR, ergänzt um Daten des Arbeits- und Geldmarktes. Damit standen Zeitreihen mit jeweils etwa nur 160 Daten zur Verfügung – ein für die eingesetzten Klassifikationsverfahren im Vergleich zu den Möglichkeiten etwa in der Informatik oder den Naturwissenschaften eher bescheidener Datensatz. Deshalb wurde damit begonnen, monatliche Reihen in die Zyklusklassifikation einfließen zu lassen. Da VGR-Daten in dieser Periodizität nicht zur Verfügung stehen und lange Reihen aus dem Produktionsbereich wegen der häufigen Umstellung der Systematik und nicht zuletzt auch wegen der Wiedervereinigung als kritisch zu bewerten sind, wurden zunächst Daten aus den Umfragen zum ifo-Konjunkturtest herangezogen.

In einer ersten Studie dazu zeigte sich, dass eine Klassifikationsgüte vergleichbar der mit vierteljährlichen Daten mit Hilfe der Umfrageergebnisse allein nicht er-

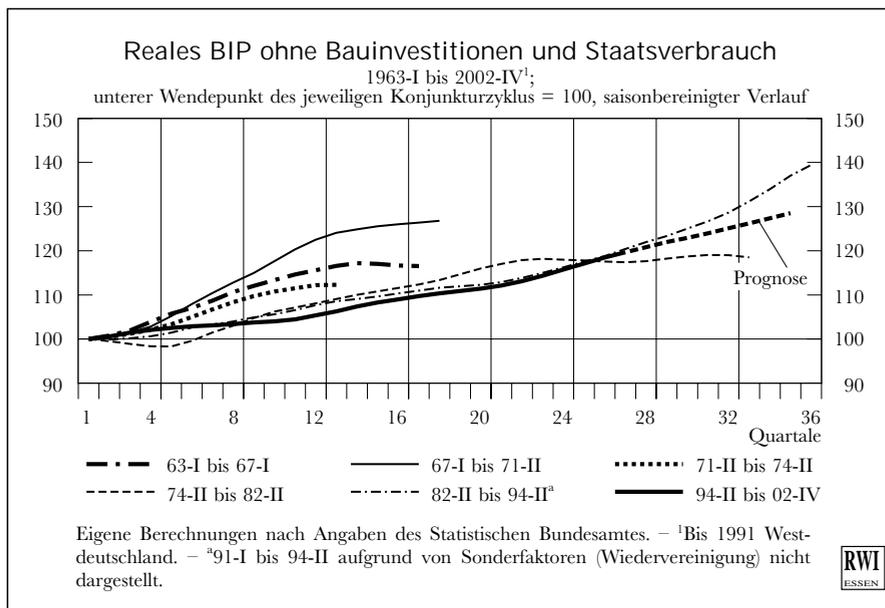
reicht werden konnte. Deshalb wurden die Umfragedaten um die ebenfalls monatlich zur Verfügung stehenden Kurz- und Langfristzinsen und die Arbeitslosenquote ergänzt. Mit diesem Datensatz konnten die Klassifikationsergebnisse der früheren Untersuchungen auf vierteljährlicher Basis weitgehend bestätigt werden. Da monatliche Daten sehr viel früher zur Verfügung stehen, ist das entsprechende Klassifikationsschema besser geeignet, die aktuelle Konjunkturanalyse und -prognose zu unterstützen. Erste Ergebnisse – zumindest im Bereich der Prognose – sind ermutigend.

Auch in diesem Jahr wurde die aktuelle Prognose (2000-4 bis 2002-4) mittels Diskriminanzanalyse in einem konjunkturellem Vier-Phasen-Schema klassifiziert. Nach den zur Jahreswende 2000/2001 vorliegenden Daten ergab sich bei Verwendung der früher geschätzten Klassifikationsfunktionen ein unerwartetes Bild: Bereits im zweiten Quartal 2000 setzte die obere Wendepunktphase des gegenwärtigen Zyklus ein, die bis zum Ende des Prognosezeitraums anhält.

Um den Änderungen einzelner Variablen Rechnung zu tragen, wurden die Klassifikationsfunktionen mit verlängertem Stützbereich neu geschätzt. Danach werden sowohl die Beobachtungen seit dem zweiten Quartal 1994 als auch die aktuelle Prognose der Aufschwungphase zugeordnet. Ein Vergleich der Mittelwerte in den Aufschwungphasen belegt die niedrigere gesamtwirtschaftliche Dynamik in den neunziger Jahren. Das konjunkturelle Bild des gegenwärtigen Aufschwungs bleibt unverändert.

#### *Der jüngste Zyklus im Vergleich*

Der laufende Zyklus weist unter den Zyklen seit den sechziger Jahren bisher die ge-



ringste Zunahme des BIP auf. Die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte nach der letzten Rezession mit 1 ½ vH je Jahr zunächst nur unterdurchschnittlich und blieb damit lange unterhalb der Beschäftigungsschwelle. Obwohl der andauernde Zyklus noch nicht abschließend beurteilt werden kann und zudem von den strukturellen Anpassungen in den neuen Bundesländern überlagert wird, wurde eine vorläufige Charakterisierung versucht.

Der aktuelle Zyklus unterscheidet sich von den vorherigen nicht nur hinsichtlich der Dynamik, sondern auch hinsichtlich der Dauer: Er ist erheblich länger bei schwächerem Wachstum. Ausschlaggebend hierfür ist, dass die Finanzpolitik zur Erreichung der Maastricht-Kriterien die Konsolidierungsbemühungen intensiviert hat, was zu einem Zurückbleiben der staatlichen und der privaten Konsumausgaben führte; zu letzterem trug auch die seit Mitte der neunziger Jahre moderate Lohnpolitik bei. Hinzu kam die rückläufige Bautätigkeit, auch im öffentlichen Bereich. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ohne Staatsverbrauch und Bauinvestitionen weist im laufenden Zyklus ein ähnliches Muster wie in den beiden vorhergehenden auf. Motor waren die Exporte und – im Gefolge der kräftigen Auslandsnachfrage – die Investitionen. Ohne Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten ist der laufende Aufschwung durch eine nur mäßige, erst spät in Gang gekommene Zunahme der Beschäftigung gekennzeichnet. Auch der Preisanstieg fiel gering aus, zumal die Lohnstückkosten seit Mitte der neunziger Jahre stagnieren und der Wettbewerb sich infolge der Liberalisierung und Globalisierung der Märkte intensivierte.

#### *Erweiterung des RWI-Konjunkturmodells um einen disaggregierten Arbeitsmarktteil*

In dem Projekt für das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wird dem Konjunkturmodell ein tief disaggregiertes Arbeitsmarktmodell zugeordnet. Dazu wurde in einem ersten Schritt eine umfangreiche Datenbank für alle wichtigen Bereiche des Arbeitsmarktgeschehens aufgebaut. Darüber hinaus wurden erste Schätzansätze für die regionale Beschäftigungsnachfrage, untergliedert nach Sektoren, in einer vorläufigen Fassung in die aktuelle Modellversion integriert.

#### *Kontakte mit externen Modellanwendern*

Neben dem breiten Einsatz innerhalb des Instituts findet das RWI-Konjunkturmodell im Bundesministerium der Finanzen, im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung sowie neuerdings beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, aber auch im akademischen Bereich und bei privaten Banken Verwendung. Am 11. Dezember 2000 fand ein Treffen der Vertreter dieser Modellkonsumenten im RWI statt. In diesem Zusammenhang wurden die jüngsten Arbeiten am und mit dem Modell vorgestellt und diskutiert; im Mittelpunkt des Interesses standen die Umstellung des Modells auf das ESVG 95, die Erweiterung des Arbeitsmarktblocks sowie die Kooperation im Zusammenhang mit *Project LINK*. Darüber hinaus schilderten die Teilnehmer ihre Erfahrungen mit der Modellanwendung. Diese Art des Informationsaustauschs soll auch künftig gepflegt werden.

#### *Project LINK*

Die aktualisierte kurzfristige Prognose für das Wirtschaftswachstum in Deutschland wurde für den Modellverbund *Project LINK* auf dessen Frühjahrstagung (bei der

UNO, New York) bzw. auf der Herbsttagung (in Oslo) zur Diskussion gestellt. Die Länderkonjunkturberichte der beteiligten Institutionen sowie die zugehörigen Gesamtrechnungen stehen via Internet auch der Allgemeinheit zur Verfügung.

#### *Veröffentlichungen*

Arbeitsgruppe Konjunktur (2000). „Konjunktur gut“ – Risiken gestiegen. RWI-Konjunkturbrief 3/2000. RWI, Essen.

Barabas, G. und U. Taureg (2000), Vierteljährliche Prognose mit dem RWI-Konjunkturmodell 51. RWI, Essen.

Barabas, G. und U. Taureg (2000), Vierteljährliche Prognose mit dem RWI-Konjunkturmodell 52. RWI, Essen.

Heilemann, U. and Münch, H.J. (2001), Classification of German Business Cycles Using Monthly Data. SFB-475 Technical Reports 8/2001. Universität Dortmund.

Schäfer, G. (2000), Perspectives du marché du travail en Allemagne. Lettre Mensuelle de Conjuncture 427. Centre d'observation economique, Paris, 27–28.

Barabas, G. (2000), Eine makoökonomische Interpretation der VGR-Revision 1999 – Befunde mit dem RWI-Konjunkturmodell. In R. Pohl und H.P. Galler (Hrsg.), Implikationen der Währungsunion für makroökonomische Modelle. Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle 8. Baden-Baden: Nomos, 97–112.

Döhrn, R., U. Heilemann und G. Schäfer (2000), Das dänische „Beschäftigungswunder“. In M. Baethge und I. Wilkens (Hrsg.), *Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert?* Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Göttingen: Leske & Budrich, erscheint demnächst.

Heilemann, U. (2001), Nachfrage- und Angebotsprobleme der wirtschaftspolitischen Beratung. In H.-F. Eckey et al. (Hrsg.), *Ordnungspolitik als konstruktive Antwort auf wirtschaftspolitische Herausforderungen*. Festschrift zum 65. Geburtstag von Paul Klemmer. Stuttgart: Lucius & Lucius, 469–480.

Schäfer, G. (2000), Agrarpolitik. In *Brockhaus Enzyklopädie – Jahrbuch 2000*. Leipzig und Mannheim: F.A. Brockhaus, erscheint demnächst.

Schäfer, G. (2000), Branchenkonjunktur. In *Brockhaus Enzyklopädie – Jahrbuch 2000*. Leipzig und Mannheim: F.A. Brockhaus, erscheint demnächst.

Schäfer, G. (2000), Deutschland. Wirtschaftliche Entwicklung. In *Brockhaus Enzyklopädie – Jahrbuch 2000*. Leipzig und Mannheim: F.A. Brockhaus, erscheint demnächst.

Heilemann, U. (2000), Die Schatten werden kürzer – konjunkturelle Aussichten für Essen und NRW. *Essener Revue – Zeitschrift für Essen* 2000 (1): 36.

Heilemann, U. (2000), Bekommt Europa Lungenentzündung, wenn die USA husten? *Financial Times Deutschland* 25. Juli 2000: 29.

Heilemann, U. (2000), Scheinbar sicher. *Die Zeit* 28. Dezember 2000: 25.

Heilemann, U. (2000), Die Finanzierung der deutschen Einheit. *Sozialer Fortschritt* 49: 253–259.

Heilemann, U. (2001), Increasing the Transparency of Macroeconomic Forecasts: A Report from the Trenches. *International Journal of Forecasting*, erscheint demnächst.

Heilemann, U., R. Döhrn, H.D. von Löffelholz und E. Schäfer-Jäckel (2000), Der Wirtschaftsaufschwung der Vereinigten Staaten in den neunziger Jahren – Rolle und Beitrag makroökonomischer Faktoren. *RWI-Mitteilungen* 51(1): 1–22.

Schäfer-Jäckel, E. et al. (2000), Günstige Aussichten für Wachstum und Beschäftigung. *RWI-Konjunkturberichte* 51 (1): 33–73.

Schäfer-Jäckel, E. et al. (2000), „Konjunktur gut“ – Risiken gestiegen. *RWI-Konjunkturberichte* 51 (2): 127–170.

#### *Ausgewählte Vorträge*

Barabas, G., Vorstellung der RWI-Konjunkturprognose im Rahmen des *Project LINK* Spring Meeting vom 17. bis 20. April 2000 in New York sowie des *Project LINK* Fall Meeting vom 2. bis 6. Oktober 2000 in Oslo.

Barabas, G. and U. Heilemann, Sample Selection Problems in a Macroeconometric Model Context – Some Further Results. Vortrag im Rahmen der „Sixth International Conference on Computing in Economics and Finance“ vom 6. bis 8. Juli 2000 in Barcelona.

Barabas, G., H. Nehls and U. Heilemann, Parameters or Policies? – European Integration in a Short-term Macroeconometric Model Context. Vortrag im Rahmen des *Project LINK* Euro-Meeting vom 17. bis 18. November 2000 im RWI, Essen.

Barabas, G., Vorstellung der RWI-Konjunkturprognose im Rahmen des Treffens der Anwender des RWI-Konjunkturmodells am 11. Dezember 2000 im RWI, Essen.

Barabas, G., Forecasting with the RWI-Business Cycle Model. Vortrag vor einer Delegation des Finanzministeriums der Republik Litauen am 30. Januar 2001 im RWI, Essen.

Heilemann, U., Aktuelle Tendenzen der konjunkturellen Entwicklung. Vortrag im Rahmen einer Seminarveranstaltung der Deutschen Bank am 4. April 2000 in Essen.

Heilemann, U., Unterschiedliche Erwartungen – Zu einem vernachlässigten Problem der wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland. Vortrag im Rahmen der 13. Sitzung der Sektion B der Wissensgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz am 13. April 2000 in Speyer.

Heilemann, U., Überblick über die ökonomische und soziale Situation in Deutschland – Erfahrungen nach 50 Jahren sozialer Marktwirtschaft in Deutschland. Vortrag vor einer Delegation des CIRD aus der Volksrepublik China am 13. Juni 2000 in Essen.

Heilemann, U., Schlussfolgerungen des Unterausschusses für Wirtschafts- und Währungsstatistik. Vortrag im Rahmen der 10. Sitzung des Europäischen Beratenden Ausschusses für Statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich am 15. September 2000 in Brüssel.

Heilemann, U., Probleme der wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland. Vortrag im Rahmen des WirtschaftsForums „Empirische Wirtschaftsforschung als Entscheidungshilfe für Unternehmen und Politik“ der Universität Essen am 19. Oktober 2000 in Essen.

Heilemann, U., Tendenzen im makroökonomischen Modellbau. Vortrag anlässlich der Emeritierung von Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Josef Gruber am 16. Februar 2001 in Hagen.

Heilemann, U., Sustainable Development. Vortrag im Rahmen einer Podiumsdiskussion anlässlich der 10-Jahres-Feier des CEIES am 27. April 2001 in Brüssel.

Münch, H.-J. und U. Heilemann, Classification of German Business Cycles Using Monthly Data. Vortrag im Rahmen der 25. CIRET-Conference on Business Surveys and Empirical Analysis of Economic and Social Survey Data vom 14. bis 18. Oktober 2000 in Paris.

Schäfer-Jäckel, E., Neue Rahmenbedingungen auch für die deutsche Konjunktur? Vortrag im Rahmen des dritten Wirtschaftsgesprächs der Freunde und Förderer des RWI am 29. November 2000 im RWI, Essen.

Schäfer-Jäckel, E., Short-Term Forecasting for the German Economy. Vortrag vor einer Delegation des Finanzministeriums der Republik Litauen am 30. Januar 2001 im RWI, Essen.

#### *2000 abgeschlossene Gutachten*

Gemeinschaftsdiagnose

Halbjahresberichte zur Konjunktorentwicklung in Nordrhein-Westfalen, 2000–2 und 2001–1

#### *Noch nicht abgeschlossene Gutachten/Projekte*

Gemeinschaftsdiagnose

Erstellung einer Arbeitsmarkt- (IAB-) Version des RWI-Konjunkturmodells

Multivariate Bestimmung und Untersuchung von Konjunkturzyklen – Teilprojekt B3 im Rahmen des Sonderforschungsbereiches 475 „Komplexitätsreduktion in multivariaten Datenstrukturen“

#### *Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien:*

Heilemann, U., Europäischer Beratender Ausschuss für Statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) bei der Kommission der Europäischen Union

Heilemann, U., Statistischer Beirat beim Statistischen Bundesamt

Heilemann, U., Ausschuss für Ökonometrie des Vereins für Socialpolitik

Heilemann, U., Ausschuss für Wirtschaftspolitik des Vereins für Socialpolitik

#### *Gastwissenschaftler*

Prof. Dr. Alexander Samarow, MIT, Cambridge, MA, USA

Prof. Dr. Steven Hall, Imperial College of Science, Technology and Medicine, London

Delegation des Finanzministeriums Litauen (Herr R. Vaicenavicius, Frau M. Gasiunaite, Frau A. Jurgutyte, Frau A. Kirkilaite)

#### *Kooperationen*

Centre d'Observation Economique (COE), Paris, Centro Studi Confindustria, Rom, London Business School (EUREN)

Prof. Peter Pauly, *Project LINK*, University of Toronto

Ohio Wesleyan University, Delaware, OH

*Praktikanten:*

Theofanis Archontakis, Universität Bielefeld  
 Andrea Gerling, Universität GH Essen  
 Karsten Keil, Westfälische Wilhelms-Universität Münster  
 Carolin Neuhaus, Universität zu Köln

*Betreuung von Gästen*

Treffen der Anwender des RWI-Konjunkturmodells am RWI  
 Drittes Wirtschaftsgespräch des RWI zum Thema „New Economy“  
 Studenten der Studienstiftung des Deutschen Volkes

## Regionalwirtschaftliche Analysen

Das langfristige Forschungsprogramm der Gruppe ist durch drei Schwerpunkte gekennzeichnet:

- die kritische Begleitung der Reformdiskussion bezüglich der EU-Regionalpolitik;
- die Analyse divergierender Entwicklungen auf den regionalen Arbeitsmärkten;
- die Bestimmung der ökonomischen Effekte hochwertiger Infrastruktureinrichtungen.

Das Jahr 2000 war in der Regionalpolitik durch Verhandlungen über die Ausgestaltung der Regionalförderung der EU für den Zeitraum 2000 bis 2005 geprägt. Insbesondere für die westdeutschen Regionen mit strukturellen Anpassungsproblemen haben diese Programme eine besondere Bedeutung, da bei einer Realisierung der Osterweiterung der EU mit einer Fortsetzung der Förderung nach 2005 nicht mehr zu rechnen ist. Gleichzeitig wurde mehr und mehr deutlich, dass die Osterweiterung ohne eine grundlegende Reform der Strukturpolitik der EU nicht finanzierbar sein wird. Damit zeichnen sich gravierende Verteilungskonflikte insbesondere mit den südeuropäischen Staaten ab, die bei einer konsequenten Anwendung der bisherigen Regeln den Hauptteil ihrer Fördergebiete verlieren. Falls die Erweiterung nicht scheitern soll, ist eine umfassende Reform der Agrarpolitik und der regionalen Strukturpolitik erforderlich. In diese Diskussion wird sich die Forschungsgruppe noch im ersten Halbjahr 2001 mit einem Vorschlag zur Reform des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ einbringen.

In Nordrhein-Westfalen standen die regionalen Auswirkungen der Deregulierung des Energiebereichs im Mittelpunkt des Interesses. Einerseits wurde deutlich, dass die Europäische Kommission verstärkt auf einen Abbau der Subventionierung der deutschen Steinkohle drängt, andererseits sahen sich sowohl die Stadtwerke als auch die überregionalen Energieversorgungsunternehmen zu verstärkten Rationalisierungsanstrengungen gezwungen. Insbesondere im Ruhrgebiet wird dieser Strukturwandel die Arbeitsmärkte tangieren. Das RWI schätzt, dass im Ruhrgebiet noch etwa 60 000 bis 80 000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Gleichzeitig kommt es insbesondere in den Städten der Hellwegzone zu gravierenden Umbrüchen in der demographischen Entwicklung. Deren Auswirkungen auf die Regionen des Ruhr-

gebiets sind bisher noch kaum untersucht und stellen einen weiteren Schwerpunkt der Arbeiten in diesem Jahr dar.

#### *Europäische Strukturpolitik*

In diesem Schwerpunkt des laufenden Forschungsplans wurden die Arbeiten an einer umfassenden Datenbank, die für das Gesamtgebiet der Europäischen Union und für die einzelnen Regionen Analysen erlaubt, abgeschlossen. Diese Datenbank soll nach Möglichkeit um Angaben über die beitragswilligen Länder ergänzt werden. Auf dieser Basis wurden die Auswirkungen der Osterweiterung der EU auf die Strukturfonds berechnet. Neben der angesprochenen Problematik eines absehbaren Verteilungskonflikts zeigt sich, dass die Begrenzung der Fördermittel auf 4 vH des BIP zu einer inversen Verteilung der Fördermittel führt: Je geringer das Pro-Kopf-Einkommen eines potenziellen Mitgliedsstaates ist, desto geringer fällt die Förderung aus. Da es in Mittel- und Osteuropa zudem zu einer fast flächendeckenden Förderung kommt, müssen die bisherigen regionalpolitischen Strategien der Kommission versagen: Sie würden die intraregionalen Probleme der beitretenden Länder noch verschärfen. Damit zeigt sich ein über die AGENDA 2000 hinausgehender Reformbedarf, der bis 2005 abgearbeitet werden muss. Letztlich geht es um einen Wechsel der förderpolitischen Konzeption, der auch die begrenzte Zahlungsfähigkeit der Nettozahler vor dem Hintergrund sich verengender Finanzierungsspielräume im Auge behält.

#### *Altindustrialisierte Gebiete*

Im Bereich der Ruhrgebietsforschung wurde eine Auswertung der Pendlerstatistiken für das Land Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Eine derartige Untersuchung hat für regionalpolitische Fragestellungen grundsätzliche Bedeutung: Sie gibt Auskunft darüber, wie dynamisch sich die Zentren des Landes entwickeln, welche Belastungen der Bandinfrastrukturen zu erwarten sind und welche Regionen in ihrer funktionalen Bedeutung als Arbeitsmarktzentren gefährdet sind bzw. an Bedeutung gewinnen. Während die oberzentralen Orte außerhalb des KVR-Gebietes zumeist ihre Attraktivität als Arbeitsmarktzentren steigern konnten, blieb jene der Ruhrgebiets(ober-)zentren deutlich hinter diesem Trend zurück: Während im Zeitraum von 1987 bis 1998 in Nordrhein-Westfalen (ohne Ruhrgebiet) die Zahl der Arbeitsmarktzentren von 40 auf 42 anstieg, ging sie im Ruhrgebiet von 13 auf 10 zurück. Städte wie Bergkamen, Gelsenkirchen, Hamm sowie Wetter an der Ruhr, die 1987 noch Einpendlerüberschüsse von mehr als 1 000 Erwerbstätigen aufwiesen, büßten inzwischen ihren Status als Arbeitsmarktzentren ein. Damit verschwanden wichtige Teilarbeitsmarktregionen innerhalb des Reviers. Dies alles weist auf eine zumindest relativ sinkende Bindungswirkung vieler Ruhrgebietszentren und eine stärkere „Außenorientierung“ vieler Arbeitskräfte – vor allem im westlichen Teil des Reviers – hin. Neben dem geänderten Mobilitätsverhalten waren hierfür vor allem die Arbeitsplatzverluste maßgeblich.

Im Zuge der erhöhten Pendelmobilität stieg einerseits der Einzugsbereich der Zentren der Hellweg-Zone, andererseits kam es zu einer Ausfransung an den Rändern, was eine stärkere Außenorientierung der Revierarbeitnehmer erkennen lässt. Die Geschlossenheit des Reviers nimmt ab.

Interessant sind auch die Ergebnisse bezüglich der Änderung der funktionalen Beziehungsgeflechte der Arbeitsmärkte des Ruhrgebiets. Die zonale Gliederung in eine Hellweg-, Emscher- und Lippe-Zone wird den Verflechtungsgegebenheiten immer weniger gerecht. Der Verflechtungsbereich Dortmund blieb stabil, jener von Bochum begrenzt. Größere Änderungen ergaben sich vor allem in der Mitte des Reviers. Dort wuchsen die Verflechtungskomplexe Essen, Gelsenkirchen, Marl und Recklinghausen immer mehr zu einem Komplex Essen zusammen. Immer deutlicher wird weiter, dass sich das Ruhrgebiet in der Mitte teilt und in seinem mittleren und westlichen Teil nur noch aus den Großregionen Essen und Düsseldorf besteht.

Ab westlich dieser Mitte kommen die Verflechtungen mit der Rheinschiene zum Tragen und entfaltet die Rheinmetropole Düsseldorf immer größere Anziehungskraft. Man kann fast von einem Fusionsvorgang sprechen, der im westlichen Teil des KVR überkommene Ruhrgebietsgrenzziehungen, die bereits in der Vergangenheit nicht so deutlich waren, immer stärker zurücktreten lässt. Es ist auf der Basis der Analyseergebnisse davon auszugehen, dass sich dieser Trend fortsetzen wird. Der westliche Teil des „überkommenen“ Ruhrgebiets geht immer stärker in einem Verflechtungskomplex Rheinschiene, der von Düsseldorf bestimmt wird, auf. Auch östlich von Leverkusen und Köln macht sich dieser Trend bemerkbar. Im mittleren Teil des Reviers etabliert sich, vor allem in nördliche Richtung, ein Komplex Essen. Damit steht fest, dass es unter analytischen Überlegungen immer schwerer wird, noch von einem Ruhrgebiet zu sprechen. Die prägende Kraft des Montanbereichs ist zurückgegangen, der Raum wird wirtschaftsstrukturell immer heterogener. Verflechtungsmäßig nimmt die Bindungskraft vieler Ruhrgebietszentren ab, und die „Außenorientierung“ im westlichen Teil des KVR-Gebiets nimmt zu. An den Rändern kommt es zu Ausfransungsprozessen.

Weiterhin wurde im Jahr 2000 in Zusammenarbeit mit dem KVR eine Studie begonnen, die die ökonomischen Anpassungsprozesse im Ruhrgebiet detailliert untersuchen soll. Dieses bis Ende 2001 befristete Projekt soll sich nicht auf die üblichen Indikatoren des Strukturwandels beschränken, sondern auch neuere Ansätze wie die Netzwerkförderung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen in Hinblick auf die Anwendbarkeit im Ruhrgebiet kritisch hinterfragen.

#### *Umwelt und Regionalentwicklung*

In diesem im Jahr 1999 begonnenen Forschungsschwerpunkt wurden im Berichtszeitraum zwei Projekte weiterverfolgt:

- In Zusammenarbeit mit den Universitäten Bonn und Bochum wird ein Forschungsvorhaben zur *Effizienz der Wasserversorgung sowie des Gewässerschutzes aus rechtswissenschaftlicher und institutionenökonomischer Sicht* durchgeführt. Dieses auf drei Jahre angelegte Projekt wird von der VW-Stiftung gefördert.
- Ein auf 18 Monate datiertes Vorhaben ist dem Thema *Delegation von Kompetenzen an Entscheidungsträger und Betroffene in Flußbeinzugsgebieten – Empirie des Umweltföderalismus* gewidmet. Es wird in Zusammenarbeit mit den Universitäten Bonn und Bochum sowie dem Forschungszentrum Jülich durchgeführt.

### *Regionale Arbeitsmarktforschung*

Die Forschungsgruppe führt im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Nordrhein-Westfalens die Auswertung des IAB-Betriebspanels für das Land NRW durch. In diesem Jahr soll schwerpunktartig das Ausbildungsverhalten der nordrhein-westfälischen Betriebe analysiert werden. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen hierbei Fragen nach der Ausbildungsbeteiligung und Gründe hierfür sowie Angaben über die neu abgeschlossenen, beendeten und geplanten Ausbildungsverhältnisse. Erkenntnisse über branchen- und betriebsgrößenspezifische Merkmale zu gewinnen sowie die Bedeutung von öffentlicher Förderung besser einschätzen zu können, sind weitere Ziele. Aus diesen Informationen lassen sich Schlussfolgerungen für künftige Förderstrategien im Bereich des Ausbildungsstellenmarktes ziehen. Über den Untersuchungsschwerpunkt der folgenden „Befragungswelle“ wird Ende des Jahres entschieden.

Die sich verschärfenden Probleme am Arbeitsmarkt, die sich u.a. in steigenden bzw. sich verfestigenden Arbeitslosenzahlen ausdrücken, werden mit als die dringlichsten Herausforderungen empfunden. Davon sind die einzelnen Regionen des Landes in unterschiedlicher Weise berührt. Das IAB führt vor diesem Hintergrund eine großangelegte Untersuchung über die Struktur der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet durch (10 000 Bestandsfälle und 10 000 Abgänge aus Arbeitslosigkeit). Im Rahmen dieser Erhebung hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen eine Aufstockung der Erhebung finanziert und das RWI beauftragt, eine regional differenzierte Analyse flächendeckend für Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Hierfür wurde eine funktionale Regionalisierung in 10 Teilregionen vorgenommen, die auf einem Distanzfaktor (Erreichbarkeit des nächstliegenden Kreis-Zentrums) und einem Einkommensfaktor (BIP je Einwohner des Zentrums) beruht. Die Verknüpfung folgt der Überlegung:

- je größer die Entfernung vom Zentrum, desto schwächer die Anbindung und
- je höher das Einkommen, desto größer der Einzugsbereich.

Damit werden Informationen über die Struktur des Bestandes an und der Abgänge aus der Arbeitslosigkeit für Nordrhein-Westfalen und dessen Teilregionen gewonnen, insbesondere über die Gründe, die zur Beendigung der Arbeitslosigkeit führen. Auch werden das persönliche Umfeld und Erwerbsbiographien der Arbeitslosen erhoben, denen in Bezug auf Erwerbchancen und -neigungen eine besondere Bedeutung zukommt. Rückschlüsse auf ihre Erwerbsorientierung lassen sich zudem mit Hilfe von Fragen zur finanziellen Situation und anderen personenbezogenen Merkmalen (z.B. Selbsteinschätzung der Motivstruktur) ableiten. Mit Hilfe dieser Angaben soll die Struktur der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen und den Teilregionen im Vergleich zu den übergeordneten Regionen erfasst werden. Dies ermöglicht eine zielgruppenspezifische Analyse, die Schlussfolgerungen für das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium zulässt.

In Hinblick auf die regionalen Arbeitsmärkte wird zunehmend über Mismatch-Probleme diskutiert. In diesem Zusammenhang stehen die Themen:

- Struktur der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zu Beginn des Jahres 2000,
- Auswertung des Betriebspanels des IAB für das Land Nordrhein-Westfalen,

begonnen. Die Ergebnisse dieser Studien werden bis Ende 2001 präsentiert. Das Institut ist gleichzeitig in den begleitenden Arbeitskreisen des IAB vertreten.

#### *Ländliche Räume und Regionalentwicklung*

Der Zwang, die EU-Agrarpolitik vor dem Hintergrund der Osterweiterung und der WTO-Verhandlungen zu reformieren, könnte den Anpassungsdruck auf die ländlichen Räume insbesondere in den alten Bundesländern erhöhen. Die vornehmlich in Ostdeutschland anzutreffenden Großbetriebe gelten auch zu Weltmarktpreisen noch als wettbewerbsfähig. Insbesondere westdeutsche Familienbetriebe in Mittelgebirgslagen dürften dagegen erheblich unter Druck geraten.

Für die Forschungsgruppe ergab sich die Gelegenheit, strukturelle Anpassungsprozesse in ländlich geprägten Regionen im Rahmen eines Kreisentwicklungsgutachtens für den Lahn-Dill-Kreis zu überprüfen. Dieser Kreis zeigt für verdichtete ländliche Kreise in Westdeutschland typische Tendenzen: Im Gegensatz zu Agglomerationen nimmt die Bevölkerung zumeist noch zu; insbesondere steigt das Erwerbspersonenpotenzial. Der relativ hohe Ausländeranteil sinkt kontinuierlich. Das Verarbeitende Gewerbe hat einen relativ hohen Anteil an der Beschäftigung und entwickelt sich besser als der Bundesdurchschnitt. Kleine und mittlere Unternehmen sind von überragender Bedeutung. Die Landwirtschaft spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Vor allem Arbeitsplätze für gering Qualifizierte gehen verloren. Die Betriebe haben allerdings Schwierigkeiten, hochqualifizierte Arbeitskräfte zu finden.

#### *Hochwertige Infrastruktur*

Im Jahr 2000 wurde das Institut beauftragt, eine Analyse der ökonomischen Effekte des Flughafens Düsseldorf und der Implikationen eines Wegfalls der bisherigen Kapazitätsbegrenzungen zu untersuchen. Dieses Projekt wurde in Zusammenarbeit mit den Forschungsgruppen „Öffentliche Finanzen und Steuern“ und „Sektorale Strukturanalysen“ erstellt.

Obwohl die Fragestellung ähnlich wie bei der im Jahr 1999 abgeschlossenen Arbeit über den Flughafen Frankfurt a.M. ist, wurde methodisch ein anderer Weg beschritten, da sich die Datenlage erheblich verbessert hat: Seit Mitte des Jahres 2000 stellt die EU Daten über alle europäischen Flughäfen zur Verfügung, die detaillierte Angaben zu den direkten und indirekten (zum Beispiel Catering-Unternehmen) Umsätzen enthalten. Es war daher möglich, die Auswirkungen auf die Beschäftigung, auf das BIP und die Steuereinnahmen des Landes mit Hilfe einer Input-Output-Analyse abzuschätzen. Als Ergebnis der Berechnungen ergab sich eine zu erwartende Beschäftigungszunahme um etwa 18 000 Arbeitsplätze bei der nunmehr erlassenen erweiterten Betriebsgenehmigung, der allerdings auch erheblich gestiegene Lärmbelastigungen entgegenstehen. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Akustik Berlin wurde daher eine differenzierte Lärmschutzabgabe entwickelt, die einerseits für Lärmschutzmaßnahmen, zu denen der Flughafen gesetzlich nicht

verpflichtet ist, verwendet werden soll, andererseits der direkten Entschädigung der besonders betroffenen Anwohner dient. Die Differenzierung nach sieben Lärmklassen lässt erwarten, dass insbesondere ältere Flugzeuge in Zukunft Düsseldorf meiden und damit ein Lenkungseffekt erreicht wird.

#### *Veröffentlichungen*

Budde, R., S. Gehle, H.D. von Loeffelholz, W. Moos und H. Schruppf (2000), Die landes- und regionalpolitische Bedeutung des Flughafens Düsseldorf. Schriften und Materialien zur Regionalforschung 4. RWI, Essen.

Friedrich, W., S. Gehle, B. Lageman, G. Machalowski und H. Schruppf (2000), Die Gemeinschaftsinitiative KMU in Ostdeutschland: Förderung der Anpassung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Binnenmarkt durch die Europäische Union. Untersuchungen des RWI 33. RWI, Essen.

Müller, B. und H. Schruppf unter Mitarbeit von R. Budde (2000), Die Region MEO im Strukturwandel – Bestandsaufnahme und Perspektiven. Schriften und Materialien zur Regionalforschung 3. RWI, Essen.

Schruppf, H. und B. Müller (2001), Sparkassen und Regionalentwicklung – Eine empirische Studie für die Bundesrepublik Deutschland. Wissenschaft für die Praxis: Forschung 16. Stuttgart: Deutscher Sparkassen Verlag.

Müller, B. und H. Schruppf (2000), Neuere Raumwirtschaftliche Entwicklungen und Theorien. *Sparkasse* 2000 (1): 27–29.

#### *Ausgewählte Vorträge*

Schruppf, H., Die Beschäftigungsentwicklung der ländlichen Räume in den alten Bundesländern. Referat im Rahmen der Jahrestagung der OLB- Stiftung am 7. April 2000 in Bad Zwischenaar.

Schruppf, H., Arbeitsplatzentwicklung und sektorale Veränderungen in den Teilräumen des Ruhrgebiets. Referat anlässlich der Immobilienmesse Ruhr am 9. Mai 2000 in Duisburg.

Schruppf, H., Langfristige Trends der Beschäftigungsentwicklung im Ruhrgebiet. Referat anlässlich der „Historama Ruhr“ am 21. Juni 2000 in Recklinghausen.

Schruppf, H., Europäische Regionalpolitik und Erweiterung der EU. Vortrag im Gustav Stresemann-Institut Bonn am 21. Juli 2000.

Schruppf, H., Paradigmenwechsel in der Raumwirtschaftstheorie und regionale Entwicklungen in Ostdeutschland. Vortrag zu den Barnimer Wirtschaftstagen am 21. September 2000 in Eberswalde.

#### *2000 abgeschlossene Gutachten*

Die Region MEO im Strukturwandel – Bestandsaufnahme und Perspektiven

Der Lahn-Dill-Kreis im Strukturwandel – Bestandsaufnahme und Perspektiven

Sparkassen und Regionalentwicklung

Die landes- und regionalpolitische Bedeutung des Flughafens Düsseldorf

*Noch nicht abgeschlossene Gutachten*

Struktur der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zu Beginn des Jahres 2000

Auswertung des Betriebspanels des IAB für das Land Nordrhein-Westfalen

Effizienz der Wasserversorgung sowie des Gewässerschutzes aus rechtswissenschaftlicher und institutionenökonomischer Sicht

Delegation von Kompetenzen an Entscheidungsträger und Betroffene in Flußeinzugsgebieten – Empirie des Umweltföderalismus

*Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien*

Klemmer, P., Beirat für Raumordnung beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Klemmer, P., Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages

Klemmer, P., Wissenschaftlicher Beirat „Globale Umweltveränderungen“ der Bundesregierung

Klemmer, P., Enquete-Kommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ des Landes Nordrhein-Westfalen

Klemmer, P., Umweltökonomischer Beirat beim Statistischen Bundesamt (stellvertretender Vorsitzender)

Klemmer, P., Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung über neue Entwicklungen in der Regionalökonomie

Schrumpf, H., Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung über neue Entwicklungen in der Regionalökonomie

*Beteiligung an der Hochschullehre*

Müller, B. und Schrumpf, H., Seminar über „Neuere Entwicklungen in der Theorie der regionalen Wirtschaftspolitik“ an der Universität Nishny-Novgorod

Schrumpf, H., Seminar über die „Anwendung der Europäischen Strukturfonds im Ruhrgebiet“ an der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg

*Gastwissenschaftler/Praktikanten*

Michaela Bleuel, Ruhr-Universität Bochum

Dirk Huchtemann, Ruhr-Universität Bochum

## Sektorale Strukturanalysen

Die Arbeiten der Forschungsgruppe waren auch im Jahr 2000 durch drei Schwerpunkte gekennzeichnet. Zum einen ging es darum, die Formen, Determinanten und Konsequenzen des sektoralen Strukturwandels zu analysieren, wie er etwa im langfristigen Wandel der industriell geprägten zur Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zum Ausdruck kommt. Zum zweiten sollten die Wechselwirkungen

zwischen den strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft einerseits, den langfristig absehbaren Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft andererseits aufgezeigt werden. Konkret: Inwieweit können strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft zur – wie auch immer definierten – Nachhaltigkeit beitragen. Der dritte Schwerpunkt ergab sich aus den beiden erstgenannten: Es gilt, die theoretische und methodische Basis der Arbeiten kontinuierlich zu verbessern. Diese Ziele des langfristigen Forschungsplans konnten im Rahmen der laufenden Arbeit verfolgt werden. Mehr als zuvor wurden aber auch Drittmittel für Projekte eingeworben, die sich in diesen Forschungsplan einfügen. Bei der Umsetzung wurde wie bisher mit anderen Forschungsgruppen, aber auch mit Externen zusammengearbeitet.

#### *Formen und Determinanten des sektoralen Strukturwandels*

Fragen des sektoralen Strukturwandels in der deutschen Wirtschaft stehen im Mittelpunkt der Strukturberichte, die die Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie seit Ende der siebziger Jahre erstellen. Sie stützen sich – was die theoretische Basis angeht – auf ein vergleichsweise breites Fundament, das vor allem Elemente der neoklassischen Allokationstheorie, aber auch der Innovations- und Evolutionsforschung oder der Institutionenökonomik einschließt; Letzteres insbesondere bei der Analyse der Regulierung einzelner Güter- und Faktormärkte. Empirische Grundlage der Arbeiten sind vor allem die sektoral vergleichsweise tief gegliederten Ergebnisse der VGR; hier ist zum Ende der neunziger Jahre ein mehrfacher Strukturbruch insoweit zu konstatieren, als nunmehr auch die neuen Bundesländer einbezogen werden, das Definitionssystem geändert und die Wirtschaftszweigesystematik tiefgreifend umgestellt wurden.

Ausgehend von der Vermutung, dass die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahren durch eine wachsende Standortkonkurrenz bzw. eine Intensivierung der internationalen Beziehungen, tiefgreifende Veränderungen der Unternehmensstrukturen und – nicht zuletzt – eine Beschleunigung des sektoralen und regionalen Strukturwandels geprägt ist, wurde in einem Schwerpunktthema zur Strukturberichterstattung die internationale Wettbewerbsfähigkeit bzw. die Standortqualität der deutschen Wirtschaft bewertet. Der Bericht, der in Zusammenarbeit mit den Forschungsgruppen „Öffentliche Finanzen und Steuern“ sowie „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ erstellt wurde, zieht zunächst eine deutliche Trennlinie zwischen dem Begriff der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einerseits, dem der Standortqualität andererseits. Nach der traditionellen Definition gilt ein Land als wettbewerbsfähig, wenn es am internationalen Handel mit Waren und Dienstleistungen teilnehmen kann, ohne Einbußen beim Realeinkommen hinnehmen zu müssen. Zur empirischen Bestimmung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit können mehrere Indikatoren herangezogen werden – z.B. der Saldo der Leistungsbilanz, der Anteil an den Weltexporten, der Außenwert oder die *(income) terms of trade*. Kritisch ist freilich anzumerken, dass eine so definierte Wettbewerbsfähigkeit auch das Ergebnis protektionistischer Maßnahmen (Exportsubventionen oder Importbehinderungen) bzw. Folge manipulierter Wechselkurse sein kann. Aus diesem Grunde wird empfohlen, die Bewertung weniger an den kurzfristigen Erfolgen im internationalen Wettbewerb als vielmehr an den langfristigen und primär auf der

Angebotsseite ansetzenden Standortbedingungen der Volkswirtschaft festzumachen und hierbei auch die Attraktivität eines Landes für mobiles, Anlage suchendes Kapital zu berücksichtigen.

Recht ausführlich – und durchaus kritisch – setzt sich der Bericht mit der Anwendung der *Benchmarking*-Technik auf volkswirtschaftliche Fragestellungen auseinander. So wird zwar begrüßt, dass sich im Zuge ihrer Rezeption die Lehrgebäude der Volks- und der Betriebswirtschaft erkennbar angenähert haben, d.h. die mikroökonomische Fundierung der Makrotheorie gestärkt wird und meso- bzw. makroökonomische Zusammenhänge in mikroökonomischen Analysen Beachtung finden. Hier wirken offenkundig die Überlegungen der neuen Wachstumstheorie nach, wonach der Wettbewerbserfolg eines Landes weniger von der Faktorausstattung, sondern mehr von Marktunvollkommenheiten etwa in Form von Skalenerträgen und Externalitäten abhängt, aber auch die Arbeiten von *Porter*, nach denen der Wettbewerbserfolg von Unternehmen vom Zustand des nationalen und regionalen Umfeldes bestimmt wird. Kritisch angemerkt wird aber, dass die Frage, wer der Beste ist, unter volkswirtschaftlichen Aspekten nicht immer zweifelsfrei beantwortet werden kann. Die leichtfertige Übertragung des *Benchmarking* auf sektorale oder gesamtwirtschaftliche Entwicklungen birgt die Gefahr, dass Kostenaspekte über- und Qualitätsaspekte unterbewertet werden. Letztlich wären die hier angesprochenen Fragen nur lösbar, wenn es gelänge, eine gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion aufzustellen. Daneben wird das Problem der Gewichtung der einzelnen Faktoren angesprochen: In den bisher durchgeführten *Benchmarking*-Studien wird meist eine Vielzahl unterschiedlichster Indikatoren zu gewogenen oder (zumeist) ungewogenen Durchschnitten zusammengefasst. Es wird angeregt, den Zusammenhang zwischen einzelnen Indikatoren oder Faktoren stärker als bisher zu untersuchen, nicht zuletzt durch Anwendung ökonomischer Tests. Es ist allerdings nicht zu übersehen, dass damit ein spezifisches Merkmal des *Benchmarking* – die ausschließliche Orientierung am jeweils Klassenbesten – in den Hintergrund tritt.

Zur konkreten Bewertung der Standortqualität wurden zunächst fünf Indikatorengruppen mit insgesamt 30 Indikatoren der Standortqualität ausgewählt und für 15 Länder empirisch bestimmt. Die Länderauswahl schließt neben den bedeutenden Partnerländern auch solche ein, die sich in den letzten Jahren durch ein dynamisches Wachstum ausgezeichnet haben (z.B. Irland und Korea), nach allgemeiner Einschätzung besonders innovative Lösungen zur Bewältigung ihrer Arbeitsmarktprobleme gefunden haben (Dänemark, Niederlande), tiefgreifende Strukturreformen durchgeführt haben (Schweden) oder im Transformationsprozess von einer staatlich gelenkten zu einer marktwirtschaftlich gesteuerten Wirtschaft relativ weit fortgeschritten sind (Polen, Tschechien). Danach nimmt Deutschland in den meisten Fällen eine mittlere bis untere Position ein, und dies mit einer sicher nicht erwarteten Deutlichkeit: So belegt es im Zeitraum 1990 bis 1999 im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum und die Lebensqualität den zehnten, in Bezug auf die Beschäftigung und den internationalen Kapitalverkehr den elften und hinsichtlich der Position im internationalen Handel den dreizehnten Rang (von 15). Im ungewogenen Durchschnitt dieser fünf Indikatorenbündel rangiert Deutschland zusammen mit Polen auf Platz 13, nur noch gefolgt von Italien. Die ersten drei Plätze nehmen

Irland, die Niederlande und Korea ein, da sie als „Newcomer“ im Kreis der weltwirtschaftlich aktiven Nationen in den neunziger Jahren ein außerordentlich hohes Wirtschaftswachstum und eine steigende Beschäftigung verzeichnen konnten. Der vierte Platz fällt an die Vereinigten Staaten, denen – wie allgemein angenommen – die *new economy* einen lang anhaltenden Aufschwung bescherte. Die anderen hochentwickelten Industrieländer wie Kanada, Frankreich und Japan schneiden nicht viel besser ab als Deutschland.

Um den Ursachen für diese Unterschiede näher zu kommen, wurden in einem zweiten Schritt die Standortfaktoren der einzelnen Länder analysiert. Einbezogen wurden etwa 170 Indikatoren, gruppiert zu 12 Faktorenbündeln, die nach marktwirtschaftlichem Verständnis die Investitionsneigung und das Produktionspotenzial bzw. die Entwicklung von Einkommen und Beschäftigung in einem Land positiv beeinflussen. Im Ergebnis zeigen sich besondere Stärken des Standortes Deutschland beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Rang 2 unter 15 Ländern), der Bildung und Ausbildung (3) und der sonstigen Infrastruktur (4). Eine Position im oberen Mittelfeld ergibt sich bei Steuern und Abgaben (6), der monetären und fiskalischen Stabilität (7), der wirtschaftlichen und politischen Freiheit (7) und im Bereich Forschung und Innovation (7). Im unteren Mittelfeld rangiert Deutschland bei der staatlichen Regulierung (8) und der Ergiebigkeit der Kapitalmärkte (9). Deutliche Schwächen zeigen sich (immer noch) bei der Ausstattung mit Telekommunikationseinrichtungen (10) und im Hinblick auf die Flexibilität und Struktur der Gütermärkte (11). Zu den ausgesprochenen Schwachpunkten gehören jedoch die geringe Effizienz der sozialen Sicherungssysteme und die inflexible Struktur des Arbeitsmarktes (jeweils Rang 13). Im ungewogenen Durchschnitt ergibt sich für Deutschland ein neunter Platz – immerhin vor dem Vereinigten Königreich (10) und Frankreich (11). In der Spitzengruppe der Länder mit der besten Faktorausstattung befinden sich Japan, Kanada, Irland, Schweden und die Vereinigten Staaten; am Schluss rangieren Spanien, Polen, Tschechien und Italien. Vergleicht man dieses Ergebnis mit der Bewertung der Standortqualität, so fällt auf, dass die vorliegenden Daten Deutschland eine annähernd befriedigende Ausstattung mit Standortfaktoren attestieren, aber eine schlechte *performance*. Ein diametral entgegengesetzter Befund ergibt sich vor allem für die Niederlande; ihnen ist es offenbar gelungen, ihre vergleichsweise bescheidenen Ressourcen viel effizienter einzusetzen.

Für die schlechte Bewertung sind – wie betont wurde – sowohl die Auswahl der Vergleichsländer als auch der Analysezeitraum mit verantwortlich. Es kam eben nicht darauf an, Länder auszuwählen, die nach Größe, Entwicklungsstand oder Wirtschafts- und Sozialstruktur mit Deutschland vergleichbar sind: Beim *Benchmarking* geht es vielmehr darum, die Erfahrungen und Erfolgsrezepte anderer zu studieren – und zu fragen, ob und wie diese Erfolgsrezepte selbst genutzt werden können. In der Tat hat sich eine Fülle von Hinweisen ergeben, welche Verhaltensmuster und Strategien zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen und die Attraktivität eines Investitionsstandortes stärken können. Im Übrigen ist daran zu erinnern, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im betrachteten Zeitraum stark durch die Folgen der deutschen Vereinigung geprägt war (Vereinigungsboom, gefolgt von Anpassungslasten). Um die Befunde dieser *Benchmarking*

*king*-Analyse kritisch zu überprüfen und zu differenzieren, wurden neun „Problemfelder“ international vergleichend analysiert, unter ihnen die Steuern und Abgaben, die sozialen Sicherungssysteme, das Gesundheitswesen, die Güter- und Kapitalmärkte, der Arbeitsmarkt und die Humankapitalbildung, die Forschungs- und Innovationsaktivitäten, die Infrastrukturausstattung sowie der Bereich natürliche Ressourcen und Umweltschutz (zu einzelnen Ergebnissen vgl. die Ausführungen der anderen Forschungsgruppen).

Die Strukturanalysen des RWI sind i.A. gesamtwirtschaftlich angelegt, d.h. sie untersuchen die relative Position der bis zu 60 Branchen etwa im nationalen und internationalen Wettbewerb oder bei Wertschöpfung und Beschäftigung. Es hat sich allerdings als notwendig erwiesen, diesen eher makroökonomischen Ansatz durch mikroökonomisch angelegte Untersuchungen einzelner Branchen oder Technologien zu ergänzen. Im Vordergrund stehen dabei Bereiche, die aller Voraussicht nach als Basis- oder Schlüsseltechnologien die zukünftige Entwicklung der Volkswirtschaft und ihre strukturelle Zusammensetzung stark prägen werden. Als eine solche Schlüsseltechnologie gilt die Informations- und Kommunikationstechnik (IuK): Es wird erwartet, dass sie alle Bereiche des wirtschaftlichen und sozialen Lebens nachhaltig verändern wird, wobei es neben Gewinnern – vor allem den Anbietern der spezifischen Hard- und Software sowie der damit verbundenen Vorprodukte und Dienstleistungen – auch Verlierer geben muss, etwa im Bereich der „alten“ Medien. Von ungleich größerer Bedeutung als diese unmittelbaren Wirkungen dürften freilich die mittelbaren Effekte sein, die sich aus der Anwendung dieser Techniken in zahlreichen, eher traditionellen Wirtschaftszweigen (etwa im Handel durch *e-commerce* und neue Warenwirtschaftssysteme, bei Banken oder im Gesundheitswesen) ergeben. Hier ist zwischen kurzfristigen Rationalisierungseffekten, d.h. sinkenden relativen Preisen, steigender Arbeitsproduktivität und u.U. Freisetzung von Arbeitskräften, und langfristigen Angebotseffekten zu unterscheiden – wenn und soweit die aus den Preissenkungen resultierenden Realeinkommenserhöhungen die Nachfrage im Inland ansteigen lassen. Daneben ist zu berücksichtigen, dass durch die IuK-Techniken auch völlig neue Bedarfswelder erschlossen werden. Diesen Fragestellungen ging die Forschungsgruppe im Rahmen eines Projekts über die Wachstum- und Beschäftigungspotenziale der Informationsgesellschaft bis zum Jahre 2010 nach (vgl. Arbeitsbericht 1999); sie bilden die Grundlage für ein jüngst angelaufenes Forschungsprojekt, das eine Bestandsaufnahme der *new economy* aus deutscher Perspektive zum Ziel hat. Dieses Projekt wird in Zusammenarbeit mit anderen Forschungsgruppen und Robert J. Gordon, Stanley G. Harris Professor of the Social Science von der Northwestern University in Evanston, IL, bearbeitet.

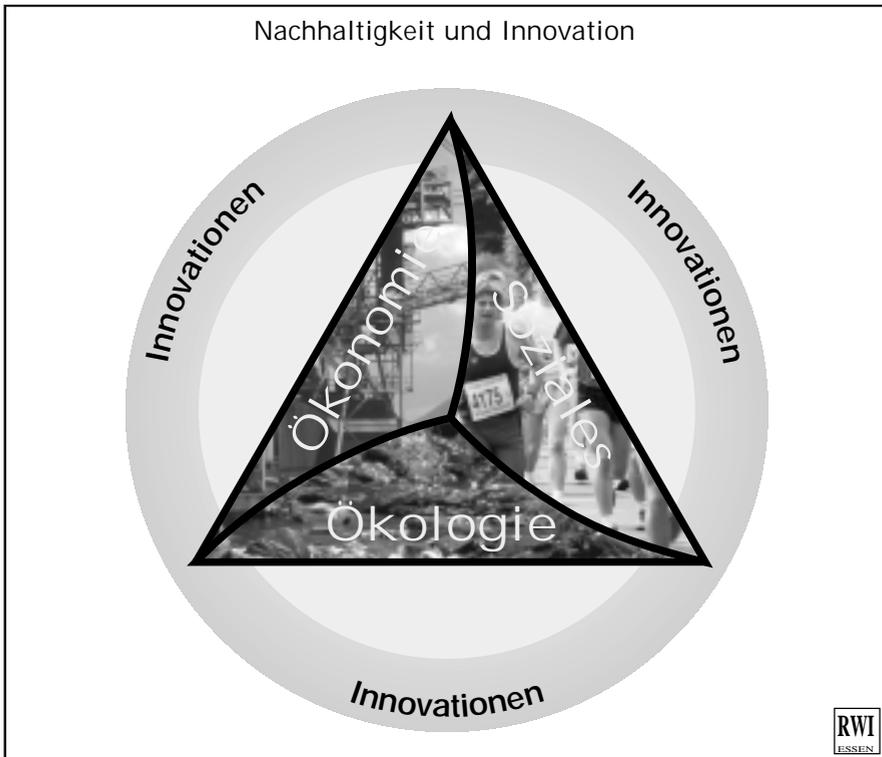
Eine weitere Branchenanalyse betraf die feinkeramische Industrie. Sie ist ein kleiner, aber vielseitiger Wirtschaftszweig mit einer breiten Produktpalette und unterschiedlichen Verwendungsbereichen. Insbesondere der technischen Keramik, die u.a. in der Elektrotechnischen oder der Chemischen Industrie eingesetzt wird, werden hohe Wachstumspotenziale und die Rolle einer technologischen Führerschaft vorhergesagt. Vor diesem Hintergrund wurden eine Bestandsaufnahme und eine Abschätzung der mittelfristigen Perspektiven der Branche und ihrer Fachzweige erstellt. Insgesamt zeichnet der Bericht ein eher differenziertes Bild: Zunächst hat

die Branche im konjunkturellen Aufschwung der späten achtziger und – vor allem – im Zuge der deutschen Vereinigung einen ausgeprägten Nachfrageschub erlebt. Die nachfolgende Rezession hat indessen gezeigt, dass die zuvor beobachteten Strukturprobleme keineswegs gelöst waren: Mit der Öffnung der Grenzen zu Osteuropa und der zunehmenden internationalen Handelsverflechtung ist der Importdruck drastisch gestiegen. Die Unternehmenslandschaft hat sich spürbar gewandelt; es ist zu zahlreichen Stilllegungen und Zusammenschlüssen, teils unter internationaler Beteiligung gekommen. Die konjunkturelle Belebung der späten neunziger Jahre dürfte nur vorübergehend vergessen gemacht haben, dass nach wie vor Rationalisierungs- und Anpassungsbedarf besteht. Auch für die Zukunft ergeben sich eher bedrückende Perspektiven: Legt man die gesamtwirtschaftlichen Mittelfristprognosen des Instituts zugrunde, wird die reale Bruttowertschöpfung der feinkeramische Industrie insgesamt bestenfalls stagnieren, so dass mit einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen zu rechnen ist. Eine Verbesserung ihrer Position im nationalen und internationalen Wettbewerb kann sie im Wesentlichen nur durch weitere innerbetriebliche Maßnahmen zu erreichen, die darauf abzielen, die Produktionsprozesse zu rationalisieren und zu mechanisieren, Energie einzusparen und die Lohnkosten zu senken. Daneben sind weitere Bemühungen zur Fortentwicklung der Produktpalette notwendig. Im Bereich der technischen Keramik wird es darauf ankommen, den technologischen Vorsprung zu halten bzw. erkannte Defizite abzubauen; hierzu ist die Einbindung in nationale und internationale Forschungsnetze zu stärken. Einfache und schnelle Lösungen sind freilich nicht Sicht; es ist daran zu erinnern, dass nahezu alle konsumabhängigen Bereiche in Deutschland mit vergleichbaren Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

#### *Strukturwandel und gesellschaftliche Entwicklung*

Sektorale Strukturveränderungen vollziehen sich in einem Prozess wechselseitiger Abhängigkeiten zwischen branchentypischen Verläufen einerseits, Veränderungen der institutionellen Gegebenheiten und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen andererseits. Sie spiegeln die Aktionen und Reaktionen der einzelnen Wirtschaftssubjekte im In- und Ausland sowie die vielfältigen Aktivitäten des Staates wider, mit denen die Funktionsweise der Märkte gesichert und die Marktergebnisse ggf. beeinflusst werden sollen. Hierzu stehen dem Staat die Mittel der Ordnungs- und Strukturpolitik sowie die Instrumente der Prozess- bzw. Makropolitik zur Verfügung. Eine unangemessene Gestaltung dieses staatlichen Ordnungsrahmens kann nicht nur für unbefriedigende Ergebnisse des sektoralen Strukturwandels verantwortlich sein, sondern auch die Effizienz der Makropolitik mindern. Hieraus wird die Vermutung abgeleitet, dass Strukturreformen – etwa eine Verschärfung der Wettbewerbspolitik oder eine konsequentere Deregulierungspolitik – die Leistungsfähigkeit namentlich der Geld- und Fiskalpolitik erhöhen könnten. Diese Wechselwirkungen zwischen Struktur- und Makropolitik werden im Rahmen eines derzeit laufenden Gutachtens analysiert (vgl. dazu auch die Arbeitsberichte der Forschungsgruppe „Öffentliche Finanzen und Steuern“ sowie „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“).

Der sektorale Strukturwandel kann dazu beitragen, dass das Realeinkommen erhöht, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und zugleich der Energie- und Rohstoff



verbrauch gesenkt werden, er kann aber auch zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen und zu einer Verschärfung der Umweltprobleme führen – und damit die langfristigen Überlebenschancen der Menschheit vermindern. Diese Zusammenhänge werden gemeinhin unter dem Stichwort *Nachhaltige Entwicklung* diskutiert. Die Forschungsgruppe hat sich – in Zusammenarbeit mit anderen Forschungsgruppen, externen Instituten bzw. Wissenschaftlern – um eine Konkretisierung dieses Leitbildes bemüht. Ausgehend von dem „Drei-Säulen-Modell“, in dem ökologische, ökonomische und soziale Ziele prinzipiell gleichwertig behandelt werden, hat sie empirisch gehaltvolle Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung zu identifizieren und ihre Entwicklung etwa bis zum Jahre 2020 zu bestimmen versucht. Besonderes Augenmerk galt dabei der Frage, welchen Beitrag technisch-ökonomische, organisatorische oder institutionelle Innovationen zur nachhaltigen Entwicklung leisten können.

Zu den hier zu nennenden Forschungsprojekten gehörte der bereits 1999 abgeschlossene, vom RWI wissenschaftlich koordinierte Forschungsverbund „Innovative Wirkungen umweltpolitischer Instrumenten“ (FIU). Er soll unter der Bezeichnung „Rahmenbedingungen für innovatives Wirtschaften“ fortgeführt werden; das RWI ist hieran voraussichtlich mit zwei Forschungsprojekten beteiligt. Im Jahre 2000 standen daneben noch die Abschlussarbeiten an dem von der *Hans-Böckler-Stiftung* finanzierten und gemeinsam mit der Forschungsgruppe „Energiewirt-

schaft“ durchgeführten Projekt *Arbeit und Ökologie* an; hierzu gehörte u.a. eine intensive Diskussion der Ergebnisse. Dabei fanden die Kernthesen des Berichts allgemeine Zustimmung, so etwa die, dass viele der gegenwärtig in Deutschland vorherrschenden Verhaltensmuster nicht nachhaltig, d.h. langfristig nicht durchhaltbar sind: Trotz unbestreitbarer Erfolge der Umweltpolitik ist nach wie vor die Gefahr globaler Klimaveränderungen, die Erschöpfung wichtiger natürlicher Ressourcen oder der Verlust an Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten nicht auszuschließen. Andererseits ist damit zu rechnen, dass das wirtschaftliche Wachstum im Durchschnitt der nächsten 10 bis 20 Jahre kaum ausreichen wird, die Folgen des technologischen und organisatorischen Wandels für den Arbeitsmarkt zu kompensieren, so dass die Arbeitslosigkeit voraussichtlich hoch bleiben wird und weitere Verteilungskonflikte nicht auszuschließen sind. Aufmerksamkeit fand aber auch, dass der Bericht anhand konkreter Beispiele zeigt, dass es durchaus Ansatzpunkte für eine nachhaltige Entwicklung gibt: Innovationen im technisch-wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich können dazu beitragen, dass die natürlichen Ressourcen geschont, zugleich aber auch das wirtschaftliche Wachstum gestärkt und Verteilungskonflikte vermindert werden. Unter gewissen Voraussetzungen kann es sehr wohl eine ökologische und ökonomische bzw. soziale „Doppel-Dividende“ bzw. eine „Triple-Dividende“ geben – wenn auch in anderen Feldern und durch andere Strategien, als oftmals öffentlich diskutiert wird. Gleichwohl ist festzuhalten, dass der Reformbedarf, was die sozialen Sicherungssysteme, das Bildungswesen und – letztlich – alle politischen Regelungssysteme angeht, zukünftig eher zu- als abnehmen wird.

#### *Stahlmarktforschung*

Zu den traditionellen, historisch geprägten Arbeiten des RWI gehört schließlich die Analyse der nationalen und internationalen Stahlmärkte und ihrer Bedeutung für die nordrhein-westfälische Wirtschaft. Um der besonderen Stellung der Stahlindustrie in der deutschen und namentlich der nordrhein-westfälischen Wirtschaft Rechnung zu tragen, wurde die Dokumentation der statistischen Grundlagen erweitert und so der Boden für weitere industrieökonomische Untersuchungen bereitet. Vor Kurzem wurden erste Ergebnisse einer mittelfristigen Prognose des deutschen Stahlverbrauchs vorgestellt. Dabei wurden als Unterstützung der Prognoseergebnisse auf Basis des gesamtwirtschaftlichen, sektoral disaggregierten ökonomischen Strukturmodells des RWI zeitreihenanalytische Verfahren eingesetzt, um die maßgeblichen Determinanten in dieser Industrie zu identifizieren. Es wurden Kausalitätsanalysen durchgeführt und ein Ko-Integrationsansatz bzw. ein Fehlerkorrekturmodell verwendet, um die Variablen zu identifizieren, deren Entwicklung – trotz kurzfristiger Divergenzen – eng mit dem Stahlverbrauch verbunden ist bzw. in einer Gleichgewichtsbeziehung steht.

Mit der Abschwächung des Wachstums der Weltwirtschaft im Verlauf des Jahres 2000 hat auch die starke Dynamik der nationalen und internationalen Stahlnachfrage, die temporär zu einer Angebotsknappheit geführt hatte, nachgelassen. Gleichwohl wurde bei einem Wachstum der weltweiten Rohstahlerzeugung von 7,5 vH ein neuer Höchststand von 847 Mill. t erreicht; in Deutschland stieg die Erzeugung um 10,3 vH auf 46,3 Mill. t an. Der maßgebende Indikator für die Stahl-

anwendung ist der Walzstahlverbrauch, weil er die Stahlmenge umfasst, die letztlich in die Güterproduktion eingeht. Auch hier hat sich 2000 ein eindrucksvolles Wachstum (5,5 vH) eingestellt. Auf dem deutschen Stahlmarkt erhöhte sich der Umsatz im EGKS-Bereich auf knapp 37 Mrd. DM (1999 31 Mrd. DM), der Absatz ohne die Erzeugnisse zum Weiterauswalzen in der EU oder zum Auswalzen in andere Erzeugnisse des EGKS-Vertrages auf 39,7 Mill. t (37,6 Mill. t). Damit wurde das Niveau von 1998 wieder erreicht. Gleichwohl gibt es Belastungen: Der hohe Dollarkurs treibt die Kosten in die Höhe; vor allem die Erz- und Kohlepreise stiegen in wenigen Monaten um 80 bis 100 DM/t. Allerdings liegen die von den Stahlerzeugern durchgesetzten Preiserhöhungen noch darüber, so dass sich bei den Unternehmen erhebliche Ergebnisverbesserungen einstellten.

Das für die Stahlindustrie freundliche Konjunkturklima wird – etwas eingetrübt – weiter anhalten. Die Branche profitiert – da die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Vereinigten Staaten schwächelt – vor allem vom Wachstum im Euro-Raum. In Deutschland sind die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2000 überdurchschnittlich gewachsen; für 2001 wird ähnliches erwartet. In diesem Bereich verfügen deutsche Produzenten über eine hohe Wettbewerbsfähigkeit. Auch der Export bleibt eine Konjunkturstütze. Die stahlverbrauchsgewichtete Produktion der Stahlverarbeiter wuchs um 4 vH, die Marktversorgung mit Stahl um 7,3 vH. Nicht nur in Deutschland führte die temporäre Angebotsverknappung bei den Stahlhändlern und -verbrauchern bis über die Jahresmitte hinaus zu einer über den Bedarf hinausgehenden Lageraufstockung. Nun ist die Anpassung des Angebots an die schwächere Nachfrage gefordert. Dies wird den Lagerabbau beschleunigen, die Risiken der gegenwärtigen konjunkturellen Konstellation für die Hersteller abfedern und zu einer rascheren Wiederherstellung des Marktgleichgewichts beitragen. Walzstahlverbrauch und -erzeugung werden im Jahr 2001 nicht so stark wie 2000 wachsen: der Verbrauch dürfte um 2,5 vH, die Erzeugung um rund 3,0 vH zulegen. Dabei wird die Walzstahlerzeugung aufgrund des weiter zunehmenden Einsatzes neuerer Fertigungsverfahren mit höherer Materialausbringung stärker als die Rohstahlerzeugung (1,5 vH) ansteigen. Die Vertiefung der Wertschöpfung wird der Stahlindustrie helfen, wenn nicht zur Lösung, so doch zur Linderung des Beschäftigungsproblems beizutragen. Vieles spricht dafür, dass sich der Arbeitsplatzabbau – der in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre bei 5 vH gelegen hatte – in Zukunft auf 2,5 vH bis 3 vH vermindern wird.

#### *Theoretische und methodische Basis*

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Statistik wurde das umfangreiche statistische Instrumentarium weiter gepflegt und fortentwickelt. Als Schwerpunkte sind zu nennen

- die Aktualisierung und Erweiterung der Konsumverflechtungs- und der Input-Output-Tabellen sowie der Wirtschaftszweige-Berufe-Matrizen bzw. Wirtschaftszweige-Tätigkeiten-Matrizen,
- die Fortführung der Kapitalbestandsrechnung (basierend auf den Angaben des Statistischen Bundesamtes und des ifo-Instituts),

- die Installation der internationalen BACH-Datei sowie die Aktualisierung der Bilanz- und Erfolgsrechnungen der Deutschen Bundesbank.

Die Arbeiten an einer konsistenten Reihe von Input-Output-Tabellen für Deutschland in jeweiligen Preisen und in Preisen des Jahres 1995 wurden fortgesetzt. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten lag nach wie vor bei der Vorleistungsverflechtung für die inländische Produktion und Einfuhr zu konstanten Preisen. Diese Berechnungen sind derzeit noch nicht abgeschlossen; geplant sind darüber hinaus die Erstellung von Importverflechtungstabellen und Tabellen für die inländische Produktion. Vorgehensweise und methodischer Ansatz sollen in einem RWI-Papier dokumentiert werden.

Zur Beobachtung und Analyse der Wandlungen auf dem Arbeitsmarkt wurden stärker als bisher Individualdatensätze herangezogen. Insbesondere das SOEP hat sich hier wegen des Panelcharakters und seiner Aktualität als unverzichtbare Informationsquelle erwiesen. Darüber hinaus wurde auf die IAB-Beschäftigtenstichprobe zurückgegriffen, deren Vorteil zum einen in sehr genauen Verdienstangaben liegt, zum anderen in den hohen Fallzahlen, die speziell die Analyse beruflicher und sektoraler Mobilität ermöglicht.

Alle Systeme sollen noch stärker als bisher miteinander verknüpft und um weitere Teilsysteme erweitert werden, um so der Vielschichtigkeit der Problemlagen und Handlungsbedingungen der Akteure Rechnung zu tragen. Die zunehmende Diskrepanz zwischen dem Erfahrungs- und Erwartungshorizont einerseits, den Gestaltungserwartungen und -möglichkeiten andererseits soll durch die Entwicklung „transportabler“ und kompatibler Systeme vermindert werden. Sie sollen den Rückgriff auf die in anderen Forschungsgruppen oder von Externen entwickelten Systeme ermöglichen („Modelltausch“).

#### *Veröffentlichungen*

Clausen, H. (2000), Rücknahmeverpflichtungen als Instrument von Abfallwirtschaftspolitik. Umwelt- und Ressourcenökonomik 13. Münster: Lit.

Dehio, J. et al. (2000), Die feinmechanische, optische und Uhrenindustrie. Untersuchungen des RWI 35. RWI, Essen.

Dehio, J., K. Löbbe et al. (2000), Wachstums- und Beschäftigungspotentiale der Informationsgesellschaft bis zum Jahre 2010. RWI, Essen.

Döhrn, R., P. Raines, R. Brown und M. Scheuer (2000), Arbeitsmarktflexibilität und Direktinvestitionen. Feldstudien in Deutschland und Frankreich. Untersuchungen des RWI 34. RWI, Essen.

Hillebrand, B., K. Löbbe, H. Clausen und J. Dehio (2000), *Handlungsfelder und Optionen zur Nachhaltigkeit*. Ergebnisse aus dem RWI-Projekt Arbeit und Ökologie. Broschüre der Hans-Böckler-Stiftung. HBS, Düsseldorf.

Hillebrand, B., K. Löbbe, H. Clausen und J. Dehio (2000), *Fields of Action and Options on Sustainability*. Results from the RWI Contribution to the Work and Ecology Project. Brochure of the Hans-Böckler-Foundation. HBS, Düsseldorf.

Hillebrand, B., K. Löbbe et al. (2000), Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Ausgewählte Problemfelder und Lösungsansätze. Untersuchungen des RWI 36. RWI, Essen.

Klaus, J. unter Mitarbeit von S. Maly, M. Rothgang, J. Steinbauer und B. Waldmüller (2000), Überleitung von Altmühl- und Donauwasser in das Regnitz-Main-Gebiet, Volkswirtschaftliche, regional- und sozialwirtschaftliche sowie ökologische Auswirkungen des Verbundprojekts. Gutachten für die Regierung von Mittelfranken, Nürnberg.

Löbbe, K. und K.H. Starke (2000), Zur Lage auf dem deutschen Stahlmarkt: Auf Sicht stehen die Zeichen gut. RWI-Konjunkturbrief 1/2000. RWI, Essen.

Scheuer, M. et E.M. Schmidt (2000), Les Fachhochschulen en Allemagne. RWI-Papiere 66. RWI, Essen.

Blank, J. E. und H. Clausen (2001), Sustainable Development. In W.F. Schulz et al. (Hrsg.), Lexikon Nachhaltiges Wirtschaften. Reihe Lehr- und Handbuch der ökologischen Unternehmensführung und Umweltökonomie. München: Oldenbourg, 374–385.

Clausen, H. (2000), Aspects of Sustainable Development in Waste Management. In G. Dieckheuer and B. Fiedor (eds.), Aspects of Sustainable Economic Development. Internationale Marktwirtschaft 1, Frankfurt: Lang, 43–63 (ebenfalls als polnische Fassung).

Clausen, H. und K. Löbbe (2001), Indikatoren nachhaltiger Entwicklung – Einige Anmerkungen aus der Sicht der empirischen Wirtschaftsforschung. In H.-F. Eckey et al. (Hrsg.), *Ordnungspolitik als konstruktive Antwort auf wirtschaftspolitische Herausforderungen*. Festschrift zum 65. Geburtstag von P. Klemmer. Stuttgart: Lucius & Lucius, 255–284.

Dehio, J. (2000), Der umweltbewusste Verbraucher – eine Risikofaktor für die Wirtschaft? In C. Günther, C. Fischer und S. Lerm (Hrsg.), *Neue Wege zu nachhaltigem Konsumverhalten*. Tagungsband zu einer Veranstaltung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur EXPO 2000 in Dresden. Berlin: E. Schmidt, 43–50.

Gitter, R.J. and M. Scheuer (2000), U.S. and German Youths: Unemployment and the Transition from School to Work. In D.St. Eitzen and C.S. Leedham (eds.), *Solutions to Social Problems: Lessons from Other Societies*. 2nd. ed. Boston: Allyn and Bacon, 131–139.

Klaus, J. und M. Rothgang (2001), Zukunftsperspektiven ökonomischer Projektbewertung, dargestellt am Beispiel des Bayerischen Überleitungsprojekts und Neuen Fränkischen Seerlands. In H.-F. Eckey et al. (Hrsg.), *Ordnungspolitik als konstruktive Antwort auf wirtschaftspolitische Herausforderungen*. Festschrift zum 65. Geburtstag von P. Klemmer. Stuttgart: Lucius & Lucius, 227–253.

Löbbe K. und M. Scheuer (2000), Arbeitsproduktivität, Totalproduktivität und Beschäftigung. In D. Hoß und G. Schrick (Hrsg.), *Beschäftigung und Produktivität oder die hohe Kunst des Bereicherns*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 150–161.

Moos, W. and H.-K. Starke (2000), Medium-forecast of the development of the German iron and steel producing industry and the steel consumption. In Applied Econometrics Association (ed.), Proceedings of the 71th international Conference on Applied Econometrics. O.O.

Scheuer, M. et E.M. Schmidt (2000), Les Fachhochschulen en Allemagne. In S. Ertul (éd.), *L'enseignement professionnel court post-baccalauréat (IUT-STES)*. Paris: Presses Universitaires de France, 213–216.

Scheuer, M. (2000), The Importance of Labour Market Flexibility in the Location Decisions of International Corporations. In P. Klemmer and R. Wink (eds.), *Preventing unemployment in Europe: a new Framework for Labour Market Policy*. Cheltenham: Edward Elgar, 13–30.

Clausen, H. und M. Halstrick-Schwenk (2000), Abfallwirtschaftspolitik an der Jahrhundertwende. *RWT-Mitteilungen* 51 (2): 135–163.

Löbke, K. (2000), Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität aus der Sicht der sektoralen Strukturanalyse. *RWT-Mitteilungen* 51, erscheint demnächst.

Scheuer, M. und W. Dürig (2000), Lehrlingsausbildung im Handwerk. Ein Aufriss von Problemen am Beispiel Sachsens. *Beihfte der Konjunkturpolitik* 51: 163–190.

#### *Ausgewählte Vorträge*

Clausen, H., Deutsche Abfallpolitik im Rahmen der Jahrtausendwende. Vortrag auf der 7. Euroforum-Jahrestagung 2000 am 24. und 25. Mai 2000 in Berlin.

Gitter, R.J. and M. Scheuer, An Opportunity Missed: The Rise in Czech Unemployment and Why it Might Remain Chronically High. Paper presented at the Annual Meeting of the Midwest Economics Association. Chicago, March 31-April 2 2000.

Löbke, K., Auf dem Wege zur Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft 2020. Vortrag im Rahmen der Tagung „Zukunft der Industrie – Zukunft der Beschäftigung“ der Hans-Böckler-Stiftung am 6. Juni 2000 in Bochum.

Löbke, K., Ökonomische und strategische Bedeutung und Entwicklung von Infrastruktur und öffentlicher Versorgung in Deutschland: Telekommunikation, Bahn und Luftfahrt. Vortrag vor einer Delegation des CIRD aus der Volksrepublik China am 13. Juni 2000 in Essen.

Löbke, K., Competitiveness in Germany – Main Findings of a Current Study. Vortrag im Rahmen der „Fourth International Conference on Competitiveness“ am 21./22. Juni 2000 in Berlin.

Löbke, K., Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität als Dimension der sektoralen Strukturanalyse. Vortrag im Rahmen des Workshop „Sektorale Strukturpolitik und gesamtwirtschaftliche Entwicklung im internationalen Vergleich“ am 23. Juni 2000 in Berlin.

Löbke, K., Arbeit und Ökologie. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Wege in eine nachhaltige Zukunft“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 4. Juli 2000 in Berlin.

Löbke, K., Arbeit und Ökologie. Vortrag in der DGB-Bundesvorstandsverwaltung am 7. September 2000 in Berlin.

Löbke, K., Handlungsfelder und Potentiale für sozialökologische und ökonomische Reformprojekte. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Arbeit und Ökologie in Deutschland“ der IG Bergbau, Chemie, Energie am 8. September 2000 in Berlin.

Löbke, K. und B. Hillebrand, Exemplarische Handlungsfelder und Optionen zur Nachhaltigkeit. Vortrag im Rahmen der Tagung „Nachhaltigkeit macht Arbeit“ der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund am 28. September 2000 in Berlin.

Löbke, K., Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Ausgewählte Problemfelder und Lösungsansätze. Vortrag im Rahmen eines Workshop der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr am 9. Oktober 2000 in Stuttgart.

Löbke, K., Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Ausgewählte Problemfelder und Lösungsansätze. Vortrag im Rahmen eines Workshop der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten am 19. Oktober 2000 in Hamburg.

Löbke, K., Arbeit und Ökologie. Vortrag im Rahmen einer Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats der Hans-Böckler-Stiftung am 25. Oktober 2000 in Düsseldorf.

Löbbecke, K., Capital Market Structures and Macroeconomic Performance. Vortrag im Rahmen des Workshops „Regulatory Reform, Macroeconomic Policy and Employment“ am 10. November 2000 in Essen.

Löbbecke, K., Product Market Structures and Macroeconomic Performance. Vortrag im Rahmen des Workshops „Regulatory Reform, Macroeconomic Policy and Employment“ am 10. November 2000 in Essen.

Löbbecke, K., Der Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich. Vortrag im Rahmen des Seminars „Aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik“ am 15. November 2000 im Studienhaus Wiesneck, Buchenbach.

Löbbecke, K., Szenarien zur Entwicklung der IuK-Wirtschaft. Beitrag zum 4. Essener Wirtschaftsgespräch am 29. November 2000 in Essen.

Moos, W. Bestimmungsgründe der Entwicklung der Feinkeramischen Industrie bis 2010. Vortrag im Rahmen der Tagung „Zukunft der Industrie – Zukunft der Beschäftigung“ der Hans-Böckler-Stiftung am 7. Juni 2000 in Bochum.

Moos, W., Long Term Forecast of German Steel Use by Branches of Economic Activity. Presentation on the AEA International Conference on Industrial Econometrics, Luxembourg City, July 5,6 and 7, 2000.

Moos, W., Kann das Internet wirklich zur Jobmaschine werden? Vortrag auf der Frankfurter Buchmesse, Electronic Media Centre, am 18. Oktober 2000.

Moos, W., Macroeconomic Policy in Different Regulatory Settings – Simulations with an Econometric Model. Vortrag im Rahmen des Workshops „Regulatory Reform, Macroeconomic Policy and Employment“ am 10. November 2000 in Essen.

Rothgang, M., Regulatory Reform and the Consequences for Growth Policy. Vortrag im Rahmen des Workshops „Regulatory Reform, Macroeconomic Policy and Employment“ am 10. November 2000 in Essen.

Scheuer, M. und R.J. Gitter, A Chance Missed? Unemployment in the Transformation Process in the Czech Republic. Paper presented at the 49th International Atlantic Economic Conference Ludwig-Maximilians-Universität Munich, March 14-21 2000.

Scheuer, M. and E.M. Schmidt, Young People on the German Labour Market: Earnings, Quality of Jobs and Unemployment. Paper presented at the Annual Meeting of the Midwest Economics Association Chicago, March 31–April 2 2000.

Scheuer, M. and E.M. Schmidt (2000), Young People on the German Labor Market. Lecture at the Wednesday Seminar. California State University Hayward. 12 April 2000.

Scheuer, M. und W. Dürig, Lehrlingsausbildung im Handwerk – ein Aufriß der Probleme am Beispiel Sachsens. Vortrag im Rahmen der 63. Wissenschaftlichen Tagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute am 12. Mai 2000 in Berlin.

Scheuer, M. (2000), Internet und e-commerce - Jobkiller oder Chance zur Überwindung der Arbeitslosigkeit? Vortrag bei der Industriegruppe Chemie/Mineralöl/Gas der IG Bergbau, Chemie, Energie am 5. September 2000 in Kassel.

Scheuer, M. and E.M. Schmidt (2000), The Major Problem in the Internationalisation of Services: Overcoming Language and Cultural Barriers. 10th Annual International Conference of RESER – The European Network on Services and Space: Beyond the Economic? Institutional and Cultural Dimensions of Services at the Norwegian School of Economics and Business Administration, Bergen, 5–7 October 2000.

Scheuer, M. (2000), Les privilèges des jeunes sur le marché du travail allemand. Contribution au Colloque „Économie solidaire, création d'entreprise et politique d'insertion“ de LABRII, Université du Littoral, Côte Opale, 20 octobre 2000 à Dunkerque.

Scheuer, M., Labour Market Structures and Macroeconomic Performance. Vortrag im Rahmen des Workshops „Regulatory Reform, Macroeconomic Policy and Employment“ am 10. November 2000 in Essen.

*2000 abgeschlossene Gutachten*

Analyse der natürlichen Produktionspotentiale und des Leistungsvermögens der Region östliches Ruhrgebiet aus agrarökonomischer Sicht

Arbeit und Ökologie – Zu den Umrissen einer sozial-ökologischen Reformstrategie

Wachstums- und Beschäftigungspotentiale der Informationsgesellschaft bis zum Jahre 2010

Entwicklung und Aussichten der feinkeramische Industrie in Deutschland

Produktions-, Einkommens- und Beschäftigungseffekte der Ansiedlung eines Chemieunternehmens in der Emscher-Lippe-Region

Die landes- und regionalpolitische Bedeutung des Flughafens Düsseldorf

Produktions-, Beschäftigungs- und fiskalische Effekte der Einschränkung von Verlustverrechnungsmöglichkeiten im Rahmen des Paragraphen 2b EStG

Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit

*Noch nicht abgeschlossene Gutachten*

Erfassung und Messung von FuE-Aktivitäten im Dienstleistungsbereich (in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsstatistik im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft)

Strukturpolitische Grundlagen einer beschäftigungsfördernden Makropolitik

Gesamtwirtschaftliche und sektorale Auswirkungen von Schutzzöllen im gewerblichen Bereich

Benchmarking-Studie: Stärkung der internationalen Marktposition von technischen Dienstleistern – ein Vergleich der Wettbewerbsvoraussetzungen in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Vereinigte Staaten

Gesamtwirtschaftliche und sektorale Wertschöpfung der Schweißtechnik

Die gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Wirkungen des Eigenheimbaus

New Economy – eine Bestandsaufnahme aus deutscher Sicht

Internationales Wissensmanagement multinationaler Unternehmen

Internalisierung versus Internationalisierung – Handlungsrahmen für nationale und internationale Umweltpolitik vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierung und Entwicklung elektronischer Märkte

Einflussfaktoren und Handlungsbedarfe für Innovationen zum nachhaltigen Wirtschaften – Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen Wasserwirtschaft

*Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien*

Scheuer, M., Services World Forum, Member of the Board

*Kooperationspartner*

agiplan AG, Mülheim

European Policy Research Centre, Glasgow

Fraunhofer Institut für Materialfluss und Logistik

Gesellschaft für Arbeits-, Reorganisations- und ökologische Wirtschaftsberatung (ARÖW), Duisburg

Gesellschaft für Innovationsberatung (IBI), Düsseldorf

Robert J. Gitter, Professor of Economics, Ohio Wesleyan University, Delaware, OH

Robert J. Gordon, Stanley G. Harris Professor of the Social Science, Northwestern University, Evanston, IL, and NBER

INTEC Consulting GmbH Bonn

Institut für angewandte Innovationsforschung (IAI), Bochum

Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (NIW), Hannover

Patrick N. O'Farrell, Professor of Economics, Heriot-Watt University, Edinburgh

Recherche Développement International (r.D.i.), Paris

Ruhrverband, Essen

Prof. Dr. Stein & Partner, Bochum

WSF Wirtschafts- und Sozialforschung Dr. W. Friedrich, Kerpen

Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen

*Praktikanten/ Studentische Hilfskräfte*

Tatjana Bassova

Patrick Vogt

Manuel Eigner

Marcel Eigner

Miralem Leho

Mike Thom

## Energiewirtschaft

*Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte*

Für die leitungsgelassenen Energieträger Strom und Gas gelten seit dem 29. April 1998 grundlegend veränderte Rahmenbedingungen, die auch für die empirisch ausgerichteten Arbeiten der Forschungsgruppe neue Arbeitsfelder und Themenkomplexe eröffnen. Im mittelfristigen Forschungsplan wurde deshalb die Analyse der Energiemarktliberalisierung als weiterer Schwerpunkt festgelegt. Dabei sollten

nicht nur die Preis- und Mengenwirkungen in der Energiewirtschaft im engeren Sinn, sondern dem Ansatz der Forschungsgruppe entsprechend auch die sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen in den Blick genommen werden. Mit der Analyse der Auswirkungen der Energierechtsreform auf die Wirtschaftsbereiche wurden im vergangenen Jahr erste Ergebnisse für diesen neuen Schwerpunkt vorgelegt, die sich wesentlich stärker auf empirische Sachverhalte stützen, als dies in der gegenwärtigen Diskussion üblich ist; sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Von den seit Anfang 2000 zu beobachtenden Preissenkungen haben vor allem die industriellen Sonderabnehmer profitiert. Die privaten Haushalte konnten dagegen bislang nur geringe Vorteile aus der Liberalisierung der Energiemärkte ziehen, auch wenn in diesem Marktsegment die Stromsteuer in Höhe von 2,0 bzw. 2,5 Pf/kWh bis zur Jahresmitte 2000 nicht vollständig überwältzt werden konnte. Ein Teil dieser Preissenkungen ist allerdings nicht auf die Liberalisierung, sondern auf Kostenentlastungen in der Strom- und Gasbeschaffung zurückzuführen, die durch den Rückgang der Energiepreise am Weltmarkt ausgelöst wurden.
- Mit den bis zur Mitte des Jahres 2000 beobachteten Preissenkungen waren deutliche Entlastungen bei den Produktionskosten verbunden; in den überdurchschnittlich stromintensiven Produktionsbereichen waren sie relativ und absolut gesehen am höchsten. Da diese Entlastungen – zum Teil jedenfalls – üblicherweise an nachgelagerte Sektoren weitergegeben werden (müssen), breiten sie sich über die gesamte produzierende Wirtschaft und schließlich auf die Volkswirtschaft insgesamt aus. Aus diesem Grund sind mit der Liberalisierung positive makroökonomische Effekte verbunden, die sich auch in einer Beschäftigungsbilanz von bis zu 50 000 neuen Arbeitsplätzen niederschlagen. Dem sind allerdings die durch Rationalisierungen in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft wegfallenden Arbeitsplätze (rund 30 000) gegenzurechnen.
- Die gesetzlich fixierte Verknüpfung der Einspeisevergütungen sowohl für Strom aus regenerativen Energiequellen als auch aus Kraft-Wärme-Kopplung an die Strompreisentwicklung hat die Konflikte zu ökologischen, insbesondere zu den Klimaschutzzielen der Bundesregierung aufgrund der Preisrückgänge verschärft. Nur durch eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen konnte eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit verhindert werden. Die dabei gewählten Instrumente entsprechen allerdings nicht der Idee der wettbewerblichen Öffnung, sondern begründen eine zum Teil beachtliche Reregulierung der Elektrizitätswirtschaft.
- Die Konzentration in der Strom- und Gaswirtschaft hat seit Beginn der wettbewerblichen Öffnung erheblich zugenommen. In der Stromerzeugung kontrollieren inzwischen zwei Unternehmen mehr als die Hälfte der gesamten Erzeugungskapazitäten, bei einzelnen Brennstoffen (Kernenergie, Braunkohle) ist diese Marktmacht noch größer. Aufgrund dessen droht der eigentlich als Wettbewerbsmarkt anzusehende Bereich der Stromerzeugung zu einem engen Oligopol zu werden, in dem ein Marktzutritt von neuen Wettbewerbern über den Bau neuer Kraftwerke erheblich erschwert ist. Dies gilt umso mehr, als diese Unter-

nehmen über Tochtergesellschaften auch einen großen Teil der heimischen Rohstoffe und einen bedeutenden Teil des Gasnetzes kontrollieren, so dass ein vermehrter Einsatz dieser Brennstoffe in Kraftwerken behindert werden könnte.

### *Energie und Umwelt*

Die Analyse des Zusammenhangs zwischen Energieverbrauch und Umweltbelastungen stellt einen weiteren Forschungsschwerpunkt dar; er war bereits im vorausgegangenen mittelfristigen Forschungsplan definiert und im nun geltenden in erweiterter Form fortgeschrieben worden. Zu diesem Themenkomplex wurde in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Analysen durchgeführt. Dabei wechseln sich Auftragsarbeiten, die naturgemäß zwar nur zum Teil mit den Zielen des mittelfristigen Forschungsplans übereinstimmen, aber gleichwohl mittelbar in ihrer Bearbeitung wichtige Anregungen geben, und theoretisch-methodische Analysen, die ausschließlich der Umsetzung des Plans dienen, ab. Zu den Auftragsarbeiten zählt insbesondere das Monitoring zur Klimaschutzzerklärung der deutschen Wirtschaft, das in jährlichen Abständen die erreichten CO<sub>2</sub>-Minderungen der an der Erklärung beteiligten Verbände und Unternehmen überprüfen und auf ihre Zielbeiträge hin analysieren soll. Die Gesamtbilanz dieser Erklärung ist bislang positiv: durch eine Vielzahl von Maßnahmen konnten seit 1990 die CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Industrie um 46,6 Mill. t, im Bereich der öffentlichen Elektrizitätsversorgung – bereinigt um Doppelzählungen durch Minder- bzw. Mehrverbrauch von Strom bei den Abnehmern – um rund 31 Mill. t verringert werden. Insgesamt ergibt sich eine CO<sub>2</sub>-Reduktion von 78 Mill. t. Auch wenn der größte Teil davon (65 Mill. t) bereits in der ersten Hälfte der neunziger Jahre erreicht wurde, so verbleiben immerhin knapp 14 Mill. t, die nach Abgabe der Klimaschutzzerklärung realisiert wurden. Eine detaillierte regionale Analyse verdeutlicht zudem, dass zumindest für die Industrie die Emissionsminderungen nach 1995 zu einem erheblichen Teil auf technische Verbesserungen und Substitutionsprozesse in den alten Bundesländern zurückgeführt werden können.

Zu den konzeptionellen Arbeiten, die im Forschungsplan angesprochen sind, gehört auch die theoretische Weiterentwicklung der bisherigen Ansätze. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten an dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung, das für die Energieversorgung nicht nur die Belastungen der Umwelt, sondern auch den Verbrauch von Energieressourcen einschließt. Dabei wurden weniger die konzeptionellen Grundlagen als vielmehr die konkrete Instrumentierung einer nachhaltigen Entwicklung für ausgewählte Problemfelder analysiert.

Als Beispiel kann der Bereich Bauen und Wohnen dienen; auch hier kann eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung nur gewährleistet werden, wenn zukünftigen Generationen vergleichbare Optionen zur Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen verbleiben. Insofern erscheint eine Umorientierung des gegenwärtigen Bauens und Wohnens unabdingbar, da eine Fortführung bisheriger Verhaltensmuster nicht nur einen weiteren Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen, sondern auch eine weitere Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen zur Folge hätte. Mit einer derartigen Umorientierung, die nur über einen Mix aus finanziellen An-

reizen, Ge- und Verboten sowie raumplanerischen Instrumenten zu erreichen ist, verbindet sich die Erwartung, dass nicht nur die Belastung der Umwelt reduziert, sondern auch positive ökonomische Impulse, insbesondere für eine Entlastung des Arbeitsmarktes gesetzt werden können. Denn das Baugewerbe als Produzent von Modernisierungsleistungen im Gebäudebestand ist im Vergleich zu anderen Sektoren relativ arbeitsintensiv. Insofern könnte im Bereich Bauen und Wohnen anstelle des an anderer Stelle häufig bestehenden Zielkonflikts zwischen Ökologie und Ökonomie eine harmonische Zielbeziehung vermutet werden. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Wohnungsmarkt bereits heute ein Segment mit einer im Vergleich zu anderen Sektoren hohen Regulierungsdichte ist, die ökologischen Erfolge von zusätzlichen Maßnahmen aufgrund der Trägheit des Wohnungssystems erst nach Jahren, wenn nicht Jahrzehnten messbar sind. Außerdem können Eingriffe in diesen Markt verteilungspolitische und soziale Folgen haben. Aus diesem Grund wird eine moderate Steigerung etwa der Energieeffizienz dem Nachhaltigkeitspostulat eher gerecht als eine sprunghafte Verschärfung von Standards, wie sie gegenwärtig auch für den Altbaubestand diskutiert wird, zumal massive Verschärfungen etwa des Wärmebedarfs von Altbauten stets auch Fragen des Mietrechts und der sozialen Ausgewogenheit aufwerfen.

Dringender noch als für den Wohnungsmarkt ist für den Verkehrsbereich eine Umorientierung erforderlich. Bei einer Politik des *laissez faire* werden die Transportleistungen im Güterverkehr in den nächsten 20 Jahren noch spürbar wachsen, die Fahrleistungen im Personenverkehr kaum an Sättigungsgrenzen stoßen, der größte Teil des zusätzlichen Verkehrsaufkommens auf der Straße abgewickelt. Vor diesem Hintergrund bedarf der Rückgriff auf weitere Maßnahmen keiner tieferen Begründung. Zur Lösung der bereits anstehenden oder noch zu erwartenden Probleme muss aber eine Vielzahl von zusätzlichen Maßnahmen ins Auge gefasst werden – ein einzelnes Instrumente allein kann die gewünschten Korrekturen nicht bewirken. Dies gilt auch für eine zusätzliche Steuer auf den Energieeinsatz im Straßenverkehr. Zwar lassen sich mit diesem Instrument durchaus erkennbare Wirkungen erzielen, dennoch ist die Ökosteuer allein kein Königsweg, um eine nachhaltige Entwicklung im Verkehrsbereich zu induzieren und langfristig zu sichern. Das erforderliche Maßnahmenbündel reicht von der Tarifgestaltung im öffentlichen Personennahverkehr über zusätzliche Investitionen etwa in das Schienennetz oder den Fahrzeugpark bis hin zu Änderungen der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Damit können in Teilen auch zusätzliche Arbeitsplätze, etwa im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, geschaffen werden.

Zu den konzeptionellen Arbeiten sind auch die Untersuchungen über Möglichkeiten einer Verknüpfung der flexiblen Instrumente nach dem Kyoto-Protokoll und der Klimaschutzklärung der deutschen Industrie zu zählen. Im Kyoto-Protokoll, das auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz im Dezember 1997 verabschiedet wurde, sind über nationale Minderungsmaßnahmen hinaus länderübergreifende Reduktionsstrategien definiert worden, die entweder zwischen Industrieländern oder zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vereinbart werden können. Zusätzlich ist ein (begrenzter) Handel mit Emissionsrechten möglich, um nationale Minderungsziele zu erreichen.

Um diese flexiblen Instrumente für die Klimaschutzklärung der deutschen Wirtschaft nutzen zu können, sind die Anwendungsbedingungen und rechtlich-institutionellen Grundlagen einer Verknüpfung im Detail zu prüfen. Dabei zeigt sich, dass länderübergreifende Reduktionsstrategien vor allem dann für die Klimaschutzklärung nutzbar gemacht werden können, wenn konkrete Projekte zur Emissionsminderung vereinbart werden. Für die Wirtschaftlichkeit derartiger Projekte ist allerdings der Mechanismus zur Anrechnung der Emissionsminderungen entscheidend. Je höher der Anteil des Gastlandes an den Emissionsminderungen ist, umso höher werden die Minderungskosten des investierenden Landes sein. Deshalb liegen die Hindernisse für derartige Projekte gegenwärtig weniger in der fehlenden Wirtschaftlichkeit als vielmehr in ungeklärten Verfahrensfragen etwa der anrechenbaren Emissionsminderungen zwischen den beteiligten Vertragsstaaten.

#### *Methodische Grundlagen der Energieforschung*

Für die Analyse der horizontalen, vertikalen und diagonalen Konzentration in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft wurde ein System aufgebaut, das die Verflechtungen von Unternehmen mit Hilfe von Kapitalanteilen misst und zu einem vollständigen System der wechselseitigen Abhängigkeiten zusammenführt. Das formale Vorgehen gleicht dem der traditionellen Input-Output-Analyse; die Kapitalverflechtungen lassen sich wie die Vorleistungsverflechtungen als Koeffizienten einer Matrix  $A$  definieren, wobei die Koeffizienten  $a_{ij}$  ( $i, j = 1, 2, \dots, n$ ) die Kapitalanteile des Unternehmens  $i$  an Unternehmen  $j$  und  $n$  die Anzahl der in die Analyse einbezogenen Unternehmen bezeichnen. Die Matrix  $A$  enthält alle Informationen über die direkten Kapitalbeteiligungen. Durch Multiplikation dieser Matrix mit einem Spaltenvektor, der die Strom- oder Gasabgabe für die einzelnen Unternehmen enthält, resultiert ein Spaltenvektor, dessen Element für die konsolidierte Abgabe auf der ersten Stufe (direkte Kapitalbeteiligung) des Unternehmen  $i$  steht. Auf gleiche Weise lassen sich beliebig viele Beteiligungsstufen berücksichtigen. Im Ergebnis erhält man einen Vektor, dessen Elemente die Summe aus eigener Abgabe und mittelbarer Abgabe des Unternehmens  $i$  unter Berücksichtigung aller direkten und mittelbaren Kapitalbeteiligungen darstellt. Der formale Aufbau dieser Verflechtungsanalyse ist im Übrigen unabhängig davon, ob Kapitalbeteiligungen oder nur Minderheitsbeteiligungen mit Sperrminorität, Mehrheitsbeteiligungen oder Tochtergesellschaften erfasst werden. In diesem Fall müsste die Matrix der Kapitalverflechtungen lediglich ersetzt werden. Eine solchermaßen detaillierte Analyse stellt erhebliche Anforderungen an das Datenmaterial. Denn zur Quantifizierung der horizontalen, vertikalen und diagonalen Integration müssen die Kapitalbeteiligungen von rund 1 200 Unternehmen der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft im Zeitablauf erhoben werden. Um dies zu leisten, wurde eine Vielzahl von Geschäftsberichten, Pressemeldungen und Internet-Recherchen ausgewertet. Im Ergebnis liegen nun für mehr als drei Jahre (1997 bis Mitte 2000) Matrizen der Kapitalverflechtung zwischen den Unternehmen der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft vor.

Über diese Einzelanalysen hinaus werden in der Forschungsgruppe detaillierte Modelle zur Erklärung des Angebots und der Nachfrage nach Energie entwickelt und gepflegt. Zu dieser Arbeit gehört nicht nur die ständige Aktualisierung bestehender Modelle, sondern insbesondere auch die problemorientierte Überprüfung

und eventuelle Modifikation einzelner Modellteile. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten an der Integration von sechs Umweltindikatoren (Klima, Luft, Boden, Natur, Wasser und Ressourcen) in das bestehende Modellsystem. Der Flächenverbrauch hat neben der grundsätzlichen Problematik der Versiegelung eine ausgeprägte raumwirtschaftliche Komponente, die unter dem Stichwort „Zersiedelung“ in der umweltpolitischen Diskussion eine wichtige Rolle spielt. Die bislang im RWI eingesetzten Modelle enthalten keine regionalen oder raumwirtschaftlichen Elemente, sondern beziehen sich immer auf das Gebiet Deutschlands insgesamt. Die raumwirtschaftliche Dimension ist jedoch für die Erklärung des Flächenverbrauchs unverzichtbar, da ein erheblicher Teil der neu versiegelten Flächen außerhalb der städtischen Ballungsräume liegt. Insofern geht das Flächen-Modell deutlich über die bislang verfolgten Modellansätze hinaus. Mit den hier erarbeiteten raumwirtschaftlichen Kennziffern (insbesondere dem Grad der Suburbanisierung) konnten z.B. die Verhaltensgleichungen im Energie- und Verkehrsmodell zum Teil signifikant verbessert werden.

#### *Veröffentlichungen*

Buttermann, H.G. and B. Hillebrand (2000), Third Monitoring Report: CO<sub>2</sub>-Emissions in German Industry 1997-1998. RWI-Papiere 70. RWI, Essen.

Buttermann, H.G. und B. Hillebrand (2000), Klimaschutzklärung der deutschen Industrie unter neuen Rahmenbedingungen. Monitoring-Bericht 1999. Untersuchungen des RWI 37. RWI, Essen.

Hillebrand, B., K. Löbke, H. Clausen und J. Dehio (2000), *Handlungsfelder und Optionen zur Nachhaltigkeit*. Ergebnisse aus dem RWI-Projekt Arbeit und Ökologie. Broschüre der Hans-Böckler-Stiftung. HBS, Düsseldorf.

Hillebrand, B., K. Löbke, H. Clausen und J. Dehio (2000), *Fields of Action and Options on Sustainability*. Results from the RWI Contribution to the Work and Ecology Project. Brochure of the Hans-Böckler-Foundation. HBS, Düsseldorf.

Hillebrand, B., K. Löbke et al. (2000), Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Ausgewählte Problemfelder und Lösungsansätze. Untersuchungen des RWI 36. RWI, Essen.

Oberheitmann, A. (2000), WTO and the Kyoto Process – Possible Effects on China's Energy Policy and Trade. Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (ed.), *WTO and Environmental Policies*. GTZ, Eschborn, 15–47.

Oberheitmann, A. (2000), WTO and its Implications for the Chinese Environment Policy. In Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (ed.), *WTO and Environmental Policies*. GTZ, Eschborn, 48–81.

Buttermann, H.G. (2000), Selbstverpflichtung der Industrie und CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland – Entwicklung in den Jahren 1990 bis 1998. *RWI-Mitteilungen* 51: 165–184.

Oberheitmann, A. (2000), Possible Conflicts of AIJ, JI and CDM Projects in National Programmes with Provisions Governed by the WTO. *Joint Implementation Quarterly* 6 (1): 7.

Hillebrand, B. (2001), Verknüpfung von Modellen und Umweltindikatoren – Anforderungen an die Umweltstatistik. Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen 3/2000. LDS, Düsseldorf, 20–25.

*Ausgewählte Vorträge*

Buttermann, H.G., Die Klimaschutzvereinbarung der deutschen Wirtschaft – Stand der Umsetzung und aktuelle Weiterentwicklung, Vortrag im Rahmen der Sitzung des Arbeitsausschusses Energie des Bundesverbandes Baustoffe, Steine und Erden am 29. Mai 2000 in Frankfurt a.M.

Buttermann, H.G., Selbstverpflichtung und flexible Instrumente. Vortrag im Rahmen der zweiten Sitzung der „Expertengruppe Emissionshandel“ der Deutschen Börse am 6. Oktober 2000 in Frankfurt a.M.

Heilemann, U. und B. Hillebrand, Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte – Versuch einer ersten Bilanz. Vortrag im Rahmen der Jahrestagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik „Deregulierung und Privatisierung: Erfahrungen, Probleme und Potentiale“ am 28./29. März 2001 in St. Gallen.

Hillebrand, B., Integration von Umweltindikatoren in das Modellsystem des RWI – Boden. Vortrag im Rahmen des Workshops „Ökonometrische Umweltmodelle“ des Umweltökonomischen Beirats beim Statistischen Bundesamt am 24. Oktober 2000 in Wiesbaden.

Hillebrand, B., Integration des Flächenverbrauchs in das Modellsystem des RWI. Vortrag im Rahmen des Workshops „Ökonometrische Umweltmodelle“ des Umweltbundesamtes am 29. November 2000 in Berlin.

Hillebrand, B., Verknüpfung von Modellen und Umweltindikatoren – Anforderungen an die Umweltstatistik. Vortrag im Rahmen des Workshops „Regionalisierung der UGR“ am 7. November 2000 in Düsseldorf.

Oberheitmann, A., Strategien der Emissionsminderung im Elektrizitätssektor in China. Vortrag im Rahmen des China-Workshops „Iserlohn 2000“ der Evangelischen Akademie Iserlohn am 27. Februar 2000 in Schwerte.

Oberheitmann, A., Electricity Deregulation in the United States of America. Halbtages-Seminar an der University of Dundee, Schottland, am 26. Mai 2000 im Rahmen des Projektes „Introducing Competition in Power Generation in Guangdong Province, People’s Republic of China“ der Europäischen Kommission, Generaldirektion XVII (Synergy Programme) und des Department of Basic Industrie, State Development Planning Commission of the People’s Republic of China.

Oberheitmann, A., WTO and its Implications for the Chinese Environment Policy. Vortrag im Rahmen des Workshops „WTO and Environmental Policies“ der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit am 7. November 2000 in Peking, VR China.

Oberheitmann, A. WTO and the Kyoto Process – Possible Effects on China’s Energy Policy and Trade. Vortrag im Rahmen des Workshops „WTO and Environmental Policies“ der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit am 7. November 2000 in Peking, VR China.

*2000 abgeschlossene Gutachten*

Regionalwirtschaftliche Bedeutung der Rheinischen Braunkohle

Analyse und Bewertung der strukturellen Auswirkungen der Reform des Energiewirtschaftsrechts auf die Versorgung mit Elektrizität und Gas

Die Selbstverpflichtung vor neuen Rahmenbedingungen. Dritter Monitoring-Bericht zur CO<sub>2</sub>-Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge

Introducing competition in power generation in the People’s Republic of China

Verknüpfung der Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge mit flexiblen Instrumenten nach dem Kyoto-Protokoll

Implikationen des WTO-Beitritts Chinas auf die chinesische Umweltpolitik

*Noch nicht abgeschlossene Gutachten*

Verknüpfung von Umweltindikatoren und Modellen

Klimaschutzkonzept für Nordrhein-Westfalen

Vierter Monitoring-Bericht zur CO<sub>2</sub>-Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge

Ein Energiedaten- und Modellinformationssystem für Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland

Implikationen des WTO-Beitritts Chinas auf die chinesische Umweltpolitik mit besonderer Berücksichtigung der Westprovinzen

*Kooperationen*

Prof. Dr. Joachim Frohn, Universität Bielefeld, Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie

Prof. Dr. Dieter Schmitt, Universität Essen, Lehrstuhl für Energiewirtschaft

Prof. Dr. Wolfgang Ströbele, Universität Münster, Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie

Prof. Dr. Bernd Meyer, Universität Osnabrück, Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie und empirische Wirtschaftsforschung

Centre for Energy, Petroleum and Mineral Law and Policy (CEPMLP)

*Praktikanten/ Studentische Hilfskräfte*

Robert Jäckle

Elmar Hillebrand

## Handwerk und Mittelstand

Die Arbeit der Forschungsgruppe ist – wie im Forschungsplan dargelegt – drei Schwerpunkten zuzuordnen:

- Analyse des strukturellen Wandels und der Konjunktur in der Handwerkswirtschaft;
- Untersuchung der Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in der Branchenentwicklung im Informationszeitalter;
- Gründungs- und Entrepreneurshipforschung.

Darüber hinaus besteht eine ständige Aufgabe im Ausbau der Daten- und der methodischen Basis der Handwerks- und KMU-Forschung.

### *Handwerksforschung*

Aufgabe der Handwerksstrukturforchung ist es, nachfrage- und angebotsseitige Bestimmungsfaktoren der sektoralen, räumlichen und betrieblichen Strukturen des Handwerks zu identifizieren. Nachfrageseitig ist das Handwerk in erster Linie von der Nachfrage der Verbraucher nach seinen Gütern abhängig, auf die rd. 43 vH seiner Produktion entfallen. An zweiter Stelle sind die Bauleistungen zu erwähnen (40 vH), an dritter die Nachfrage der gewerblichen Wirtschaft nach Zulieferungen (rd. 17 vH). Das Handwerk hat seine Position auf den Endverbrauchermärkten insgesamt recht gut behauptet; Verluste gegenüber den Wettbewerbern aus Industrie und institutionellem Einzelhandel in einzelnen Handwerksbranchen – z.B. im Textil- und Bekleidungs- sowie im Fleischerhandwerk – wurden durch steigende Umsätze der in enger Symbiose mit der Industrie operierenden Vertriebs- und Reparaturhandwerke (z.B. Kraftfahrzeugtechniker) kompensiert. Als angebotsseitige Impulse sind beispielsweise die Verbreitung neuer Produktionstechnologien, die Einbeziehung von Handwerksunternehmen in „verschlankte“ industrielle Vertriebssysteme (Kfz-Gewerbe), die Ausweitung des Subvertragsunternehmertums in der Bauwirtschaft, die Umsetzung neuer Managementkonzepte und die Filialisierung (Konzentration) zu nennen.

Angesichts der erheblichen Diskrepanzen in der neueren amtlichen Handwerksstatistik stellt sich die Aufgabe, unter Heranziehung von Referenzstatistiken ein realistisches Bild von Größe und Strukturwandel der Handwerkswirtschaft zu ermitteln. Insgesamt hat das westdeutsche Handwerk nach den Befunden des Forschungsgruppe seine volkswirtschaftliche Position in den vergangenen Jahrzehnten bemerkenswert gut behauptet. Größere Schwankungen der – statistisch erfassten – Zahl der Beschäftigten zwischen 3,6 und 4,3 Mill. erklären sich zum einen aus starken Zyklen in der Baunachfrage, zum anderen aus der Zunahme des Anteils der Teilzeitbeschäftigten in den achtziger und frühen neunziger Jahren. Das ostdeutsche Handwerk hat nach der Vereinigung zunächst sehr stark zugelegt (1994: 1,2 Mill. Beschäftigte), in den späten neunziger Jahren nach Auslaufen des Baubooms aber eine deutliche Schrumpfung erfahren, auf nunmehr knapp 1 Mill. Im Jahre 2000 waren in den selbständigen Unternehmen des deutschen Vollhandwerks 5 Mill. Menschen beschäftigt, der Umsatz erreichte knapp 800 Mrd. DM.

In einem Projekt wurde die Rolle der mitarbeitenden Partnerinnen in Handwerksunternehmen untersucht. Deren Zahl bewegt sich in Nordrhein-Westfalen zwischen 50 000 und 60 000, was 12 vH bis 14 vH aller weiblichen Beschäftigten im Handwerk entspricht. Sie tragen wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen bei und sind gleichzeitig sehr stark im Haushalt engagiert. Von einer gleichberechtigten Mitunternehmerschaft kann indes nicht die Rede sein. Weiterhin erhält in Nordrhein-Westfalen jede fünfte Unternehmerfrau im Handwerk kein regelmäßiges Einkommen, rund 30 vH von ihnen verfügt über keine eigene soziale Absicherung, ein ebenso hoher Anteil kann Weiterbildungspläne nicht umsetzen.

Die berufliche Ausbildung im ostdeutschen Handwerk ist dadurch charakterisiert, dass trotz bemerkenswerter Verbesserungen in den letzten beiden Jahren nach wie vor eine relativ große Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbil-

dungsstellenmarkt klappt. Im Ausbildungsjahr 1998/1999 wurden rund 70 vH der betrieblich abgeschlossenen Ausbildungsverträge durch öffentliche Mittel subventioniert. Die jüngst zu beobachtende Besserung ist wesentlich auf den Einsatz öffentlicher Förderprogramme, nicht jedoch auf eine gestiegene Nachfrage der Unternehmen nach Auszubildenden zurückzuführen. Das Handwerk stellte 1998 mit 40,4 vH einen beträchtlichen Anteil der Ausbildungsplätze in Sachsen zur Verfügung; 1993 waren es 38,2 vH. Angesichts dessen sind Hoffnungen auf eine massive Ausweitung des Lehrstellenangebots im Handwerk zu dämpfen. Unabhängig von der Erschließung bisher noch nicht berücksichtigter Potenziale im Handwerk wird nach dem Jahr 2006 aus demographischen Gründen eine Entspannung des Ausbildungsstellenmarktes eintreten, da dann die Zahl der Jugendlichen im ausbildungsfähigen Alter spürbar zurückgehen wird.

Im Rahmen eines laufenden Projekts zu betrieblichen Strukturen und zum Gründungsgeschehen im Handwerk wird die Handwerksrolle des Kammerbezirks Düsseldorf in Kooperation mit der Handwerkskammer Düsseldorf ausgewertet. Die Handwerksrolle, die ein im öffentlichen Auftrag geführtes Unternehmensregister der Handwerkskammern darstellt, enthält eine Fülle von Informationen über Marktein- und -austritte, über Eintragungs- und Liquidationsgründe sowie über die Betriebsnachfolge im Handwerk. Eine systematische Auswertung dieser Daten erlaubt Rückschlüsse auf die Überlebenswahrscheinlichkeit der Handwerksunternehmen. 60,8 vH aller Gründungen des Vollhandwerk, aber nur 31 vH der Unternehmen der handwerksähnlichen Gewerke bestehen fünf Jahre nach ihrer Gründung noch fort. Diese Werte stimmen im Wesentlichen mit früher durch die Forschungsgruppe durchgeführten Hochrechnungen für das Bundesgebiet überein. Die Ergebnisse zeigen auch, dass die Meisterprüfung im Vollhandwerk sowohl durch die Vorabqualifizierung der Gründer als auch durch den Selektionseffekt des „Meisterzwangs“ zur Erhöhung der Bestandsfestigkeit der Gründungen beiträgt. Sie vermitteln zugleich ein recht dynamisches Bild von den Märkten, auf denen Handwerksunternehmen agieren.

#### *Rolle der KMU in der Branchenevolution*

In der internationalen KMU-Forschung fanden in jüngster Zeit besonders solche Theorieansätze Aufmerksamkeit, die von einem wachsenden volkswirtschaftlichen Gewicht von KMU ausgehen. Eine Änderung der industriellen *governance*-Strukturen könnte aus der Sicht der Theorie der flexiblen Spezialisierung dazu führen, dass KMU auch in solchen Zweigen der Wirtschaft künftig ein wesentlich größeres Gewicht erlangen, die bislang von Großunternehmen dominiert werden. Die Erforschung „Marshallscher Industriebezirke“ in den Industrieregionen Ober- und Mittelitaliens deutet darauf hin, dass KMU durch den Aufbau enger Kooperationsverbände untereinander Skalen- und Verbundvorteile realisieren können, die ansonsten nur größeren Unternehmen zugänglich sind. Die neuen IuK-Technologien und das Internet scheinen überdies im Begriff zu sein, eine grundlegende Restrukturierung industrieller Wertschöpfungsketten herbeizuführen, die das Verhältnis von KMU und großen Unternehmen in naher Zukunft zu Gunsten der ersten verändern könnte.

Aufgabe des Forschungsschwerpunkts ist es, die aus unterschiedlichen theoretischen Ansätzen abgeleiteten Hypothesen bezüglich der Veränderungen der Unternehmensgrößen empirisch zu überprüfen und die Auswirkungen der „informationstechnischen Revolution“ auf KMU zu untersuchen. Dabei sind zweig-, netzwerk- und mikroökonomische Aspekte des Branchenstrukturwandels zu unterscheiden. Auf betriebswirtschaftlicher Ebene geht es sowohl um die Auswirkungen von *make or buy*-Entscheidungen der Großunternehmen auf die kleineren als auch um die Binnenstrukturen der Unternehmen – Organisation, *governance*-Modelle, Bestimmung der Unternehmensgrenzen. In der „wissensbasierten Ökonomie“ des 21. Jahrhunderts spielen Koordinationsformen, die zwischen Markt und Hierarchie angesiedelt sind – Netzwerke, kooperative Produktionsverbände –, eine zunehmende Rolle, die es ebenfalls zu analysieren gilt. Schließlich ist die Rolle der KMU bei der Evolution von Branchen und Märkten Gegenstand der Forschung; die ältere, auf dem Struktur- Verhalten-Ergebnis- (SVE-) Paradigma basierende Industrieökonomik, die neueren industrieökonomischen Ansätze wie auch die populationsökologische Forschung liefern hierfür einen breiten Hypothesenfundus.

Die bisherigen Arbeiten der Forschungsgruppe vermitteln ein sehr differenziertes Bild von der Rolle der KMU in der Branchenentwicklung. Die Vorstellung eines technologisch determinierten Lebenszyklus der Branchen, an dessen Anfang eine Vielzahl von Kleinunternehmen das Feld beherrschen, die im Zuge der Konzentration zunehmend den Großunternehmen weichen müssen, ist empirisch nur begrenzt haltbar. KMU dominieren vielfach gerade in solchen Branchen, deren langfristige Entwicklung diesem Modell nicht folgt. Die Verbreitung der neuen IuK-Technologien bietet gerade auch ihnen neue Chancen im Wettbewerb; zum vielfach vorgesagten Niedergang der „Dinosaurier des Industriezeitalters“ führt sie indes nicht. Vielmehr gehen kleine, mittlere und große Unternehmen auch im Informationszeitalter Symbiosen untereinander ein, wie sie in ähnlicher Weise schon für die Industriegesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts typisch waren.

Eine gemeinsam mit der Hochschule Bremen ausgerichtete Konferenz *Konvergenz oder Divergenz? Wandel der Unternehmensstrukturen in Japan und Deutschland* war dem Vergleich der betrieblichen Strukturen beider Länder gewidmet. Die lange Zeit für die japanische Wirtschaft typischen Kennzeichen – z.B. die vertikalen und horizontalen Unternehmensverbände – sind derzeit in einer raschen Wandlung begriffen (z.B. Abbau des Systems der lebenslangen Beschäftigung in den Großunternehmen), der auf längere Sicht dazu führen dürfte, dass die betrieblichen Strukturen in Japan denen anderer Industrieländer ähnlicher werden. Deshalb schon von einer Konvergenz der Unternehmensstrukturen auf breiter Ebene zu sprechen, wäre indessen nicht angebracht. Vielmehr wirkt eine Vielzahl von institutionellen Faktoren dahin, dass diese sich in Deutschland und Japan auch in den nächsten Jahrzehnten stark voneinander unterscheiden werden. Dies gilt nicht zuletzt für die Einbettung der KMU in die industriellen Produktionssysteme.

In einem Projekt über den Wandel der Unternehmensstrukturen in der Bauwirtschaft wurde untersucht, wie sich die IuK-Technologien auf den betrieblichen Strukturwandel auswirken. Die Tendenz zur Verbreitung des Vertragsunterneh-

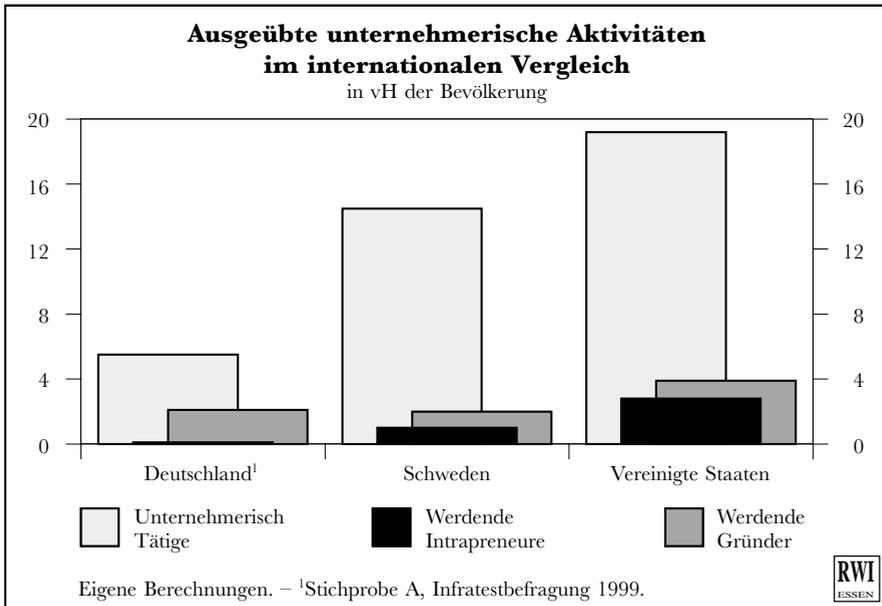
mertums wird hier durch die neuen technischen Möglichkeiten nachhaltig unterstützt. Dabei sehen sich insbesondere die kleinen Bauunternehmen auf die ökonomisch wenig attraktiven hinteren Stufen der Vertragsunternehmerketten verwiesen. Die betrieblichen Strukturen in der deutschen Bauwirtschaft, die stets durch ein sehr starkes Gewicht der KMU bestimmt waren, erweisen sich indessen insgesamt als bemerkenswert stabil. Es ist auch für die Zukunft nicht zu erwarten, dass es hier zu einer massiven Verdrängung der KMU durch große kommen wird. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass Skalenvorteile in den meisten Bereichen der Bauwirtschaft begrenzt sind, sie auch in Zukunft primär „Bereitstellungsgewerbe“ bleiben wird und Vertrauensbeziehungen zwischen Produzenten und Kunden, die auf der Einbettung in lokale Milieus basieren, große Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg haben.

Abgeschlossen wurde ein Projekt für die EU über KMU und Fragen der Beschäftigung wie des Arbeitsmarktes in Russland und Moldawien. Es wurde vom RWI koordiniert und in Zusammenarbeit mit dem CEEDR in London sowie KMU-Forschern in Russland (Dr. *Chepurensko*) und Moldawien (Dr. *Aculai*) durchgeführt. Im Vordergrund standen Fragen nach dem Beschäftigungsbeitrag von KMU, nach der Art der Beschäftigung in KMU sowie nach der Bedeutung der nationalen Arbeitsmärkte. Neben einer Auswertung der Literatur und amtlicher Daten wurden eigene Erhebungen, eine standardisierte repräsentative Unternehmensbefragung sowie Fallstudien durchgeführt. Die Auswertungen zeigen, dass KMU in beiden Ländern einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung leisten, wobei der Großteil der Beschäftigten auf permanenter Basis arbeitet. Die Beschäftigung war trotz der russischen Finanzkrise im August 1998 der stabilste Unternehmensindikator. Allerdings zeigen sich auch Probleme – wie fehlende Fachkenntnisse oder ein genereller Mangel an Spezialisten – und ein ungünstiges institutionelles und rechtliches Umfeld. All dies behindert die langfristige Unternehmensentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der KMU, da sich Unternehmer auf die Behebung von täglichen Schwierigkeiten konzentrieren müssen.

Innovation, KMU und die wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine und Weißrussland stehen im Vordergrund eines Projekts für die EU, das vom CEEDR geleitet wird und gemeinsam mit dem RWI sowie Forschern in der Ukraine (Dr. *Egorov*) und Weißrussland (Dr. *Slonimski*) durchgeführt wird. Innovationen tragen zur Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen bei, indirekt damit auch zum Überleben und langfristigen Wachstum – beispielsweise über den Ausbau bestehender oder den Aufbau neuer Märkte. In dem Projekt werden Innovationsmuster und der Einsatz von Technologien in kleinen ukrainischen und weißrussischen Unternehmen untersucht, um Barrieren und fördernde Umfelder zu identifizieren. Zusätzlich werden Technologiepolitik und spezielle Förderprogramme für KMU und für Innovationen auf ihre Effizienz und Wirksamkeit für KMU überprüft.

#### *Gründungs- und Entrepreneurshipforschung*

Gegenstand eines Projekts zum *nascent entrepreneur* (werdenden Gründer) war der für Deutschland erstmalige Versuch, das Vorgründungsgeschehen konzeptionell und empirisch zu strukturieren. Die Gründung und die Entscheidungen zuvor werden



– unter Nutzung von Evolutions- und Systemtheorien, die in der amerikanischen Gründungs- und Entrepreneurshipforschung zunehmend zur Erklärung komplexer und dynamischer Phänomene eingesetzt werden – als nur teilweise geplanter, ansonsten emergenter, sich selbst organisierender Prozess verstanden. Dabei bestätigen eigene Erhebungen wie auch eine Auswertung des SOEP bereits für die Vorgründungsphase die aus bisherigen Forschungen bekannten Zusammenhänge von Gründungsaktivitäten, demographischen Merkmalen sowie persönlichem Hintergrund und Makroumfeld.

Im internationalen Vergleich hat Deutschland etwa im Vergleich zu Schweden oder den USA eine deutlich geringere Rate an derzeit ausgeübten und ehemaligen unternehmerischen Tätigkeiten (Selbständige und Nebenerwerbsunternehmer) zu verzeichnen. Eine Betrachtung einzelner unternehmerischer Aktivitäten relativiert das Bild leicht. Die Rate werdender Gründer liegt in Deutschland geringfügig höher als in Schweden, Intrapreneurgründungen spielen dagegen eine vernachlässigbare Rolle. Diese Unterschiede sind teilweise auf die angewandte Methode zurückzuführen – in Schweden und Deutschland wurden Personen, in den USA Haushalte befragt –, sie deuten aber auch auf unterschiedliche sozio-ökonomische und institutionelle Umfelder hin. Niedrige Raten für alle laufenden unternehmerischen Aktivitäten in Deutschland reflektieren unterschiedliche legale Umfelder und restriktivere Marktzutrittsbarrieren; weitere Erklärungen, insbesondere im Fall werdender Gründer, bieten die im Vergleich zu den USA signifikant niedrigere Beteiligung von Frauen und Jüngeren. So liegt die Rate von werdenden Gründerinnen in Deutschland bei 1 vH, in den USA bei rund 2,7 vH, die der 18- bis 24jährigen ist in den USA dreimal, die der 25- bis 34jährigen fast doppelt so hoch wie in Deutschland. Schließlich stellt sich – gerade vor dem Hintergrund einer zuneh-

menden Differenzierung der Gründungslandschaft und einer wachsenden Zahl an Kleinstgründungen – die Frage nach der langfristigen Überlebens- und Entwicklungsfähigkeit dieser „werdenden“ Gründungen und ihrem volkswirtschaftlichen Beitrag. Dieser Frage soll in einem Vergleich der Wachstumsabsichten der werdenden Gründer mit den Wachstumsprofilen bereits Selbständiger nachgegangen werden.

In einer weiteren Arbeit wurde die *Gründungs- und Wachstumsförderung* in ausgewählten europäischen Ländern (Großbritannien und Irland, Finnland und Schweden, Niederlande) sowie den USA betrachtet, um Handlungsempfehlungen zur Unterstützung von Gründerinnen und Unternehmerinnen in Nordrhein-Westfalen abzuleiten. Deren Förderung erfolgt in den untersuchten Ländern in der Regel sowohl über Programme, die allen Unternehmen zugänglich sind, wie auch über spezielle Maßnahmen. Ansatzweise lassen sich *best practices* identifizieren. Als innovativ in dieser Förderung gelten z.B. generell Maßnahmen wie auch institutionelle Regelungen, die beispielsweise den Gründerinnen den Zugang zu neuen Technologien (Internet, *e-commerce*) vermitteln, über erfahrene Unternehmerinnen (Mentoren) begleitende Beratung und Hilfe beim Aufbau einer eigenen Unternehmung anbieten und neue Wege in Ausbildung und Training beschreiten (Unterstützung der Persönlichkeitsbildung).

#### *Veröffentlichungen*

Aculai, E. and F. Welter (2000), *Staatliche Programme als effektive Methode der Entwicklung kleiner Unternehmen in Moldawien* (in Russisch). Ministry of Economy, Kishinev.

Dehio, J. et al. (2000), Die feinmechanische, optische und Uhrenindustrie. Untersuchungen des RWI 35, RWI, Essen.

Dürig, W. (2000), *Handwerk und Handwerksorganisation in Lettland*. Das Partnerschaftsprojekt zwischen der Handwerkskammer Frankfurt/Oder und der Lettischen Handwerkskammer LAK Latvijas Amatniecibas Kamera. Handwerkskammer Frankfurt/Oder, Frankfurt (O).

Dürig, W. (2000), *Partnerschaftliche Unterstützung bei der Entwicklung effizienter Kammerorganisationen in Rumänien*. Das Partnerschaftsprojekt zwischen der Handwerkskammer Rheinhessen in Mainz und der Camera di Comert, Industrie si Agricultura in Sibiu. Handwerkskammer Rheinhessen, Mainz.

Friedrich, W., S. Gehle, B. Lageman, G. Machalowski und H.Schrumpf (2000). Die Gemeinschaftsinitiative KMU in Ostdeutschland: Förderung der Anpassung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Binnenmarkt durch die Europäische Union. Untersuchungen des RWI 33. RWI, Essen.

Rudolph, A. (2000), Wirtschaftsfaktor mitarbeitende Partnerinnen. Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand 3. RWI, Essen.

Rudolph, A. und F. Welter (2000), Mehr Erfolg für Gründerinnen: wie junge Unternehmen gefördert werden – ein internationaler Vergleich. Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand 5. RWI, Essen.

Welter, F. (2000), „Einmal im Leben darf jeder etwas Risikoreiches tun“ – Fallstudien von Gründern und Gründerinnen. Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand 9. RWI, Essen.

Welter, F. (2000), Germany: Factors of success: What determines the survival and success of self-employed coming out of unemployment? Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand 6. RWI, Essen.

Welter, F. (2000), Germany: Is the outcome desirable? Quality of work in self-employment. Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand 7. RWI, Essen.

Welter, F. (2000), Gründungspotenzial und Gründungsprozess in Deutschland – Eine konzeptionelle und empirische Betrachtung. Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand 4. RWI, Essen.

Dürig, W. (2000), Die wirtschaftliche Entwicklung des Handwerks in Nordrhein-Westfalen 1999 im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In Westdeutscher Handwerkskammertag (Hrsg.), *Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen*. Ergebnisse der Handwerksstatistik 1999/2000. WHKT, Düsseldorf, 1–28.

Dürig, W. (2000), Ist der Faktor Humankapital ein Engpassfaktor für das Handwerk? In Westdeutscher Handwerkskammertag (Hrsg.), *Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen*. Ergebnisse der Handwerksstatistik 1999/2000. WHKT, Düsseldorf, 29–87.

Lageman, B. (2000), SMEs and Corporate Restructuring in the Knowledge-Based Economy. The Case of the Construction Industry. In The Aarhus School of Business (ed.), *Proceedings of the 11th Nordic Conference in Small Business Research June 18-20, 2000*. The Aarhus School of Business, Aarhus, 165–172.

Lageman, B. (1999), Die Förderung des Mittelstandes in den neuen Bundesländern. In Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Band. III/1: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Suhrkamp Taschenbuch. Baden-Baden: Nomos, 95–100.

Lageman, B. (2001), Sind KMU besonders innovativ? Der Beitrag kleiner, mittlerer und großer Unternehmen zum technischen Fortschritt. In H.-F. Eckey et al. (Hrsg.), *Ordnungspolitik als konstruktive Antwort auf wirtschaftspolitische Herausforderungen*. Festschrift zum 65. Geburtstag von Paul Klemmer. Stuttgart: Lucius & Lucius, 417–434.

Lageman, B. (2001), Marktstrukturen im Wandel – zukünftige Unternehmensstrategien im Handwerk. Mittelstands- und Strukturpolitik 20 (Sonderband März 2001). KfW-Research, Frankfurt a.M.: 15–23.

Lageman, B. (2001), „Soziales Kapital“ als Kategorie kulturorientierter Transformationsforschung. In H.-H. Höhmann (Hrsg.), *Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas: konzeptionelle Entwicklungen – empirische Befunde*. Bremen: Ed. Temmen, 72–89.

Welter, F. (2000), SMEs in the Visegrad Countries: On their Way to Europe? In J. Bachtler, R. Downes and G. Gorzelak (eds.), *Transition, Cohesion and Regional Policy in Central and Eastern Europe*. Aldershot: Ashgate, 259–279.

Welter, F. and P.-A. Havnes (2000), SMEs and Environmental Turbulence. In H.-J. Pleitner and W. Weber (Hrsg.), *Die KMU im 21. Jahrhundert – Impulse, Ansichten, Konzepte*. St. Gallen: Verlag KMU, Hochschule St. Gallen, 41–50.

Dürig, W. und M. Scheuer (2000), Lehrlingsausbildung im Handwerk. Ein Aufriss der Probleme am Beispiel Sachsens. *Beihfte zur Konjunkturpolitik* 51: 163–190.

Rudolph, A. (2000), Mitarbeitende Partnerinnen in kleinen und mittleren Unternehmen – Theoretische Ansätze und empirische Befunde. *RWI-Mitteilungen* 51 (2): 117–134.

Smallbone D., F. Welter and A. Slonimski (2000), Obstacles on the Way of Development of Small Businesses in Belarus (in Russisch). *Belarussian Economic Journal* 2000 (1): 71–79.

Smallbone D., N. Isakova, A. Slonimski, E. Aculai and F. Welter, Small business in the Ukraine, Belarus and Moldova: Employment, Innovation, Regional Development (in Russisch). *Belarussian Economic Journal* 2000 (3): 40–49.

Trettin, L.(2000), Indien – Wohnungspolitik der kleinen Schritte. *MieterMagazin* 2000 (7-8): 46–48.

#### *Ausgewählte Vorträge*

Dürig, W., Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Oberfranken und Egerland. Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer für Oberfranken/Bayreuth am 11. Februar 2000 in Wunsiedel.

Dürig, W., EU-Osterweiterung – Wie können Handwerk und Mittelstand die Chance nutzen? Eingangsstatement zur und Leitung der Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kammern und Verbänden“ vom 23. bis 25. Februar 2000 in Leipzig.

Dürig, W. und M. Scheuer, Lehrlingsausbildung im Handwerk. Ein Aufriss der Probleme am Beispiel Sachsens. Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute am 11./12. Mai 2000 in Berlin.

Dürig, W., Strukturelle Veränderungen auf dem Backwarenmarkt. Vortrag auf dem Snaxx Food Forum am 7. Juni 2000 in Köln.

Lageman, B., Parallele Entwicklung? Handwerk und Gesamtwirtschaft in den späten neunziger Jahren. Referat auf dem Workshop „Finanzierung im Handwerk“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau am 30. Mai 2000 in Frankfurt a.M.

Lageman, B., Marktstrukturen im Wandel – zukünftige Unternehmensstrategien im Handwerk. Vortrag auf der gemeinsamen Veranstaltung der Kreditanstalt für Wiederaufbau und des Zentralverbands des deutschen Handwerks auf der EXPO 2000 am 14. Juni 2000 in Hannover.

Lageman, B., SMEs and Corporate Restructuring in the Knowledge-Based Economy. The Experiences of the German Construction Sector, Referat auf der 11th Nordic Conference „Small Business Research“ am 14. und 15. Mai 2000 in Aarhus, Dänemark.

Lageman, B., Handwerk und Wissenschaft. Statement auf der Podiumsdiskussion „Wissensstransfer – Vom Elfenbeinturm in die KMU“ im Rahmen des 9. Europäischen Aus- und Weiterbildungskongresses am 23. Juni 2000 in Köln.

Lageman, B., „Outsourcing“ – Strategien von Großunternehmen – Chance für die KMU? Eine europäische Perspektive. Vortrag auf der Sitzung des „Roundtable Mittelstand“ am 15. Oktober 2000 im RWI, Essen.

Lageman, B., Unternehmensnetzwerke in Deutschland – nur ein „virtuelles Konstrukt“? Referat auf der Konferenz „Konvergenz oder Divergenz? Wandel der Unternehmensstrukturen in Japan und Deutschland“ am 5. September 2000 in Düsseldorf.

Lageman, B., Strukturpolitik ohne theoretische Basis? Über das schwierige Verhältnis von ökonomischer Theorie und praktizierter Politik am Beispiel der Mittelstandsförderung. Referat auf der Herbsttagung des Arbeitskreises für Politische Ökonomie „Politische Ökonomie als Sozialwissenschaft“ vom 5. bis 8. Oktober 2000 in Strobl am Wolfgangsee, Österreich.

Lageman, B., Regulierung im Handwerk – ein modernes Instrument der Wirtschaftspolitik? Impulsreferat zum Workshop „Leitbild Handwerk in einer globalisierten Wirtschaft“ der SPD-Bundestagsfraktion und der Hans-Böckler-Stiftung am 17. Oktober 2000 in Berlin.

Rudolph, A., Wirtschaftsfaktor mitarbeitende Partnerinnen im Handwerk. Vortrag auf der Sitzung des Projektbeirats „Förderung neuer Berufsfelder für Frauen, insbesondere im Handwerk“ veranstaltet vom Westdeutschen Handwerkskammertag am 4. Februar 2000 in Düsseldorf.

Rudolph, A., Unternehmerfrauen im nordrhein-westfälischen Handwerk – ökonomische Bedeutung und wirtschaftspolitische Implikationen. Vortrag auf der Mitgliederversammlung 2000 des Landesverbandes der Unternehmerfrauen im Handwerk (UFH) am 12. Mai 2000 in Düsseldorf.

Smallbone D., F. Welter, N. Isakova and A. Slonimski, Core-Periphery Differences in SME Development under Transition Conditions: Some Evidence from Ukraine and Belarus. Paper to RENT Conference in Prague, 23rd-24th November 2000.

Welter, F., Promoting SMEs: Reviewing the German experiences. Vortrag vor einer Delegation mexikanischer Unternehmer, Verbandsmitglieder und Politiker am 4. April 2000 in Berlin.

Welter, F., SMEs and Entrepreneurship in Transition Economies. Regional Conference on Economic Theory. Vortrag an der Universität in Nishni Novgorod, Russland, 12.-14. April 2000.

Welter, F., Would-be Entrepreneurs and the Process of Business Formation in Germany. Paper presented to the Babson College-Kauffman Foundation Entrepreneurship Research Conference, June 8-10, 2000, Babson.

Welter, F., Das Gründungspotenzial in Deutschland: Konzeptionelle Überlegungen, empirische Ergebnisse. Referat zum 4. Forum Gründungsforschung am 5./6. Oktober 2000 in Wien.

Welter, F., Micro Finance in Germany. Vortrag im Workshop 21, Werkstatt 1 „Initiativen und Praxisbeispiele im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ während des Global Dialogue „Zukunft der Arbeit“ am 4. Oktober 2000 auf der Expo in Hannover.

Welter, F., Sind die Deutschen „Gründungsmuffel“? Ein Vergleich mit dem Ausland. Referat auf der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „Existenzgründung aus Hochschulen: Lehren aus dem internationalen Vergleich“ der Ruhr-Universität Bochum am 15. November 2000

Welter, F., D. Smallbone, A. Chepurenko and E. Aculai, Employment, SMEs and Labour Markets in Russia and Moldova: Project Results and Preliminary Policy Conclusions. Vortrag auf dem internationalen Abschlussworkshop des Intas-97-1805 Projektes am 15. September 2000 in Moskau.

Welter, F., D. Smallbone and A. Chepurenko, The Nature of Employment in Russian SMEs. Paper to RENT Conference in Prague, 23rd-24th November 2000.

Welter, F. und H. Bergmann, Nascent Entrepreneurs – Planungs- und Entscheidungsprozesse in der Vorgründungsphase. Vortrag beim 3. Koordinierungstreffen des DFG-Schwerpunktes „Interdisziplinäre Gründungsforschung“ am 2./3. November 2000 in Bonn.

Welter, F., Inhaltliche Vorbereitung und Teilnahme an der Fachtagung „GO!“ – Mehr Erfolg für Gründerinnen! Wie junge Unternehmen gefördert werden – ein internationaler Ver-

gleich. Fachtagung des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen am 6. April 2000 in Köln.

Welter, F., Panelteilnahme an der Abschlusskonferenz der International Labour Organisation (ILO) im Rahmen des Aktionsprogrammes „Enterprise creation by the unemployed – Micro finance in industrialized countries“ am 24./25. Mai 2000 in Bonn.

*2000 abgeschlossene Gutachten/ Projekte*

The Nascent Entrepreneur – Planungs- und Entscheidungsprozesse in der Vorphase von Gründungen (DFG)

Employment, SMEs and Labour Markets in Russia and Moldova. Intas-97-1805

ILO Action Programme: Enterprise Creation by the Unemployed – Microfinance in Industrialized Countries

Mehr Erfolg für Gründerinnen: wie junge Unternehmen gefördert werden – ein internationaler Vergleich

Projektabschlusskontrolle des Partnerschaftsprojekts zwischen der Lettischen Industrie- und Handelskammer und der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen

Projektabschlusskontrolle des Partnerschaftsprojekts zwischen dem Slowakischen Gewerbeverband, dem Zentralverband des deutschen Handwerks und der Handwerkskammer Trier

The impact of enlargement on small and medium-sized enterprises in the European Union

Wirtschaftsfaktor mitarbeitende Partnerinnen

Existenzgründungen von Frauen und Gründungsförderung im internationalen Vergleich

*Noch nicht abgeschlossene Gutachten/ Projekte*

Mittelstandsbericht Thüringen

Innovation, Small and Medium Enterprises and Economic Development in Ukraine and Belarus

Strategie und Milieu – Struktur und Genese der Handlungsmuster gewerblicher Klein- und Mittelunternehmer in Industrie-, Transformations- und Entwicklungsgesellschaften

Auswirkungen der Tertiarisierung auf die Handwerkswirtschaft

Chirurgiemechaniker im Tuttlinger Raum: Analyse einer regional konzentrierten Branche

Das handwerkliche Gründungsgeschehen im Spiegel der Handwerksrolle des Kammerbezirks Düsseldorf

Die Stellung des Handwerks in der Abfall- und Recyclingwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

*Durch die Forschungsgruppe ausgerichtete Konferenzen*

Konferenz „Konvergenz oder Divergenz? Wandel der Unternehmensstrukturen in Japan und Deutschland“ am 5. September 2000 in der WGZ Bank in Düsseldorf, gemeinsam ausgerichtet durch das RWI und die Hochschule Bremen.

*Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien*

Dürig, W., Arbeitskreis „Wirtschaftsbeobachtung und Statistik“ des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Dürig, W., Arbeitskreis „Wirtschaftsbeobachtung und Statistik“ des Westdeutschen Handwerkskammertages

Lageman, B., Arbeitskreis „Regionalpolitik“ des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Lageman, B., Arbeitskreis „Wirtschaftsbeobachtung und Statistik“ des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Lageman, B., Mitglied des Entrepreneurial Research Consortium (ERC)

Lageman, B., Mitglied des „Roundtable Mittelstand“

Lageman, B., Mitglied des Arbeitskreises „Handwerk und Wissenschaft“ des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages

Lageman, B., Mitglied des Arbeitskreises „KMU-Finanzierung“ des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages

Lageman, B., Mitglied des Projektbeirats „Kompetenzzentrum Oberhausen“

Welter, F., Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Aktivierung endogener Potentiale in Nordrhein-Westfalens Regionen durch Existenzgründungen“ der Akademie für Landesplanung und Raumforschung

Welter, F., Mitglied des Entrepreneurial Research Consortium (ERC)

Welter, F., Mitglied der European Association for Comparative Economic Studies (EACES)

Welter, F., Mitglied des International Council of Small Business (ICSB)/European Council of Small Business (ECSB)

*Kooperationspartner*

Prof. D. Smallbone, Centre for Enterprise and Economic Development Research (CEEDR) an der Middlesex University Business School in Hendon, London

Dr. Elena Aculai, Institute of Economics, Moldovan Ministry of Economy / Moldovan Academy of Sciences, Kishinev, Moldawien

Dr. habil Alexander Chepurenskiy, Russian Independent Institute for Social and Nationalities Problems, Centre for Private and Small Entrepreneurship, Moskau, Russland

Dr. Igor Egorov, STEPS Centre, National Academy of Sciences, Kiew, Ukraine

Prof. Dr. Paul Reynolds, Babson-College Boston und London Business School

Dr. Anton Slonimski, National Academy of Sciences, Minsk, Weißrussland

Prof. Dr. Rolf Sternberg, Wirtschafts- und sozialgeographisches Institut, Universität Köln

Prof. Dr. Hans-Herrmann Höhmann, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

*Beteiligung an der Hochschullehre*

Welter, F., SMEs and SME Support Policies in Germany. Seminar an der Universität in Nishni Novgorod

Welter, F., Planung und Entscheidung in kleinen und mittleren Unternehmen, Lehrauftrag an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Lüneburg

Welter, F., Entstehung und Wandel von Unternehmen, Lehrauftrag an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Lüneburg

*Forschungsaufenthalte an ausländischen Hochschulen/Forschungseinrichtungen*

Welter, F. an der ökonomischen Fakultät der Universität in Nishni Nowgorod vom 10. bis 17. April 2000

## Öffentliche Finanzen und Steuern

*Konjunkturelle Implikationen der Finanzpolitik*

Im Rahmen der Konjunkturberichterstattung des Instituts analysiert die Forschungsgruppe die öffentlichen Finanzen in Deutschland und evaluiert finanzpolitische Maßnahmen im Hinblick auf ihre konjunkturellen Wirkungen. Dabei kommt – in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe „Konjunktur“ – auch das RWI-Konjunkturmodell zur Anwendung. Im Zuge der laufenden Arbeiten wurden u.a. die gesamt- und finanzwirtschaftlichen Wirkungen der „Steuerreform 2000“ untersucht. Durch die (erste Stufe der) Reform dürfte sich das Wachstum des realen BIP – für sich genommen – in diesem und dem kommenden Jahr um durchschnittlich 0,5 vH-Punkte verstärken; die Beschäftigung wird um 185 000 Personen p.a. zunehmen. Die steuerpolitischen Maßnahmen zielen in die richtige Richtung, da die Einkommen- und Gewinnsteuersätze deutlich reduziert und die steuerlichen Bemessungsgrundlagen verbreitert wurden. Die Reduktion des Körperschaftsteuersatzes dürfte die effektive marginale Steuerbelastung des Unternehmensergebnisses unter den Durchschnitt der EU-Länder zurückführen; auf Unternehmens- und Aktionärsenebene ergibt sich – zusammen mit dem mittelfristig geplanten Spitzensatz der Einkommensteuer – ebenfalls eine Belastung unter dem EU-Durchschnitt. Dadurch wird der deutsche Standort aufgewertet, auch wenn die steuerliche Belastung nur einen – und nicht den wichtigsten – Faktor im Geflecht der Standortdeterminanten darstellt.

Standortpolitischer Handlungsbedarf besteht in Bezug auf eine Verbesserung der Ausgabenstruktur zu Gunsten höherer Ausgaben mit investitions- und beschäftigungsfördernder Wirkung. Nach den erheblichen Investitionskürzungen in Westdeutschland in den neunziger Jahren hat sich in vielen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur inzwischen ein hoher Investitionsbedarf aufgestaut, und in Ostdeutschland besteht immer noch ein erheblicher Rückstand gegenüber dem Westen; außerdem haben der Fachkräftemangel im Bereich der IuK-Technologie und die Diskussion um die *green card* für ausländische IT-Spezialisten die Notwendigkeit einer verstärkten Förderung der informationstechnischen Ausbildung verdeutlicht. Spielraum für eine Aufstockung investiver Ausgaben wäre vorhanden, denn das Budgetdefizit des Staates wird nach dem steuerreformbedingten Anstieg auf 66 Mrd. DM bzw. 1,5 vH des BIP (2001) im kommenden Jahr auf 25 Mrd. DM (0,6 vH) sinken; die Defizitquote liegt damit deutlich unter dem von der Bundesregierung im Stabilitätsprogramm anvisierten Zielwert von 1 vH. Daran gemessen

wäre ein Spielraum von etwa 17 Mrd. DM vorhanden. Auch in mittlerer Frist zeichnet sich eine raschere Verbesserung der Finanzlage ab, als dies im Stabilitätsprogramm vorgesehen ist.

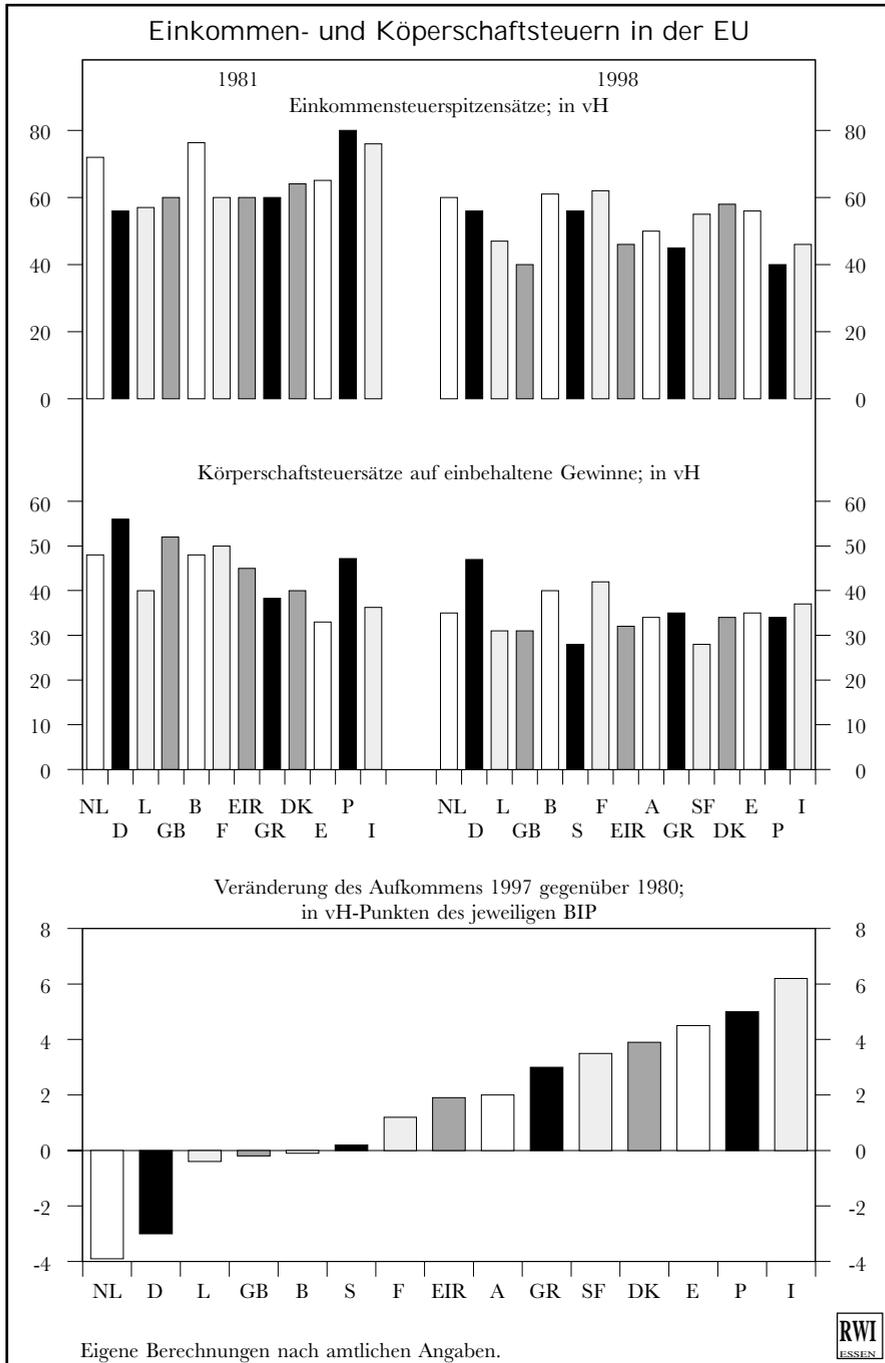
#### *Europäischer Steuerwettbewerb*

Mit Blick auf die erwähnten Maßnahmen der „Steuerreform 2000“ wurde die Frage nach ihrer Relevanz für den Steuerwettbewerb in der EU gestellt; dieser könnte sich durch die hiesige Verringerung der Steuersätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer noch verschärfen. Die empirische Analyse hat deutlich werden lassen, dass dieser Wettbewerb schon in der Vergangenheit für eine beachtliche Senkung der Tarife gesorgt hat. Allerdings haben sich damit nur auf den ersten Blick die Erwartungen an eine Angleichung der Belastungen auf einem niedrigeren Niveau erfüllt (ex post-Harmonisierung). Denn dieser Effekt wurde in den EU-Ländern mit Ausnahme der Niederlande und Deutschlands durch eine Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen und durch administrative Maßnahmen mehr als wettgemacht, so dass die jeweiligen Steuerquoten wesentlich erhöht wurden. Das Gleiche gilt in Bezug auf die Umsatz- und Verbrauchsteuern, die sowohl hinsichtlich ihrer Steuersätze als auch der volkswirtschaftlichen Belastungen im Zuge ihrer administrativen oder ex ante-Harmonisierung auf einem höheren Niveau angeglichen wurden. Es spricht vieles dafür, dass die skizzierten Harmonisierungsmuster weiterhin wirksam sein und insgesamt zu einer Zunahme der Steuerbelastung in der EU führen werden. Dann dürfte die EU-Erweiterung also weniger den Wettbewerb der Steuer- und Abgabensysteme als die Belastung der Volkswirtschaften erhöhen. Bei dieser Perspektive kommt es umso mehr auf eine effiziente Verwendung der Mittel an: Vorrangig erscheint eine wesentliche Verbesserung der materiellen und immateriellen Infrastruktur – vor allem im Verkehrs- und Bildungsbereich –, um so die Standortattraktivität Europas zu erhöhen und ihrer u.U. steuerlich bedingten Beeinträchtigung im globalen Wettbewerb entgegenwirken.

#### *10 Jahre deutsche Einheit*

Die Forschungsgruppe hat in Verfolgung des langfristigen Forschungsplans ihre Analysen zum Konvergenzprozess in Ostdeutschland fortgesetzt. Zur Beschleunigung der Angleichung setzte die staatliche Wirtschaftspolitik von Anbeginn an auf die Verbesserung der Infrastrukturausstattung, die rasche Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe sowie die regional- und fiskalpolitische Stimulierung der Investitionstätigkeit. Sie bediente sich dabei einer Reihe von Instrumenten, wozu auch die sozialpolitischen Transfers zur Flankierung des Umbaus zu rechnen sind. Mit Blick auf das Stocken der Angleichung und das Auslaufen des Solidarpakts wurde die Frage nach dem Konvergenzziel und dem Instrumentarium untersucht.

Vor dem Hintergrund westdeutscher Erfahrungen, aber auch zunehmender Disparitäten innerhalb Ostdeutschlands erscheint es wenig sinnvoll und realistisch, das (durchschnittliche) Westniveau als Ziel für jedes ostdeutsche Land oder jede Region anzustreben. An die Stelle einer ostspezifischen Regionalförderung sollte eine gesamtdeutsche Konzeption treten. Die bisherigen regionalpolitischen Erfahrungen in Westdeutschland sollten dabei – unabhängig vom in Frage kommenden Vo-



lumen – aber keine allzu hoch gespannten Erwartungen bezüglich ihrer Wachstums- und Ausgleichswirkungen aufkommen lassen.

Was die fiskalischen Implikationen dieser Maßnahmen angeht, wäre bereits viel erreicht, wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Gebietskörperschaften gesichert und damit ihre Investitionstätigkeit stabilisiert werden könnte. Weitere wirtschaftliche Fortschritte dürften in erster Linie von der Mobilisierung des regionalen Wachstumspotenzials abhängen. Dass hier auch der Lohnpolitik eine zentrale Rolle zukommt, ist mittlerweile allen Beteiligten bewusst. Dabei geht es nicht nur um die Schließung der Lohn-Produktivitätslücke von noch etwa einem Viertel gegenüber Westdeutschland, sondern auch um eine angemessene Lohndifferenzierung, wie mittlerweile Klagen über den Mangel an Facharbeitern in Ostdeutschland zeigen.

#### *Gesundheitswesen in Ostdeutschland*

Die Arbeiten wurden im vergangenen Jahr weiter auf Problemstellungen fokussiert, denen sich die Gesundheitspolitik im Zuge strukturell-demographischer Veränderungen in den neuen Bundesländern gegenüber sieht. Das dortige Gesundheitswesen stand in den neunziger Jahren im Spannungsfeld von Leistungsausweitungen und Versorgungsverbesserungen auf der einen und Maßnahmen zur Kostendämpfung auf der anderen Seite. Ziel der Arbeiten war es, den längerfristigen Aufbau- und Aufholprozess hinsichtlich seiner Determinanten und Implikationen zu analysieren und den Handlungsbedarf im Hinblick auf den Versorgungsumfang und die Finanzierung aufzuzeigen.

Das Gesundheitswesen der DDR war durch vielfältige Defizite und Ineffizienzen geprägt, die ihren Niederschlag u.a. in einer im Vergleich zu Westdeutschland erhöhten Morbidität und Mortalität fanden. Mit der Vereinigung wurde dem Gesetzgeber die Aufgabe übertragen, die Voraussetzungen für eine Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung zu schaffen. Der Aufbau- und Aufholprozess und die rasch zunehmende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen führten zu einem erheblichen Ausgabenwachstum, einer äußerst angespannten Finanzlage und schließlich zu erheblichen Defiziten. Zwischenzeitlich hat sich die Finanzlage zwar gebessert, die Strukturprobleme sind aber nicht gelöst. Diese bestehen darin, dass die Leistungsausgaben je Mitglied von 1991 bis 1998 von knapp 50 vH auf etwa 82 vH des Westniveaus gestiegen sind, die Beitragsentnahmen damit aber nicht Schritt gehalten haben. Ursachen hierfür sind nicht zuletzt der Mitgliederrückgang bei den gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) und eine „Verschlechterung“ der Versichertenstruktur, etwa durch arbeitsmarktpolitisch induzierte Frühverrentungen.

Während auf der Finanzierungsseite nach wie vor ungelöste Probleme existieren, fallen die Befunde auf der Versorgungsseite und im Hinblick auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung wesentlich günstiger aus. Im Versorgungssektor ist bei den gängigen Indikatoren zur medizinisch-technischen und pharmazeutischen Versorgung eine weitgehende Angleichung an das Westniveau festzustellen. Dies hat eine spürbare Verbesserung der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung nach

sich gezogen. So ist die Differenz der Lebenserwartungen (bei der Geburt) zwischen alten und neuen Ländern von 1988/1990 bis 1995/1997 von 2,8 auf 1,2 Jahre (Frauen) bzw. von 2,5 auf 2,3 Jahre (Männer) gesunken.

#### *Länderfinanzausgleich (LFA)*

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nach dem u.a. die Regelungen des LFA zur kommunalen Finanzkraft und zur Einwohnerwertung der Stadtstaaten überprüft bzw. begründet werden müssen, bildete den Ausgangspunkt für weitere Arbeiten unter allokativen Vorzeichen des langfristigen Forschungsplans. Letzteren kommt vor dem Hintergrund der Diskussion um einen stärkeren „Wettbewerbsföderalismus“ als Gegenmodell zum bisher gepflegten „Kooperativen Föderalismus“ besondere Bedeutung zu. Bei der streitigen Definition der kommunalen Finanzkraft geht es zum einen um die explizite Einführung von Bedarfs-elementen – in ursprünglicher Anlehnung an das Brechtsche Gesetz –, zum anderen um die Anrechnung der lokalen Steuereinnahmen. Querschnittsanalysen lassen den Schluss zu, dass der kommunale Finanzbedarf – wie bisher unterstellt – progressiv-abnehmend mit der Einwohnerzahl steigt. Anhaltspunkte für einen degressiven oder regressiven Zusammenhang, wie er zuweilen behauptet wird, ergeben sich nicht. Die empirischen Ergebnisse bestätigen zudem die Eignung der Einwohnerzahl als *umbrella*-Variable bzw. Indikator für den Finanzbedarf; andere sozioökonomische Faktoren erwiesen sich als nicht signifikant. Die Regressionsanalyse eignet sich auf Grund von Datenrestriktionen zwar nicht, um die gegebene Einwohnertafelung nach Gemeindegröße abzuleiten; es konnte aber gezeigt werden, dass diese nicht willkürlich gegriffen, sondern vertretbar ist.

Die hälftige Anrechnung der Steuereinnahmen der Gemeinden trägt offensichtlich dem Umstand Rechnung, dass auf kommunaler Ebene ein enger Zusammenhang zwischen Leistung und Gegenleistung besteht. Unter allokativen Gesichtspunkten („Wettbewerbsföderalismus“) wäre es indes widersprüchlich, die strikte Einhaltung des Prinzips fiskalischer Äquivalenz einzufordern und im kommunalen Einnahmensystem umzusetzen, gleichzeitig aber die erzielten Einnahmen in den Umverteilungsmechanismus des Finanzausgleiches einzubeziehen. Die Halbanrechnung berücksichtigt zudem die grundgesetzlich abgesicherte finanzpolitische Autonomie der Gemeinden. Unter diesen Vorzeichen stellt sich mithin nicht die Frage nach einer Vollerrechnung der kommunalen Steuereinnahmen, wie vielfach gefordert, sondern allenfalls nach dem Ausmaß der Berücksichtigung der kommunalen Finanzkraft.

Die Untersuchungen der Einwohnerwertung zu Gunsten der Stadtstaaten bestätigen deren sog. strukturelle Besonderheiten gegenüber den Flächenländern, wie sie auch vom Bundesverfassungsgericht als Begründung für die unterschiedliche Behandlung im LFA zugelassen werden. Die Stadtstaaten stellen jeweils in ihrer Gänze Agglomerationsräume dar, während diesen in den Flächenländern auch verstädterte und ländliche Regionen gegenüberstehen; sie sind herausragende Zentren in Agglomerationsräumen, die im Ländervergleich über eine erhebliche Wirtschaftskraft verfügen und Enklaven bzw. Kernstädte darstellen, die von ihrem Umland durch die Landesgrenzen abgeschnitten sind. Die Folge ist, dass Finanzkraft

und -bedarf je Einwohner notwendigerweise – unabhängig von Agglomerationskosten – signifikant von denen der Flächenländer abweichen. Die Stadtstaaten weisen als Ballungsräume sowohl die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben als auch ein überdurchschnittliches Steueraufkommen auf. Sie müssen aber zugleich als Folge des LFA überproportionale Steuerabflüsse hinnehmen. Bei der Berechnung der Finanzkraft der Stadtstaaten im LFA muss indes berücksichtigt werden, dass ihnen im Vergleich zu den Flächenländern ein landesinterner Ausgleich fehlt. Es geht also bei der Einwohnerwertung keineswegs darum, überdurchschnittliche Belastungen oder Kosten in einzelnen Aufgabenbereichen der Stadtstaaten als Sonderbedarfe anzuerkennen und auszugleichen, sondern um eine systemgerechte Erfassung von Finanzkraftunterschieden, wie sie der Finanzausgleich fordert. Die Quantifizierung der strukturell bedingten Finanzkraftunterschiede der Stadtstaaten gegenüber den Flächenländern wurde auf der Basis eines finanzkraftorientierten Ansatzes vorgenommen. Der „indirekte Finanzkraftvergleich“ fiktiver Stadtstaaten (Hannover, Düsseldorf, Frankfurt/M., Köln, Stuttgart und München) mit den westdeutschen Flächenländern (ohne Vergleichsstädte) ergab, dass der seit 1969 mit 1,35 angesetzte Gewichtungsfaktor nicht willkürlich gegriffen ist, sondern die strukturell bedingten Finanzkraftunterschiede zwischen den Stadtstaaten und den Flächenländern angemessen repräsentiert.

#### *Rentenpolitischer Reformbedarf im internationalen Vergleich*

Seit mindestens zwei Jahrzehnten wird in der Öffentlichkeit die staatliche Alterssicherung in Deutschland eher kritisch bewertet. Auch ein internationaler Vergleich, der den demographischen Schwerpunkt des Forschungsplans akzentuiert, bestätigt diese Beurteilung insoweit, als Deutschland mit u.a. Italien, Frankreich und Spanien zu den Ländern mit relativ hohem Aufwand für die umlagefinanzierte staatliche Alterssicherung gehört. Deutlich geringere Aufwendungen weisen nicht nur die angelsächsischen Länder sowie Japan und Südkorea auf, sondern auch Dänemark, Schweden und die Niederlande, also Länder mit einer ausgeprägten wohlfahrtsstaatlichen Tradition. Der Altersaufbau erklärt nur einen Teil der Unterschiede. In der Rentendiskussion der letzten Jahrzehnte wurde herausgearbeitet, dass das Problem der umlagefinanzierten Rente weniger in der Höhe des Beitragssatzes an sich besteht, sondern in dem Verhältnis zwischen geleisteten Beiträgen und daraus abgeleiteten Rentenansprüchen. Da sich Beiträge im Umlageverfahren lediglich mit der Wachstumsrate der versicherungspflichtigen Einkommen verzinsen und diese unter dem Marktzins liegt, beläuft sich gegenwärtig überschlägig gerechnet der Rentenanspruch, der mit 1 DM an Beiträgen erworben wird, auf 50 Pf.

Schwerpunkt des internationalen Vergleichs ist die Frage, wie weit die deutsche staatliche Alterssicherung den Erfordernissen einer zunehmenden Alterung bei moderatem Wirtschaftswachstum gerecht wird. Zugrundegelegt werden fünf Merkmale der Angepasstheit bzw. der Anpassungsfähigkeit. Wichtigstes Merkmal ist ein moderates Versorgungsniveau der umlagefinanzierten Alterssicherung. An zweiter Stelle folgt die Bildung von Kapitalfonds innerhalb der staatlichen Alterssicherung („partielle Kapitaldeckung“). Die weiteren Merkmale beziehen sich auf die Anpassungsfähigkeit. An erster Stelle steht hierbei die „fiktive Kapitaldeckung“

Indikatoren für die Anpassung bzw. Anpassungsfähigkeit der staatlichen Alterssicherung an ein moderates Wirtschaftswachstum															
Normversorgungsniveau unter 50 vH <sup>1</sup>	×	×	×	×	×	×									
partielle Kapitaldeckung <sup>2</sup>	×	×	×				×	×	×						
fiktive Kapitaldeckung <sup>3</sup>							×			×	×				
Universalität <sup>4</sup>	×	×	×	×	×	×	×	×		×	×	×	×		
Mehrstufigkeit	×	×		×	×		×		×	×		×			
	Dänemark	Kanada	Vereinigte Staaten	Irland	Großbritannien	Niederlande	Schweden	Südkorea	Japan	Polen	Italien	Frankreich	Spanien	Tschechien	Deutschland

<sup>1</sup>Für Bezieher unterdurchschnittlicher Renten kann das Versorgungsniveau über der Norm liegen. – <sup>2</sup>Vermögenserträge bilden einen nennenswerten Teil der Einnahmen der Alterssicherung. – <sup>3</sup>Es werden persönliche Beitrags- und Rentenkonten angelegt, wobei ein Rechnungszins in Anlehnung an das Wirtschaftswachstum zu Grunde gelegt wird. – <sup>4</sup>Einbeziehung der Erwerbstätigen oder der gesamten Wohnbevölkerung in das System der staatlichen Alterssicherung (wenigstens formale Einbeziehung der Beamten).

(*notional defined contributions*). Es handelt sich um ein in den neunziger Jahren entwickeltes Verfahren, bei dem geleistete Beiträge im Umlageverfahren fiktiv mit der Wachstumsrate der Erwerbseinkommen oder einer ähnlichen Größe verzinst werden. Damit wird unabhängig von der demographischen Entwicklung der Beitragsatz ohne zusätzliche diskretionäre Eingriffe stabilisiert, Anpassungen an Veränderungen der (Erwerbs-) Bevölkerung erfolgen über Bewegungen beim Rentenniveau. Für eine Reformpolitik vorteilhaft sind ferner die Universalität der staatlichen Alterssicherung und ihre mehrstufige Anlage. Unter Universalität wird die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in ein wenigstens im Prinzip als einheitlich anerkanntes Umlageverfahren verstanden. Anders als bei partikulären oder nur auf Teile der Bevölkerung beschränkten Systemen wird dann bei Reformen nicht automatisch die Frage nach der Gleichbehandlung aufgeworfen. Mehrstufige Systeme bieten einen Ansatzpunkt für eine Rückführung des Umlageverfahrens, indem die erste Stufe (Basissicherung) weiter im Umlageverfahren finanziert wird, während die weiteren Stufen auf das Kapitaldeckungsverfahren umgestellt werden können.

Die staatliche Alterssicherung in Deutschland weist keines dieser Merkmale auf. Der sich darin äußernde Reformrückstand lässt sich wenigstens zu einem Teil damit erklären, dass in den neunziger Jahren, als in Italien, Schweden und Polen die umfassenden Reformen vorbereitet und durchgeführt wurden, für die deutsche Politik der Aufbau in Ostdeutschland Vorrang hatte. Die inzwischen auf den Weg gebrachte Rentenreform wirkt im Vergleich zu den genannten Rentenreformen zwiespältig. Auf der einen Seite wird die Stabilisierung des Beitragsatzes ausdrück-

lich als Ziel genannt, und die Politik ist von der Vorstellung einer umlagefinanzierten Vollversorgung abgerückt, auf der anderen Seite bleibt der bisherige Referenzrahmen weitgehend erhalten. Immerhin eröffnet sich die Chance, dass in den kommenden Jahren der Reformrückstand aufgeholt wird.

#### *Pflege und Erweiterung von Datenbanken*

Zu den laufend aktualisierten Datenbanken für die Konjunkturbeobachtung und Beurteilung der öffentlichen Finanzen treten zunehmend Pools für die Flächenländer sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände, vor allem Nordrhein-Westfalens. Sie werden mit Hilfe der Finanzstatistik ständig ergänzt und erweitert und erfassen neben den finanzwirtschaftlichen Daten auch Angaben zu den jeweiligen sozioökonomischen Rahmenbedingungen (wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Siedlungsstruktur, Sozialstruktur, Arbeitsmarkt). Unter dem Eindruck des Einbruchs der öffentlichen Investitionstätigkeit werden auch Daten zur Infrastrukturausstattung einbezogen. Diese Datenbanken wurden u.a. zur Analyse kommunaler Sonderbedarfe im Länderfinanzvergleich sowie zu Überprüfung des Gewichtungsfaktors bei der Einwohnerwertung der Stadtstaaten genutzt. Darüber hinaus werden die Datengrundlagen auf dem Gebiet der Steuer-Transfer- und Verteilungsanalysen aktualisiert und ausgebaut (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, SOEP).

#### *Veröffentlichungen*

Arbeitsgruppe „Konjunktur“ (2000), Konjunktur gut – Risiken gestiegen. RWI-Konjunkturbrief 3/2000. RWI, Essen.

Gebhardt, H., U. Heilmann und H.D. von Loeffelholz (2000), *Die Schwarze Null* – Perspektiven und Implikationen einer Tilgung der Staatsschulden. Essen. Manuskript.

Heilemann, U., R. Döhrn, H.D. von Loeffelholz und E. Schäfer-Jäckel (2000), Der Wirtschaftsaufschwung der Vereinigten Staaten in den neunziger Jahren – Rolle und Beitrag makroökonomischer Faktoren. Untersuchungen des RWI 32. RWI, Essen.

Heilemann, U. und H. Rappen (2000), Zehn Jahre Deutsche Einheit – Bestandsaufnahme und Perspektiven. RWI-Papiere 67. RWI, Essen.

Heilemann, U., H. Gebhardt und H.D. von Loeffelholz (2001), *Wirtschaftspolitische Chronik der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Lucius & Lucius.

Heilemann, U., H.D. von Loeffelholz, H.D. und S. Renn (2000), Are Your Taxes (too) Set in Beijing? – Einfluss der Globalisierung auf die Steuereinnahmen in Deutschland. RWI-Papiere 68. RWI, Essen.

Kambeck, R. (2000), Wirkung der Kapitaleinkommensbesteuerung auf das Wirtschaftswachstum. Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten 70. Berlin: Duncker & Humblot.

Loeffelholz, H.D. von (2001), *Perspektiven und Optionen der Vermögensbesteuerung in Deutschland*. Marburg: Metropolis, erscheint demnächst.

Heilemann, U. and H.D. von Loeffelholz (2001), Challenges of Globalization for German Tax Policy. In C. Lankowski (ed.) *Responses to Globalization in Germany and the United States*. Seven Sectors Compared. Erscheint demnächst.

Loeffelholz, H.D. von (2001), Wettbewerb und Harmonisierung von Steuer- und Abgabensystemen in der EU – Entwicklung, Stand, Perspektiven. In H.-F. Eckey et al. (Hrsg.), *Ord-*

*nungspolitik als konstruktive Antwort auf wirtschaftspolitische Herausforderungen.* Festschrift zum 65. Geburtstag von Paul Klemmer. Baden-Baden: Lucius&Lucius, 107–127.

Loeffelholz, H.D. von (2000), Zur ökonomischen Beurteilung der Einwohnerwertung der Stadtstaaten im Länderfinanzausgleich. In H.-J. Schmidt-Trenz und M. Fonger (Hrsg.), *Bürgerföderalismus. Zukunftsfähige Maßstäbe für den bundesdeutschen Finanzausgleich.* Baden-Baden: Nomos, 168–183.

Loeffelholz, H.D. von (2001), Wirtschaftliche Auswirkungen von Zuwanderung – Kosten der Nicht-Integration von Migranten. In J. Welt (Hrsg.), *Zuwanderung gestalten – Integration fördern.* Bonn: Dietz, erscheint demnächst.

Loeffelholz, H.D. von (2001), Challenges of Globalisation to Politics – Some Experiences for Germany. Comments to the discussion on “Meaning of Globalisation for the Convergence or Divergence of Economic Structures” at the Conference organised by the East-Asia Economy/Economic Policy Department of the Gerhard-Mercator-University Duisburg. Forthcoming.

Rappen, H. (2001), Effizienzpotenziale in der staatlichen Anbietererfüllung. Bestandsaufnahme und Kritik. In A. Wagner (Hrsg.), *Innovationsförderung (Teil II): Ansatzpunkte und Potential im Dienstleistungsbereich.* Erscheint demnächst.

Fritzsche, B. (2000), Das luxemburgische Abgaben-Transfer-System – Einfachheit zu Lasten der Zielgenauigkeit? *RWI-Mitteilungen* 51 (2): 91–116.

Gebhardt, H, und W. Schaft (2000), Perspektiven und Optionen der deutschen Finanzpolitik. *Wirtschaftsdienst* 80: 666–674.

Heilemann, U. (2000), Die neuen Länder bleiben noch lange auf Transfers angewiesen. *Handelsblatt* 29. November 2000: 5.

Heilemann, U. (2000), Die Finanzierung der deutschen Einheit. *Neue Zürcher Zeitung* 30. Sept./1. Okt. 2000: 59

Heilemann, U. (2000), Die Finanzierung der deutschen Einheit. *Sozialer Fortschritt* 49: 253–260.

Heilemann, U., R. Döhrn, H.D. von Loeffelholz und E. Schäfer-Jäckel (2000), Der Wirtschaftsaufschwung der Vereinigten Staaten in den neunziger Jahren – Rolle und Beitrag makroökonomischer Faktoren. *RWI-Mitteilungen* 51: 1–22.

Heilemann, U. und H.D. von Loeffelholz (2000), Herausforderungen der Globalisierung für die deutsche Steuerpolitik. *RWI-Mitteilungen* 52 (3/4): 248–264.

Loeffelholz, H.D. von (2001), Kosten der Nichtintegration ausländischer Zuwanderer. *Beihefte der Konjunkturpolitik* 52, erscheint demnächst.

Schäfer-Jäckel, E. et al. (2000), Günstige Aussichten für Wachstum und Beschäftigung. *RWI-Konjunkturberichte* 51 (1): 33–73.

Schäfer-Jäckel, E. et al. (2000), „Konjunktur gut“ – Risiken gestiegen. *RWI-Konjunkturberichte* 51 (2): 127–170.

#### *Ausgewählte Vorträge*

Gebhardt, H., Teilnahme an der Anhörung des Bundesministeriums der Finanzen zum Referententwurf eines Gesetzes zur Reform der Unternehmensbesteuerung und zur Senkung der Steuersätze am 28. Januar 2000 in Berlin.

Heilemann, U., Infrastrukturelle Nachholbedarfe Ostdeutschlands. Gutachtenpräsentation bei der Ministerpräsidentenkonferenz Ost am 29. März 2000 in Magdeburg.

Loeffelholz, H.D. von, Tax and Transfer Competition in the EMU. Vortrag am European Union Research Center der University of Illinois at Urbana-Champaign, IL, am 19. Januar 2000.

Loeffelholz, H.D. von, Ausländische Arbeitnehmer und Arbeitsmarkt – Probleme und Perspektiven aus volkswirtschaftlicher Sicht. Vortrag bei den Hohenheimer Tagen zum Ausländerrecht 2000 in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart, des DGB Landesbezirks Baden-Württemberg und des Diakonischen Werkes der Evangelischen Landeskirche in Württemberg am 29. Januar 2000 in Stuttgart-Hohenheim.

Loeffelholz, H.D. von, Teilnahme an der Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags zum „Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (Steuersenkungsgesetz – StSenkG, Drucksache 14/2683)“ vom 22. bis 24. März 2000 in Berlin.

Loeffelholz, H.D. von, Fiscal Perspectives of Germany in the Short and Medium Run. Vortrag bei einer internationalen Konferenz zu den wirtschaftlichen Aussichten in Europa am Centre Observatoire Economique (COE) bei der EUREN-Jahrestagung am 17. April 2000 in Paris.

Loeffelholz, H.D. von, Economic and Strategic Importance, Development and Reforms of Infrastructure and Public Utilities in Germany: Telecommunication, Railway and Aviation. Vortrag bei der internationalen Konferenz zur Bedeutung der Infrastruktur und des nicht-staatlichen Sektors für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas am China (Hainan) Institute for Reform and Development (CIRD) am 2. November 2000 in Haikou, China.

Loeffelholz, H.D. von, Perspektiven und Optionen der Vermögensbesteuerung in Deutschland. Vortrag bei der Hans-Böckler-Stiftung im Rahmen der Tagung „Zwischenbilanz der rot-grünen Steuerreformen in Deutschland“ am 8. Dezember 2000 in Berlin.

Loeffelholz, H.D. von, Was ist die Finanzkraft der Länder und wie stark muß sie ausgeglichen werden? Vortrag im Rahmen der Tagung „Neue Maßstäbe? Finanzausgleich und die Zukunft des deutschen Föderalismus“ am 12. Dezember 2000 in der Akademie Loccum.

Loeffelholz, H.D. von und S. Renn, Globalisierung und Steuereinnahmen. Vortrag im Forschungsseminar der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig am 27. April 2000.

Loeffelholz, H.D. von, Forecasting Taxes. Vortrag vor einer Delegation des Finanzministeriums der Republik Litauen am 31. Januar 2001 im RWI, Essen.

Rappen, H., Effizienzpotenziale staatlicher Angebotserfüllung. Bestandsaufnahme und Kritik. Vortrag im Rahmen der Expertentagung „Innovationsförderung (Teil II): Ansatzpunkte und Potential im Dienstleistungsbereich“ am 5. und 6. Dezember 2000 in Leipzig.

Rappen, H., Ausgewählte Aspekte des politischen und ökonomischen Systems der USA. Vortrag am 15. September 2000 im Landesinstitut für Pädagogik und Medien, Saarbrücken.

S.M. Renn, U. Heilemann und H.D. von Loeffelholz, Are your Taxes (too) set in Beijing. Beitrag zur Jahrestagung 2000 des Vereins für Socialpolitik (Offene Tagung) am 22. September 2000 in Berlin.

*2000 abgeschlossene Gutachten/Stellungnahmen*

## Gemeinschaftsdiagnose

Zur Berücksichtigung kommunaler Sonderbedarfe im Länderfinanzausgleich aus finanzwissenschaftlicher Sicht

Die Einwohnerwertung der Stadtstaaten. Eine finanzwissenschaftliche Überprüfung des Gewichtungsfaktors

Produktions-, Beschäftigungs- und fiskalische Effekte der Einschränkung von Verlustverrechnungsmöglichkeiten im Rahmen des Paragraphen 2b EstG

Die landes- und regionalpolitische Bedeutung des Flughafens Düsseldorf

Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich – Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (Steuersenkungsgesetz – StSenkG, Drucksache 14/2683). Stellungnahme zur Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags vom 22. bis 24. März 2000

Berufliche Integration von Zuwanderern

*Noch nicht abgeschlossene Gutachten/Projekte*

## Gemeinschaftsdiagnose

Verteilungswirkungen sozialpolitischer Maßnahmen im konjunkturellen Zusammenhang

Empirische Analyse der effektiven Inzidenz des deutschen Steuersystems im Zeitablauf

Die gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Wirkungen des Eigenheimbaus

Compliance Cost des Steuersystems

*Mitarbeit in wissenschaftlichen Beiräten und Gremien*

H. Gebhardt, Mitglied des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ beim Bundesministerium der Finanzen

*Kooperationen*

Zusammenarbeit mit dem American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) der Johns Hopkins University, Baltimore and Washington, DC, im Rahmen des u.a. von der Thyssen-Stiftung finanzierten Forschungsprojekts „Regulating the Post-Westphalian World“ zum Thema „Responses to Globalization in Germany and the United States: Seven Sectors Compared“

Kontaktpflege und Wissenschaftlerausaustausch mit der Ohio Wesleyan University, Delaware, OH, unter Beteiligung an der Lehre in Form von Gastvorträgen und -vorlesungen

Kontaktpflege und Wissenschaftlerausaustausch mit dem China (Hainan) Institute for Reform and Development (CIRD), Hainan, Haikou, China, gefördert von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

*Beteiligung an der Hochschullehre*

Kambeck, R., Vorlesung zu „Ausgewählten Fragen der Budgettheorie“ im Rahmen der Konstitutionellen Finanzwissenschaft an der Universität zu Köln

Loeffelholz, H.D. von, Vorlesungen zu „Angewandte Wirtschaftsforschung zur Finanz- und Sozialpolitik“ und zur „Bedeutung der empirischen Wirtschaftsforschung für die Politikberatung“ im Rahmen des Graduiertenkollegs „Allokationstheorie, Wirtschaftspolitik und kollektive Entscheidungen“ der Universitäten Bochum und Dortmund

*Forschungsaufenthalte an ausländischen Hochschulen/Forschungseinrichtungen*

Loeffelholz, H.D. von, am China (Hainan) Institute for Reform and Development (CIRD), Hainan, Haikou, China, und am China Development Research Foundation, Development Research Centre und State Council, Beijing, China, vom 30. Oktober bis 6. November 2000

*Betreuung von Gästen (Auswahl)*

Delegation des China (Hainan) Institute for Reform and Development (CIRD), Hainan, Haikou, China, zu Entwicklung und Stand der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland

Studenten der Studienstiftung des Deutschen Volkes

Drittes Wirtschaftsgespräch des RWI zum Thema „New Economy?“

Delegation des Finanzministeriums der Republik Litauen zu Fragen der deutschen und europäischen Steuerpolitik sowie zu Methoden der Steuerschätzung

*Praktikanten*

Frau Christine Schuppert, Universität Köln

Frau Anastasiya Sharipowa, Universität Petersburg

Herr Andreas Baader, Universität Gesamthochschule Duisburg

*Promotionsvorhaben*

P. Hernold, Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und öffentliche Ausgabenentwicklung

### Summerschool „Arbeit mit ökonometrischen Modellen“

Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit der Universität GH Essen und der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg vom 11. bis 15. September 2000 zum dreizehnten Mal durchgeführt. In der praktischen Arbeit konzentrierte sich die „Summerschool“ auf die technische Bearbeitung des RWI Konjunkturmodells bis hin zu Prognosen und Simulationen für die Gestaltung und Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Der theoretische Teil wurde erneut durch eine Darstellung der Integration des RWI-Konjunkturmodells in den internationalen Modellverbund *Project LINK* sowie durch eine Einführung in die Kointegrationstheorie ergänzt; zu dem zuletzt genannten Thema trug wiederum Prof. Dr. Jürgen Wolters, Freie Universität Berlin, vor. Die Teilnehmer stammten aus dem deutsch-

sprachigen Raum und kamen aus Wirtschaft, Verwaltung, unabhängigen Forschungseinrichtungen sowie dieses Mal verstärkt aus Hochschulen (Studenten und Mittelbau); sie konnten einen unmittelbaren Eindruck von der Anwendung ökonomischer Modelle gewinnen und darüber hinaus selbständig Prognosen und Simulationen durchführen.

#### Die Arbeiten anderer Gruppen

##### Statistik

Als *primäre Aufgaben* der Abteilung gelten die Beschaffung und Erfassung neuen Datenmaterials, die Aktualisierung bestehender Zeitreihen und Querschnittsdaten, deren Aufbereitung und Berechnung nach den speziellen Anforderungen der Forschungsgruppen, die Darstellung in tabellarischer und grafischer Form sowie die Aufbewahrung und Dokumentation vorhandener Quellen mit statistischen Aussagen.

Zu den *Schwerpunkten der Arbeiten* im Jahr 2000 zählten die Auswertungen umfangreichen externen Materials (u.a. der „Bach-Datei“ der Europäischen Kommission (s.u.) und der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 des Statistischen Bundesamtes), die nur durch den Einsatz von Selektionen der Daten nach Überführung in ein relationales Datenbanksystem und durch ablaufsteuernde Programmierung (VBA) realisierbar waren. Nicht nur sich ständig wiederholende Berechnungen von selektierten Daten, sondern insbesondere die Vielzahl der verwendeten Formate erhaltener Dateien zwangen dazu, immer neue Maßnahmen (meist VBA) zur Umformatierung zu ergreifen. Auch die Internet-Recherche in amtlichen in- und ausländischen Servern mit statistischen Inhalten, die im Jahr 2000 noch intensiver betrieben wurde, trug erheblich zum Formatvielfalt bei.

Für die Forschungsgruppe „Sektorale Strukturanalysen“ wurden die Datenaufbereitung für die Erstellung von Branchenanalysen fortgesetzt, die Zuordnung der aktuellen Länderdaten für den internationalen Standortvergleich Deutschlands gewährleistet und die Erwerbstätigenmatrizen aus dem Mikrozensus nach Wirtschaftszweigen, Berufsordnungsgruppen und Tätigkeitsmerkmalen erstellt. Aus der erwähnten „Bank for the Accounts of Companies Harmonised“ (BACH-Datei) wurden jährliche Veränderungsdaten der Bilanzpositionen von Unternehmen teilweise durch Verkettungsverfahren ermittelt und für den Vergleich von elf europäischen Ländern sowie Japans und der Vereinigten Staaten in 23 Wirtschaftssektoren aufgearbeitet.

Gegenstand der Arbeiten für die Forschungsgruppe „Konjunktur“ waren im Wesentlichen die Pflege der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, des Konjunkturberichts NRW, des Preisindex der Lebenshaltungskosten und des Konjunkturmodells, welches u.a. auch die Erfassung von Klimadaten erforderte. Umfangreiche Daten- und Textrecherchen wurden für *Project LINK* anlässlich der Jahrestagung vom 2. bis 6. Oktober 2000 in Norwegen geleistet. Für die Analyse von Konjunkturzyklen seit 1947 und eine Untersuchung der amerikanischen Wirt-

schaft während der Amtszeit verschiedener Präsidenten wurden in amtlichen amerikanischen Online-Datenbanken Indikatoren mit monatlicher Periodizität recherchiert und zusammengestellt.

Für die Forschungsgruppe „Regionalwirtschaftliche Analysen“ sind u.a. Daten zur branchenspezifischen Analyse aufbereitet worden. Es wurde eine neue Datenbank zur Erfassung regionalpolitischer Aktivitäten von Sparkassen aufgebaut und die Indikatorendatenbank gepflegt und erweitert. Die Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsprognose wurden aus den Einzelveröffentlichungen der Statistischen Landesämtern zusammengetragen und in einer Datenbank aufbereitet.

Die Pflege der Energieverbrauchs-Datenbank stand im Mittelpunkt der Arbeiten für die Forschungsgruppe „Energieabteilung“. Die Abfragen wurden so ausgerichtet, dass die Selektionsergebnisse vom Energiemodell eingelesen werden können.

Für die Forschungsgruppe „Öffentliche Finanzen und Steuern“ wurden Datenstrukturen für die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, die auch für die erwarteten Ergebnisse für 1998 verwendet werden sollen, festgelegt und in einer Datenbank aufbereitet und ausgewertet. Außerdem wurden Befragungsergebnisse aus dem Sozio-oekonomischen Panel des DIW (bis Welle 14) herausgefiltert. Für eine vergleichende Analyse kommunaler Ausgabenbedarfe in Deutschland wurde die aktuelle Gemeindefinanz-Datenbank erweitert.

Nach Anforderungen der Forschungsgruppe „Handwerk und Mittelstand“ wurden Beschäftigung und Umsatz nach Bundesländern in der Wirtschaftszweigsystematik ausgewertet. Die Verkaufs- und Einkaufspreisstatistik wurde mit einer VBA-Routine versehen, um verschiedene Berechnungen und Zusammenstellungen zu ermöglichen. Für ein Kooperationsprojekt mit der Handwerkskammer Düsseldorf wurden Daten der Handwerksrolle des Kammerbezirks zur Analyse des Gründungsgeschehens datenbankmäßig aufbereitet.

Für die Forschungsgruppe „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ wurde zur Berechnungen der nominalen und realen effektiven Wechselkurse eine neue Gewichtungsmatrix auf der Grundlage der Exportverflechtung 1995/97 angelegt. Durch eine Untergliederung der Unternehmensdatenbank „Globalisierung“ in einen Dienstleistungs- und einen Industriesektor, die Umstellung auf den Euro und infolge der teilweisen Veröffentlichung der Geschäftsberichte deutscher Unternehmen in englischer Sprache wurde der Zeitaufwand für die Erfassung der Wirtschaftsdaten beträchtlich erhöht. Aus den OECD- und IWF Veröffentlichungen wurden die internationalen Tabellen für den Konjunkturbericht regelmäßig aktualisiert.

Die technische Ausstattung blieb im Wesentlichen unverändert. Es wurden lediglich die zwei veraltete PCs ersetzt, deren Ersatz mit MS Office2000 ausgestattet war. Das hatte zur Folge, dass unter MS-Access und MS-Excel ablaufende Makros für diese Versionen angepasst werden mussten. Die Version des Statistik-Paketes SPSS wurde inzwischen auf 10.07 umgestellt; dies gewährleistete, dass auch neuste SPSS-Ausgabeformate aus externen Quellen eingelesen werden können. Zur ge-

planten Umstellung des Saisonbereinungsverfahrens X11 auf X12-Arima wurde Ende des Jahres ein einwöchiges Seminar der Deutschen Bundesbank besucht.

## EDV

Wie schon in den Jahren zuvor wurde auch im Jahr 2000 ein knappes Drittel der eingesetzten PCs ersetzt. Sämtliche PCs werden unter Windows98 betrieben. Durch Installation des Service-Pack 2 für Office2000 sind umfassende Sicherheitsmaßnahmen für den Schutz gegen Viren auf dem PC und bei der Übertragung von Dateien im Internet geschaffen worden. Weiterhin wurde Windows 2000 getestet, und zwar neben den Standardanwendungen insbesondere ORACLE 8.0 und NFS (Network File System). Nicht zuletzt wegen seiner Zuverlässigkeit und Sicherheit wird Windows2000 im Institut zum Einsatz kommen.

Nach der im Frühjahr erfolgten Umstellung der UNIX-Maschinen auf SOLARIS 7 wurden auf dem Web-Server die Frontpage2000 Server Extensions installiert. Damit besteht die Möglichkeit, bei der Erstellung von Web-Seiten (mit Frontpage2000 auf dem Client) die erweiterten Funktionalitäten wie Benutzer, Seitenzähler oder Laufbänder zu nutzen. Neben den von außen erreichbaren Informationen wurde auf dem Web-Server ein Intranet eingerichtet, zu dem nur Mitarbeiter innerhalb des Instituts Zugang haben. Die Erstellung spezifischer Informationen geschieht unter der Verantwortung der einzelnen Abteilungen bzw. Gremien.

Der Internet-Zugang über das Deutsche Forschungsnetz (DFN-Verein) wurde auf das GWin (Gigabit-Ethernet im Wissenschaftsnetz) umgestellt, ohne zunächst die bereits vorhandene Kapazität von 2 Mbit/sec zu erhöhen. Damit steht dem Institut für den ständig steigenden Bedarf eine auf mittlere Frist skalierbare Internet-Kapazität zur Verfügung.

Es wurde damit begonnen, sowohl die Server des Instituts mit Gigabit-Ethernet Netzwerkkarten als auch die Eingänge des Backbone-Switches mit entsprechenden Einschüben auszustatten, um durch die größere Bandbreite den Zugriff auf Information zu beschleunigen.

Von den zahlreichen organisations- und verwaltungstechnischen Aufgaben der DV-Gruppe sind besonders zu erwähnen:

- die Bereitstellung der zentralen Server unter UNIX und NOVELL;
- die Mitarbeit an der 13. Summerschool des RWI, der Universität GH Essen und der Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg;
- die Begleitung einer Reihe von Arbeiten der Forschungsgruppen, der technischen Abteilungen sowie der Verwaltung.

## Grafik

Zum Aufgabenschwerpunkt Bereitstellung von Grafiken für Text- und DTP-Programme trat im Jahr 2000 als neues Anwendungsgebiet die Verwendung von Grafiken in PC-gestützten Präsentationsprogrammen. Primär wurde dabei das in MS-Office enthaltene „PowerPoint“ eingesetzt, ein Präsentationsprogramm, das die Erstellung und Vorführung von Text- und Grafikseiten ermöglicht. Da die Grafikerstellung innerhalb dieses Programms nur eingeschränkt möglich ist, wurden die benötigten Präsentationsgrafiken von der Abteilung Grafik gefertigt und in PowerPoint-Präsentationen eingebunden. Die durch dieses Verfahren entstehenden neuen Aufgaben konnten mit der seit Jahren eingesetzten Software ohne große Schwierigkeiten erfüllt werden.

Die gestiegenen Anforderungen an Qualität und Quantität von Farbdrucken machte die Anschaffung eines neuen Farbdruckers notwendig. Darüber hinaus wurde damit für die Forschungsgruppen das Verfahren, über das Netzwerk farbige Ausdrücke anzufertigen, vereinfacht.

## Bibliothek

Aufbau und Organisation der Bibliothek des RWI orientieren sich an den spezifischen Aufgaben des Instituts: sie dient in erster Linie den wissenschaftlichen Mitarbeitern als Informationsquelle, steht darüber hinaus aber auch externen Interessenten als Präsenzbibliothek zur Verfügung.

Neben wirtschaftswissenschaftlicher Literatur wird aufgrund der empirisch ausgerichteten Arbeiten des Instituts eine Vielzahl von Wirtschaftsstatistiken bezogen. Hierzu zählen neben den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, die nahezu vollständig gesammelt werden, zahlreiche Publikationen der Statistischen Landesämter, der Bundesministerien und anderer Bundes- bzw. Landesbehörden sowie Verbandsstatistiken. Für internationale Vergleiche und weltwirtschaftliche Themen stehen Originalstatistiken einiger Länder (z.B. Vereinigte Staaten, Großbritannien) und Veröffentlichungen internationaler Organisationen, speziell der OECD, der UN, des IMF sowie der Europäischen Gemeinschaften zur Verfügung. Darüber hinaus kann die Bibliothek auf einen Bestand von rund 300 nationalen und internationalen ökonomischen Zeitschriften zurückgreifen. Aufgrund eines umfangreichen Schriftenaustausches stehen zahlreiche Publikationen anderer wissenschaftlicher Einrichtungen und Universitätsinstitute zur Verfügung.

Im Jahr 2000 konnten rund 2 300 Neuzugänge verzeichnet werden, so dass sich der Gesamtbestand der Bibliothek auf nunmehr etwa 84 500 Bände beläuft. Katalogisierung der Bibliotheksbestände, Ausleihe und Periodikaverwaltung erfolgen elektronisch, seit 1997 mit der Bibliothekssoftware BibliothecaWin. Grundlage für die sachliche Erschließung ist der vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung erstellte Thesaurus Wirtschaft. Im Berichtszeitraum konnten rund 4 800 Titel, darunter ca. 2 500 Zeitschriftenaufsätze und Beiträge aus Sammelwerken, aufgenom-

men werden, so dass Ende des Jahres rund 49 000 Titelnachweise für On-line-Recherchen zur Verfügung standen.

Wie in den Vorjahren wurde die Bibliothek wiederum von einer großen Anzahl externer Besucher aus den Bereichen Wissenschaft – Universitäten und Fachhochschulen –, Wirtschaft und Bildung benutzt. Vor allem bei Diplomarbeiten und Dissertationen konnte Hilfestellung geleistet werden. Das Spektrum der Anfragen reichte dabei von der allgemeinen Nachfrage nach Veröffentlichungen des Instituts über Anfragen zu Themen, die das Institut traditionell bearbeitet, wie Stahlindustrie, regionale Themen, oder die das Institut in den letzten Jahren ausführlich behandelt hat – Umweltökonomie, Strukturberichterstattung, Europäische Integration – bis hin zu Literaturrecherchen zu spezifischen Problemstellungen, die sich häufig an aktuellen Tagesthemen orientieren.

Die rasante Entwicklung neuer elektronischer Informationssysteme, die zunehmende Verfügbarkeit von Informationen über das Internet und die damit verbundene verstärkte Nachfrage nach aktuellen Informationen haben zu einer veränderten Aufgabenstellung moderner Bibliotheken von der klassischen Bestandsorientierung hin zur Beschaffungsorientierung geführt. Diese neuen Rahmenbedingungen zeigen sich besonders deutlich in wissenschaftlichen Spezialbibliotheken wie der des RWI. Da es dem einzelnen Wissenschaftler vielfach kaum noch möglich ist, aus der Fülle der verfügbaren aktuellen Angebote die für seine Arbeit relevanten Informationen selbst zu suchen oder zu beschaffen, wird diese Aufgabe der Bibliothek übertragen. Somit liegt mittlerweile der Schwerpunkt der Arbeiten nicht mehr beim Nachweis der eigenen Bestände, einen breiten Raum bei den laufenden Aufgaben nimmt vielmehr die gezielte Recherche nach Dokumenten und Veröffentlichungen in externen Datenbanken wie GENIOS oder dem Internet bzw. die Beschaffung von Zeitschriftenartikeln über Dokumentenlieferdienste wie *Subito* ein.

## Veröffentlichungen des Instituts

### RWI-Mitteilungen

Jahrgang 50 (1999)

Heft 4:

Bryson, Ph.J., Keynes und die Asienkrise

Döhrn, R., Motive ausländischer Investoren in Deutschland und Großbritannien – Eine Feldstudie in der Chemischen und der Automobilindustrie

Milton, A.-R., Erhöhung der Wechselkursreagibilität deutscher Ausfuhren? – Eine sektorale Analyse

Hickman, B.G., Reflektionen eines makroökonomischen Modellbauers

Jahrgang 51 (2000)

Heft 1:

Heilemann, U., R. Döhrn, H.D. von Loeffelholz und E. Schäfer-Jäckel, Der Wirt-

schaftsaufschwung der Vereinigten Staaten in den neunziger Jahren – Rolle und Beitrag makroökonomischer Faktoren

Kaps, C., Die Perspektive der amerikanischen Öffentlichkeit

Wagner, A., Rolle der Demographie: Bevölkerungsökonomische Aspekte der makroökonomischen Entwicklung

Zarnowitz, V., Das Alte und das Neue am amerikanischen Wirtschaftsaufschwung der neunziger Jahre

Heft 2:

Fritzsche, B., Das luxemburgische Abgaben-Transfer-System im Vergleich zum deutschen: Einfachheit zu Lasten der Zielgenauigkeit?

Rudolph, A., Mitarbeitende Partnerinnen in kleinen und mittleren Unternehmen – Theoretische Ansätze und empirische Befunde

Clausen, H. und M. Halstrick-Schwenk, Abfallwirtschaftspolitik an der Jahrhundertwende

Buttermann, H.G., Selbstverpflichtung der Industrie und CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland: Fortschritte in den Jahren 1990 bis 1998

Heft 3-4:

Löbke, K., Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität aus der Sicht der sektoralen Strukturanalyse

Görzig, B., Probleme internationaler Produktivitätsvergleiche

Ragnitz, J., Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen: Das Beispiel der neuen Länder

Hufbauer, G.C., Steuerpolitik in einer globalisierten Wirtschaft

Heilemann, U. und H.D. von Loeffelholz, Herausforderungen der Globalisierung für die Steuerpolitik in Deutschland

Henneberger, F., Auslandsproduktion, Exporte und Beschäftigung in der Schweiz – Empirische Evidenz für zentrale Branchen des Verarbeitenden Gewerbes

Stehn, J., Internationaler Handel und Beschäftigung: Eine theoretische und empirische Analyse für Deutschland

Döhrn, R., Inlandsbeschäftigung in deutschen Multinationalen Unternehmen

RWI-Konjunkturberichte

Jahrgang 51 (2000)

Heft 1:

Die wirtschaftliche Entwicklung ...  
im Ausland zur Jahresmitte 2000:

Interne Kräfte ziehen an

im Inland zur Jahresmitte 2000:

Günstige Aussichten für Wachstum und Beschäftigung

Heft 2:  
 Die wirtschaftliche Entwicklung ...  
 im Ausland zur Jahreswende 2000/2001:  
 Mit vermindertem Tempo weiter aufwärts  
 im Inland zur Jahreswende 2000/2001:  
 „Konjunktur gut“ – Risiken gestiegen

#### RWI-Konjunkturbriefe

#### Jahrgang 2000

- 1: Die Lage auf dem deutschen Stahlmarkt: Auf Sicht stehen die Zeichen gut
- 2: Schwacher Euro stärkt Export – aber nur wenige Sektoren profitieren
- 3: „Konjunktur gut“ – Risiken gestiegen
- 4: Internationale Konjunktur: Mit vermindertem Tempo aufwärts

#### Untersuchungen

- Heft 34: Döhrn, R., P. Raines, R. Brown und M. Scheuer, Arbeitsmarktflexibilität und Direktinvestitionen – Feldstudien in Deutschland und Großbritannien
- Heft 35: Dehio, J. u.a., Die feinmechanische, optische und Uhrenindustrie
- Heft 36: Hillebrand, B., K. Löbbe u.a., Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Ausgewählte Problemfelder und Lösungsansätze
- Heft 37: Buttermann, H.G. und B. Hillebrand, Klimaschutzzerklärung der deutschen Industrie unter neuen Rahmenbedingungen – Monitoring-Bericht 1999

#### RWI-Papiere

- Nr. 67: Heilemann, U. und H. Rappen, Zehn Jahre Deutsche Einheit – Bestandsaufnahme und Perspektiven
- Nr. 68: Heilemann, U., H.D. von Loeffelholz und S.M. Renn, Are Your Taxes (Too) Set in Beijing? – Einfluss der Globalisierung auf die Steuereinnahmen in Deutschland
- Nr. 69: Döhrn, R. and N.A. Radmacher-Nottelmann, A Database on the Globalization of German Manufacturing Companies: Conception and some Results
- Nr. 70: Buttermann, H.G. and B. Hillebrand, Third Monitoring Report: CO<sub>2</sub>-Emissions in German Industry 1997–1998

#### Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand

- Heft 3: Rudolph, A., Wirtschaftsfaktor mitarbeitende Partnerinnen – Neuere Erkenntnisse zur Erwerbstätigkeit mitarbeitender Partnerinnen im Handwerk
- Heft 4: Welter, F., Gründungspotenzial und Gründungsprozess in Deutschland – Eine konzeptionelle und empirische Betrachtung

Heft 5: Rudolph, A. und F. Welter, Mehr Erfolg für Gründerinnen: Wie junge Unternehmen gefördert werden – ein internationaler Vergleich

Heft 6: Welter, F., Factors of success: What determines the survival and success of self-employed coming out of unemployment in Germany?

Heft 7: Welter, F., Is the outcome desirable? Quality of work in self-employment in Germany

Heft 8: Bergmann, H., Gründungspotenzial und Gründungsengagement im Spiegel des Sozioökonomischen Panels

Heft 9: Welter, F., „Einmal im Leben darf jeder etwas Risikoreiches tun“ – Fallstudien von Gründern und Gründerinnen

#### Schriften und Materialien zur Regionalforschung

Heft 3: Müller, B. und H. Schrupf unter Mitarb. von R. Budde, Die Region MEO im Strukturwandel – Bestandsaufnahme und Perspektiven

Heft 4: Budde, R., S. Gehle, H.D. von Loeffelholz, W. Moos und H. Schrupf, Die landes- und regionalpolitische Bedeutung des Flughafens Düsseldorf

Heft 5: Frohn, J., St. Niermann und U. Niermann, Der Einfluß von Standortfaktoren auf die sektorale Entwicklung – Eine quantitative Analyse am Beispiel des Wirtschaftsstandortes Bielefeld

Heft 6: Schrupf, H., R. Budde und G. Urfei, Gibt es noch ein Ruhrgebiet?

#### Vorträge im Institut

Prof. Dr. Alexander M. Samarov (University of Massachusetts-Lowell, USA, MIT, Cambridge, MA, USA), Portfolio analysis and selection using quantile-based risk measures (29. Juni 2000)

Prof. Steven Hall (Imperial College of Science, Technology and Medicine, London), On the Practical Identification of Cointegrated Systems with an Application to UK Wage and Price Setting (27. September 2000)